

## PROTOKOLL

über die 24. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr  
am Donnerstag, 13. Dezember 2018, im Rathaus, 1. Stock hinten,  
Gemeinderatssitzungssaal.  
Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

### Anwesend:

#### BÜRGERMEISTER:

Gerald Hackl als Vorsitzender

#### VIZEBÜRGERMEISTER:

Wilhelm Hauser  
Dr. Helmut Zöttl  
Ingrid Weixlberger

#### STADTRÄTE:

Dr. Michael Schodermayr  
MR Dr. Mario Ritter  
KommR Gunter Mayrhofer –  
(ohne GR-Mandat)  
Mag. Reinhard Kaufmann

#### GEMEINDERÄTE:

Rudolf Blasi  
Anna-Maria Demmelmayr, MA  
MMag. Michaela Frech  
Pit Freisais  
Michaela Greinöcker  
Rosa Hieß  
Ing. Franz-Michael Hingerl  
Josef Holzer  
Thomas Kaliba  
Evelyn Kattnigg, BA (FH)  
Heidemarie Kloiber  
David König  
Lukas Kronberger  
Maria Lindinger, MAS, MSc  
Natascha Payrleithner

Uwe Pichler  
Mag. Kurt Prack  
Florian Schauer  
Birgit Schörkhuber, BEd  
Rudolf Schröder  
Ing. Thomas Schurz, MSc  
Mag. Erwin Schuster  
Dr. Markus Spöck, MBA  
Silvia Thurner  
Ursula Voglsam  
Anneliese Zimmermann  
Ing. Wolfgang Zöttl, BEd

#### ENTSCHULDIGT:

Arno Thummerer  
Helga Feller-Höllner

#### VOM AMT:

Dr. Kurt Schmidl  
Dr. Martina Kolar-Starzer  
Mag. Helmut Golda  
Dr. Manfred Hübsch  
Dr. Michael Chvatal  
Thomas Schwingshackl  
Mag. Helmut Lemmerer

#### PROTOKOLLFÜHRER:

Dr. Kurt Schmidl  
Sibylle Vilding

Die ordnungsgemäße Einladung erfolgte gemäß § 18 (1a) GOGR.

## VERHANDLUNGSABLAUF:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG;  
FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSS-  
FÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd  
GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, MAS, MSc

- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNG DES BÜRGERMEISTERS
- 4) AKTUELLE STUNDE
- 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES gem. § 54 Abs. 3 StS  
(Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderats-  
mitglieder zugestellt.)
- 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

## INHALTSVERZEICHNIS:

1) SBS-137/18	Stadtbus – Änderung der Haustarife per 1.1.2019. ....	8
2) GHJ2-53/17	„Stadtplatz neu“ – Gestaltungskonzept und Entwicklung des Marktes der Region; Professionistenleistungen für Regale.....	8
3) BauH-84/16	Abgabe eines Angebotes auf Abschluss eines Kaufvertrages gegenüber der IPB Immobilien, Projektabwicklung und Bauträger GmbH über die Liegenschaften EZ 1057 und EZ 2762, beide Grundbuch Steyr.....	10
4) SBS-124/18	Städt. Wasserversorgung – Wassergebührenänderung zum 1.1.2019.	11
5) Fin-142/16	Private Kinderbetreuungseinrichtungen in Steyr, Endabrechnungen für das Betreuungsjahr 2017/2018.....	20
6) BauGru-11/16	Bebauungsplan Nr.76.1, Änderung Nr.2 – Kematmüllerstraße; Beschluss.....	22
7) BauGru-95/15	Bebauungsplan Nr. 90 – Fischhub – Neuerstellung, Bebauungsplanänderung- Nr. 2.3 – Teilaufhebung, Bebauungsplanänderung – Nr. 6.4 – Aufhebung, Änderung Nr. 1 des Bebauungsplanes Nr. 6.1 – Aufhebung, Änderung Nr. 1 des Bebauungsplanes Nr. 6.2 – Aufhebung, Änderung Nr. 1 des Bebauungsplanes Nr. 6.3 – Aufhebung 6.3 – Aufhebung; Beschluss..	22
8) ÖAG-19/18	Sicherung von Grundflächen für den sozialen Wohnbau im Rahmen der abzuschließenden Raumordnungsverträge, Grundsatzbeschluss.....	24
9) GemTOUR-1/18	Oö. Tourismusgesetz 2018 – Verordnung für einen Gemeindezuschlag zur Freizeitwohnungspauschale.....	44
10) GemKAN-26/98	Novellierung der Kanalbenützungsgebührenordnung der Stadt Steyr.	46
11) Fin-214/17	Abschluss einer Errichtungs- und Betriebsvereinbarung mit der Stadtbetriebe Steyr GmbH zur Errichtung eines Panoramaliftes.....	48
12) Fin-100/18	Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2019.....	50

#### **BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:**

- 1) SBS-137/18                      Stadtbuss – Änderung der Haustarife per 1.1.2019.
- 2) GHJ2-53/17                    „Stadtplatz neu“ – Gestaltungskonzept und Entwicklung des Marktes der Region; Professionistenleistungen für Regale.
- 3) BauH-84/16                    Abgabe eines Angebotes auf Abschluss eines Kaufvertrages gegenüber der IPB Immobilien, Projektentwicklung und Bauträger GmbH über die Liegenschaften EZ 1057 und EZ 2762, beide Grundbuch Steyr.
- 4) SBS-124/18                    Städt. Wasserversorgung – Wassergebührenänderung zum 1.1.2019.

#### **BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:**

- 5) Fin-142/16                    Private Kinderbetreuungseinrichtungen in Steyr, Endabrechnungen für das Betreuungsjahr 2017/2018.

#### **BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:**

- 6) BauGru-11/16                    Bebauungsplan Nr. 76.1, Änderung Nr. 2 – Kematmüllerstraße; Beschluss.
- 7) BauGru-95/15                    Bebauungsplan Nr. 90 – Fischhub – Neuerstellung, Bebauungsplanänderung-Nr. 2.3 – Teilaufhebung, Bebauungsplanänderung-Nr. 6.4 – Aufhebung, Änderung Nr. 1 des Bebauungsplanes Nr. 6.1 – Aufhebung, Änderung Nr. 1 des Bebauungsplanes Nr. 6.2 – Aufhebung, Änderung Nr. 1 des Bebauungsplanes Nr. 6.3 – Aufhebung; Beschluss.

#### **BERICHTERSTATTER STADTRAT MR DR. MARIO RITTER:**

- 8) ÖAG-19/18                    Sicherung von Grundflächen für den sozialen Wohnbau im Rahmen der abzuschließenden Raumordnungsverträge, Grundsatzbeschluss.

#### **BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

- 9) GemTOUR-1/18                    Oö. Tourismusgesetz 2018 – Verordnung für einen Gemeindezuschlag zur Freizeitwohnungspauschale.
- 10) GemKAN-26/98                    Novellierung der Kanalbenützungsgebührenordnung der Stadt Steyr.

- 11) Fin-214/17 Abschluss einer Errichtungs- und Betriebsvereinbarung mit der Stadtbetriebe Steyr GmbH zur Errichtung eines Panoramaliftes.
- 12) Fin-100/18 Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2019.

## **BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

### **Zu Pkt. 1) BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER:**

Als Protokollprüfer wurden bestellt: GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd  
GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, MAS, MSc

## **ERÖFFNUNG DER SITZUNG:**

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf euch ersuchen Platz zu nehmen, damit wir pünktlich beginnen können. Darf herzlich begrüßen zur letzten Gemeinderatssitzung im alten Jahr, zur Budgetgemeinderatssitzung. Darf feststellen, dass wir ordnungsgemäß einberufen haben, wir sind beschlussfähig. Als Protokollprüfer sind vorgesehen die Frau Gemeinderätin Birgit Schörkhuber und die Frau Gemeinderätin Maria Lindinger. Entschuldigt sind der Gemeinderat Arno Thummerer und die Frau Gemeinderätin Feller-Höllner. Zu den kleinen Geschenken am Tisch, das ist das Weihnachtsgeschenk der Stadt an die Mandatare. Fair gehandelter Kaffee und ein bisschen ein Schoko, ein Stimmungsaufheller, damit etwas Süßes in euer Leben zusätzlich kommt. Darf auch gleich jetzt sagen, der vom Pater Adam mir übergebene Schnaps ist bei mir, ist also da, um nach der Gemeinderatssitzung dann im Endeffekt getrunken zu werden. Die Kollegin Frech hat auch noch einen, den Besten hat sie gesagt, den besten Limoncello dazugegeben, wer keinen Wodka möchte, aber die greift eh schon ein bisschen vor, das ist ja nur als guter Brauch im Abschluss dann am Ende der Sitzung. Die Einladung für den Neujahrsempfang habe ich mir erlaubt auch auf den Tischen aufzulegen. Klar, dass alle GemeinderätInnen und StadträtInnen eingeladen sind zum Neujahrsempfang und ich hoffe, es haben auch alle Zeit um bei dieser Veranstaltung dabei sein zu können.

### **Zu Pkt. 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN:**

Ja, darf zu den Anfragen kommen. Der Gemeinderat Freisais hat mir ein E-Mail geschrieben am 5. Dezember und 2 Anfragen da an mich gerichtet. Die erste Anfrage betrifft Thema Geldverkehrsspesen, eine Fülle von Fragen, und die Zweite die öffentliche Straßenbeleuchtung. Beide Anfragen werden schriftlich beantwortet, weil doch einiges an Arbeit dahintersteckt um das genau beantworten zu können. Weil ich gerade beim Kollegen Freisais bin, ich meine ich habe eh nichts dagegen, dass sie diese Geschichte, dass der Rechnungshof die KFA in Steyr prüft zum Thema machen, ich möchte nur dazu sagen, der Rechnungshof ist nicht zur KFA Prüfung gekommen, weil sie einmal ein paar Anfragen gestellt haben dazu. Und ein bisschen grenzwertig halte ich das, wenn sie schreiben oder sie schreiben lassen, bei der KFA Steyr kann sich der Herr Freisais das Ergebnis der Prüfung schon vorstellen. Wirklich eine spannende Aussage, dass sie sich vorstellen können was die Prüfer herausbringen werden. Kommt unterschwellig, aber unterstellen, na da wird schon irgendetwas sein, ein Privilegienstadl oder so, also ich muss sagen, ein bisschen vorsichtig sein, weil wenn sie schon wissen was herauskommt, müssten wir fragen, warum sie das wissen. Aber das nur am Rande.

### **Zu Pkt. 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS:**

Wir sind schon bei den Mitteilungen des Bürgermeisters. Weihnachtszeit, denke unser Programm ist sehenswert. Ein Großteil war ja dabei, bei der stillsten Nacht und alles was wir noch zu bieten haben. Falls jemand Kinder hat oder Enkelkinder, darf verweisen eine ideale

Freizeitbeschäftigung, am 24. Dezember seit vielen, vielen Jahren, mein Vorgänger der Herrmann Leithenmayr hat das eingeführt, eine gute Tradition, gleichzeitig unterstützen wir die Steyrtalbahn, 13 Uhr Fahrt mit der Steyrtalbahn, Gratisfahrt nach Grünburg und wieder zurück, um 15 Uhr oder 15:30 Uhr ist man wieder zurück. Zum Teil kann man glaube ich wieder früher zurück fahren mit dem Bus. Also vergeht die Zeit schnell und das Warten auf das Christkind ist nicht so anstrengend für die Eltern und für die Kinder, also das kann ich ans Herz legen.

Und wir können heuer wieder Eislaufen am Stadtplatz vor dem Rathaus oder vor dem Bumerlhaus, wie immer man das sehen will. Auch hier besteht die Möglichkeit, wird extrem gut angenommen diese Eisfläche die vom Curling Club dort zur Verfügung gestellt wird. Wir haben einen Vertrag einen dreijährigen mit diesem Verein. Vor allem das Eisstockschießen ist innerhalb kürzester Zeit ausgebucht gewesen. Also ich glaube es ist nur noch am 1. Jänner, es war letzte Woche oder für den 14. noch etwas frei, aber ansonsten gar nichts. Also auch wenn man jemanden kennen würde oder man glaubt man hat Beziehungen, man bekommt nichts. Es ist alles schon vergeben.

Letzter Hinweis, 23. Dezember, Steyr im ORF in der Primetime, Hauptabendzeit, große Weihnachtssendung um 20:15 Uhr in FS 1 oder 2 das weiß ich jetzt nicht, aber es sind 12-14 Minuten mit unterschiedlichen Einblendungen, Einspielungen über Steyr zu sehen. Garanca Auftritt in Christkindl und die stillste Nacht, und noch einiges mehr. Ich glaube wir haben momentan oder in diesem Jahr so eine ORF Omnipräsenz gehabt. In den nächsten 40 Jahren werden wir wieder nicht vorkommen, aber so ist es halt im Leben, wir nehmen es dankend an, heuer hat alles gepasst und es werden tolle Bilder durch ganz Österreich gehen zu unserer schönen Stadt was wir alles zu bieten haben.

Arbeitsmarktlage ist letzter Punkt. Arbeitslosenquote im November betrug 6,5 % in Steyr und im Bezirk Steyr, und ist im Vergleich zum Vormonat gleichgeblieben. Gegenüber dem Vorjahr und dem Vergleichsmonat im Vorjahr um 1 % weniger in Summe. Haben wir 12,56 % hat sich da die Arbeitslosigkeit innerhalb von einem Monat verringert und in absoluten Zahlen waren Ende November 2.881 Personen arbeitslos gemeldet, und das waren um 414 Personen weniger als im Vormonat. Das in aller Kürze.

**Zu Pkt. 4) AKTUELLE STUNDE:**

Liegt keine vor

**Zu Pkt. 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES** gem. § 54 Abs. 3 StS

**GHJ2-45/18**

**VS Plenkberg, Punzerstraße 3, Behebung Kanalrohrbruch.**

**Zu Pkt. 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE:**

Und jetzt sind wir schon bei den Verhandlungsgegenständen und dazu werde ich gleich dem Herrn Vizebürgermeister Hauser das Wort erteilen.

## **BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:**

### **1) SBS-137/18                      Stadtbus – Änderung der Haustarife per 1.1.2019.**

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, geschätzter Gemeinderat, werte Gäste, werte Presse. Mein erster Tagesordnungspunkt befasst sich mit dem Stadtbus – Änderung der Haustarife. Sie wissen ja, dass wir aufgrund des Vertrages mit dem Oö. Verkehrsverbund die anderen Preise, die sozusagen über den Verkehrsverbund festgelegt werden, sowieso übernehmen müssen und aufgrund dessen, also wir nur noch ganz wenige Dinge in unserer Haustariftabelle haben unter anderem die 365er Jahreskarte und dergleichen mehr. Jetzt ist es so, dass also im Oö. Verkehrsverbund also auch dementsprechend Strafen festgelegt wurden, bei Sofortbezahlung, erhöhtes Fahrgeld, bei nachträglicher Bezahlung bzw. bei der Vorweisung der Schülerfreifahrten nach der 2. Beanstandung. Und wir möchten das nun aus dem Haustarif wegbringen, weil damit brauchen wir das nicht mehr extra beschließen und uns die Tarife des Oö. Verkehrsverbundes hier anschließen. Und daher geht es darum diesen Antrag zu beschließen, dass die Änderung der Haustarife sich sozusagen dahin begibt, dass diese Strafgebühren angeglichen werden und damit in die Regelungen des Oö. Verkehrsverbundes mit aufgenommen sind. Ich ersuche um Diskussion bzw. Beschlussfassung.

#### **Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtbetriebe Steyr vom 20.11.2018 wird der Übernahme der Tarife des erhöhten Beförderungsentgeltes bzw. der Bearbeitungsgebühr ab 1.1.2019 ins Verbundtarifregime zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt vor. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer dafür ist bitte ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Ist nicht der Fall. Stimmenthaltung sehe ich auch nicht. Somit einstimmige Annahme. Bitte nächster Punkt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde **einstimmig angenommen**.

### **2) GHJ2-53/17                      „Stadtplatz neu“ – Gestaltungskonzept und Entwicklung des Marktes der Region; Professionistenleistungen für Regale.**

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Mein nächster Tagesordnungspunkt befasst sich mit dem „Stadtplatz neu“ - Gestaltungskonzept und Entwicklung des Marktes der Regionen. Hier geht es hier nun um die Professionistenleistungen für diese Marktstände die entworfen wurden, dann auch noch einmal aufgrund des Probestandes den wir gehabt haben nachgebessert wurden und jetzt eben im Rahmen der gesamten Angelegenheit dementsprechend auch ausgeschrieben wurden. Und ihr habt die Liste dabei, wer sozusagen hier Auftragnehmer würden. Einerseits Riegler Metallbau, dann Bauernfeind, Raumausstattung Löger, die kommen alle aus Steyr und dann noch ein DRUCKsvoll GmbH bzw. für das Transportzubehör gibt es derzeit nur eine Schätzung, weil das noch nicht ganz fixiert ist was dazu alles benötigt wird für diese Boxen. Wo in einer Box sozusagen das gesamte Material eines Standes immer verstaut werden soll, weil das macht nicht nur Sinn für den Transport, sondern macht auch Sinn wenn die verliehen werden sollten, dass in einer solchen Box ein gesamter Stand drinnen wäre. Die Gesamtkosten belaufen sich hier um € 115.664,90 inkl. der UST und ich ersuche darüber zu diskutieren bzw. dieses Konzept dementsprechend zu genehmigen.

## **Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 22. November 2018 werden die folgenden Firmen beauftragt:

1.1	Riegler Metallbau GmbH, Steyr	€ 53.968,68	exkl. USt	€ 64.762,42	inkl. USt
2.1	Bauernfeind GmbH, Steyr	€ 12.994,31	exkl. USt	€ 15.593,17	inkl. USt
3.1	Raumausstatter Löger, Steyr	€ 3.850,00	exkl. USt	€ 4.620,00	inkl. USt
4.1	einDRUCKsvoll GmbH	€ 638,73	exkl. USt	€ 766,48	inkl. USt
5.1	Transportzubehör - Schätzung	€ 25.000,00	exkl. USt	€ 30.000,00	inkl. USt

Weiters werden für Unvorhergesehenes € 2.143,55 exkl. USt. bzw. € 2.572,26 inkl. USt. genehmigt.

Zum genannten Zweck werden bei der

### **VAST. 5/612000/050000 – Gemeindestraßen/Sonderanlagen Mittel in Höhe von € 115.664,90 inkl. USt**

freigeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von € 115.664,90 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 115.664,90 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführendes Ausschreibungsverfahren noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Zu Wort gemeldet der Herr Gemeinderat Freisais, bitte Herr Freisais.

**GEMEINDERAT PIT FREISAIS:**

Sehr geehrte Damen und Herren, nur eine kurze Anmerkung. Mich verwundert, dass da eine Kreditüberschreitung notwendig ist. War das Vorhaben in dieser Form nicht vorhersehbar?

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Bitte Herr Referent.

**STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:** (vom Platz aus)

Das heißt...

**VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Natürlich war das vorhersehbar, aber es ist letztlich so, dass wir es jetzt bestellen, aber natürlich diese Gelder auch im nächsten Jahr dann weiterhin noch vorgesehen sind. Aber wir sie jetzt beschließen und daher ist es eine Kreditüberschreitung, weil es gehört in dieses Gesamtkonzept „Stadtplatz neu“ hinein und wir hatten ja Geld für heuer, das haben wir aber letztlich auch verbaut und für nächstes Jahr ist wieder dementsprechend Geld dann eben im Budget vorhanden. Da wir es aber heuer beschließen, damit wir einerseits termingerecht fertig werden und auf der anderen Seite letztlich die Dinge müssen auch angefertigt werden, damit sie dann da sind, ist das jetzt zu beschließen.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Danke, darf nur daran erinnern dass wir für die Stadtplatz und Zentrumsumgestaltung einen Grundsatzbeschluss vom € 3.000.000,-- haben, uns darauf verständigt haben, dass wir die

einzelnen Beschlüsse selbstverständlich je nach Projektstand hier fassen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Bitte nächste Berichterstattung.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

**3) BauH-84/16                    Abgabe eines Angebotes auf Abschluss eines Kaufvertrages gegenüber der IPB Immobilien, Projektentwicklung und Bau-träger GmbH über die Liegenschaften EZ 1057 und EZ 2762, beide Grundbuch Steyr.**

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Der Tagesordnungspunkt befasst sich sozusagen als Anschlussangelegenheit an den Vergleich den wir mit der IPB Immobilien, Projektentwicklung und Bau-träger GmbH eingegangen sind bezüglich des Rutschhanges. Und da gibt es ja zwei Grundstücke die uns sozusagen, wo uns freisteht die zu kaufen, und damit hier noch ein bisschen Zeit geschaffen wird, ersuche ich diesem Antrag der jetzt hier vorliegt für die Abgabe eines Angebotes auf Abschluss eines Kaufvertrages mit dieser GmbH bezüglich dieser beiden Liegenschaften einzugehen. Wir haben hier also eine Festlegung dass die IPB frühestens mit dem 1.4.2019 sozusagen dieses Angebot annehmen dürfte, wir aber die Möglichkeit haben in dieser Zeit noch einen anderen Käufer zu suchen, der also das kauft ohne dass es vorher die Stadt kaufen würde. Weil das würde sozusagen steuerrechtlich sozusagen uns dann womöglich zweimal treffen. Und aus diesem Grund ersuche ich diesem Antrag stattzugeben, weil bis zum 30.06.2019 wäre dieses Angebot befristet.

**Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 27. November 2018 wird der Abgabe eines Angebotes auf Abschluss eines Kaufvertrages gegenüber der IPB Immobilien, Projektentwicklung und Bau-träger GmbH über die Liegenschaften EZ 1057 und EZ 2762, beide Grundbuch Steyr, im Gesamtausmaß von 1.612 m<sup>2</sup> entsprechend dem beigeschlossenen Entwurf des Anbots zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke zu Wort gemeldet Hr. Vizebürgermeister Zöttl, bitte Helmut.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat, werte Gäste. Aus unserer Sicht ist das eine sehr vernünftige Vorgangsweise, wenn wir diese Grundstücke kaufen und auch dann schauen dass wir sie dementsprechend schnell bebauen können, damit die Kegelprielstraße sozusagen wieder für den Verkehr aufgemacht wird. Weil ich glaube, dass die Leute da draußen schon sehr lange darunter leiden, dass sie dort nicht zufahren und wegfahren können.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, als nächster zu Wort gemeldet Herr Stadtrat Gunter Mayrhofer, bitte Gunter.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ja ich glaube man darf zu dieser Vereinbarung gratulieren. Nicht nur zu der, die wir heute schließen, sondern auch jene über den Vergleich grundsätzlich. Und ich glaube, es war vor allem die richtige Entschei-

dung, dass sich die Stadt das hier an sich gezogen hat. Dass sie die Verantwortung übernommen hat, weil da wäre jeder Einzelne jeder private Einzelne auf der Strecke geblieben, der hätte nicht die Möglichkeit gehabt wirklich zu seinem Recht zu kommen. Und ich glaube wir haben hier für die gesamte Umgebung eine sinnvolle Lösung gefunden. Und das ist jetzt eigentlich der Abschluss mit dem wir auch dieses Nadelöhr was wir da draußen bei Verkehr noch haben, die Straße wie es der Herr Zöttl schon angeführt hat, endlich auch wegbringen und auch noch die letzten Schutzmaßnahmen damit vervollständigen können. Und ich glaube, Gratulation ein gutes Ergebnis.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Ja, vielen Dank. Kann noch ergänzend feststellen, wir haben da wirklich lange verhandelt und jetzt haben wir die Möglichkeit wenn wir die Grundstücke in die Hand bekommen, dass wir die letzten zwei Sicherungsanker noch bei diesem Grundstück machen und das ist die Voraussetzung um die Straße zu öffnen. Vorher geht es nicht, der Hang steht zwar, aber die zwei Anker müssen wir noch setzen auf einem dieser beiden Grundstücke. Dann können wir die Straße endlich öffnen. Aus dem Grund ist es vernünftig, wenn wir als Stadt die Grundstücke in der Hand haben und nicht wieder einer oder jemand der dann sich elendlang Zeit lässt, oder im Endeffekt gar keinen Druck verspürt. Gut, in diesem Sinne, wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist bitte ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bitte dein nächster und vorläufig letzter Punkt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

#### **4) SBS-124/18                      Städt. Wasserversorgung – Wassergebührenänderung zum 1.1.2019.**

**VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen der nächste Tagesordnungspunkt befasst sich mit der Städtischen Wasserversorgung und der Wassergebührenänderung zum 1.1.2019. Uns ist wieder der entsprechende Beschluss der Oö. Landesregierung zugegangen. Dieser Erlass, wo darin vorgeschlagen wird eben diese Mindestgebühren bei den Anschlusswerten bzw. bei der Wasserversorgung bezüglich der Benützungsggebühr hier zu haben. Die Mindestgebühr erhöht sich bei 20 mm Anschlusswert von € 1.972,- auf € 2.014,- bzw. bei der Benützungsggebühr von € 1,53/m<sup>3</sup> auf € 1,56 exkl. UST. Ich weiß es eh, ich wiederhole mich hier immer wieder. Es ist so, dass wenn wir die Mindestgebühr sozusagen nicht verlangen würden und wir haben dann ein Förderungsansuchen, dann würde dieses Förderungsansuchen dementsprechend nicht genehmigt werden. Außerdem ist dort wo es also einen negativen Haushaltsstand gäbe, eine Möglichkeit hier noch weiter darüber zu gehen. Wir halten uns hier ohnehin in dem Bereich, dass wir nur die Mindestgebühr verlangen. Und ich schlage daher vor, einerseits darüber zu diskutieren aber andererseits dann dem Antrag auch dementsprechend die Zustimmung zu erteilen.

**Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtbetriebe Steyr GmbH vom 16.11.2018 wird der Erhöhung der Mindestanschlussgebühren, der Wasserbezugsgebühr entsprechend der beiliegenden Verordnung zum 1.1.2019 zugestimmt.

Diese Verordnung tritt am 1.1.2019 in Kraft und wird gem. § 65 Abs. 1 StS 1992 durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundgemacht.

# **Verordnung**

## **des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 13.12.2018 über die Änderung der die Wasserleitungsanschlussgebühr, die Wasserbezugsgebühr und die Wasserzählergebühr regelnde WASSERGEBÜHRENORDNUNG für die Stadt Steyr.**

Aufgrund § 1 Abs. 1 lit. b Interessentenbeiträge-Gesetz 1958, LGBl. 1958/28 idGF und § 17 Abs. 3 Z. 4 Finanzausgleichsgesetzes 2017 (FAG 2017), BGBl. I Nr. 116/2016, wird verordnet:

Die Wassergebührenordnung für die Stadt Steyr, beschlossen in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 28.11.1996, zuletzt geändert durch den Beschluss des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 6.12.2016 (Wasserbezugsgebühr und Wasserleitungsanschlussgebühr) wird wie folgt geändert:

### **1. § 3 Abs. 2 hat zu lauten:**

„Die Höhe der Anschlussgebühr beträgt bei einer Anschlussnennweite (NW) von

20 mm	€	2.014,--
25 mm	€	4.298,--
32 mm	€	7.165,--
40 mm	€	9.553,--
50 mm	€	16.998,--
80 mm	€	42.535,--
100 mm	€	66.928,--
150 mm	€	152.957,--
200 mm	€	267.682,--,,

### **2. § 7 Abs. 2 hat zu lauten:**

„Die Wasserbezugsgebühr beträgt pro angefangenen Kubikmeter bezogenen Wassers € 1,56 exkl. USt.“

Diese Verordnung tritt am 1.1.2019 in Kraft und ist durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Als erster zu Wort gemeldet der Herr Vizebürgermeister Zöttl, bitte Helmut.

**VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:**

Sehr geehrte Damen und Herren. Gebühren sind immer ein Stein des Anstoßes. Damit wir darüber reden und diskutieren müssen und können gleich vorab einmal, wir sind sehr froh darüber, dass es erstmals eine Kalkulation gibt dazu, auch wie bei den Kanalgebühren, die ja sozusagen analog zu den Wassergebühren, die wir auch heute noch behandeln werden. Von der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, wir sind also seit Jahrzehnten immer gegen diese Gebührenerhöhung, weil sozusagen dort auch ganz gut verdient wird und wir halt der Meinung sind, dass es gerade im Bereich Wohnen, Miete, Betriebskosten die Leute immer sehr schwer trifft. Und wir wissen ja, dass momentan die Bürger schon spüren, dass die Betriebskosten bei den Häusern steigen. Ich verstehe die Argumentation der SPÖ wirklich und es geht ja wirklich nur um ein paar Euro im Monat, im Jahr, Entschuldigung, und es ist ja quasi eine Indexanpassung. Aber im Gegensatz dazu muss man auch sagen, wir machen

dort ganz gute Gewinne und speziell in der momentanen Situation wo wir sagen, wir möchten die Bürger auch ein bisschen entlasten und die SPÖ selbst davon spricht, dass Wohnen wieder günstiger werden muss, sind wir auch der Meinung, dass man genau hier jetzt auch ein Zeichen setzen sollte. Und wir haben später noch einen Antrag von der SPÖ, wo es um sozialen Wohnbau geht und wo auch das sozusagen für die Zukunft vorbereitet wird, dass das Wohnen leistbar ist. Und zur Miete wie gesagt gehören auch die Betriebskosten, fällt es uns schwer, dass wir hier mitgehen. Muss aber sagen, es ist keine leichte Entscheidung auch für uns in der Fraktion, weil wir natürlich auch die Argumente für eine Indexanpassung durchaus sehen. Wo ich aber schon widersprechen möchte ist, wir haben uns natürlich auch beim Land das genau angesehen wie das mit den Voraussetzungen für die Mindestgebühren sind und laut unserer Auskunft ist das so, dass höchstwahrscheinlich die Argumentation, dass wir keine Fördermittel bekommen, nicht schlagend werden wird. Weil, ja das ist meine Information...

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

....es steht da drinnen, höchstwahrscheinlich vielleicht nichts wird...

**VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:**

Ja, weil wir in Steyr einen sehr hohen Anschlussgrad haben und dadurch sowieso gute Verdienste haben in dem Ganzen, werden wir wahrscheinlich nicht, außer bei den Bezugsmitteln, da kann es sein, das stimmt. Aber zur Information, der Landesrechnungshof hat diese Mindestgebühren bei den Landesförderrichtlinien kritisiert. Und es wird höchstwahrscheinlich in den nächsten Jahren so sein, dass diese Regelung mit den Mindestgebühren sowieso wegfallen wird. Also da glaube ich, können wir nur mehr darauf warten, dass das so weit sein wird.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Danke, nächster Redner Dr. Spöck, bitte Markus.

**GEMEINDERAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen des Gemeinderates. Meine Meinung glaube ich, liegt jetzt genau dazwischen, zwischen meinen zwei Vorrednern. Einerseits was der Vizebürgermeister Hauser zuerst gesprochen hat, als auch der Vizebürgermeister Zöttl. Wir sind wieder beim Thema Erlass und ich bin nur froh, dass wir, weil vor 2 Jahren hat es noch geheißen, wie wir gegen die Gebührenerhöhung gestimmt haben, hat es geheißen, ihr haltet euch nicht an Gesetze. Wir haben dann damals diskutiert darüber, dass ein Gesetz nicht ein Erlass ist, ein Erlass ist ein Vorschlag des Landes OÖ, dass wir uns an diesen Wert orientieren können und sollten. Was passiert, wenn wir das nicht tun, das steht logischerweise nicht drinnen. Aber im Prinzip sind wir schon im Gemeinderat soweit und haben eine eigene Ermächtigung, dass wir frei von irgendwelchen Weisungen, da schon selbst handeln dürfen, was wir beschließen, ob wir Gebührenerhöhungen machen wollen oder ob wir keine Gebührenerhöhungen machen wollen. Für mich ist ein Erlass ein Richtwert, für mich ist ein Erlass eine Norm und somit heißt das nicht, dass das niedergeschrieben ist, dass wir jede Erhöhung die vielleicht vorgeschlagen wird oder die vielleicht für gut empfunden wird, dass wir der nachgehen können. Der Vorredner hat es schon gesagt, wir sind im Prinzip nicht strafbar für irgendetwas, wenn wir so etwas nicht machen wollen. Wir sind auch keine Abgangsgemeinde, dass wir irgendwie angewiesen werden, dass wir das auch einhalten müssen. Und dann weiß Gott was passieren könnte wenn wir es nicht tun. Ich sage es noch einmal, wir sind frei von Weisungen und wenn wir Gebühren einheben wollen, ob wir es erhöhen wollen oder senken wollen oder gleichbleiben wollen, das entscheiden schon noch wir da herinnen und nicht das Land OÖ. Und zu den Erhöhungen selbst, ich habe mir dieses Mal wirklich einmal die Arbeit heraus gemacht, zu sagen, was das eigentlich heißt, was wir da jedes Jahr beschließen. Weil die Werte, die klingen immer relativ schön und niedrig, wir erhöhen halt einmal von € 1,50 auf € 1,53 jetzt auf € 1,56. Wir reden pro m<sup>3</sup> und das sind schon gescheite Summen. Auch wenn man nur vergleicht, nicht was vor 10 Jahren war, sondern was 2015 bis heute passiert ist, dann haben wir da gescheite Steigerungen drinnen. Wenn wir eben

auch noch heute vom sozialen Wohnbau reden, sollten wir da viel stärker über dieses Thema reden wie wir selbst mit diesen Gebühren für das private Wohnen auch umgehen. Wassergebühren sind seit 2015 um fast 7,5 % gestiegen. Die Kanalbenutzungsgebühr um fast 8 % und die Müllgebühr haben wir heute ja nicht drinnen, weil da haben wir es uns letztes Jahr ein bisschen einfacher gemacht und haben gleich für 2 bzw. 3 Jahre die Erhöhungen gemacht. Da sind, und da rechne ich jetzt auch nur, sagen wir alle 2 Wochen werde ich nur angefahren und nicht jede Woche, damit es ein wenig günstiger kommt, sind um 33 % gestiegen. Das heißt, da tut sich gescheit etwas. Und wenn ich das jetzt herausrechne auf einen, ich weiß nicht, so wie ich es bin, auf einen 4 Personen Haushalt, wenn ich mir dann auf der Abrechnung ansehe, ich brauche vielleicht um die 150 m<sup>3</sup> Wasser, habe einen Müll der abgeholt wird alle 14 Tage. Dann habe ich insgesamt ein Plus von 14 % über alle Gebühren darüber. 2015 nicht vor 10 Jahren, das heißt wir erhöhen da massiv, auch wenn das immer nur im Centbereich ist, was wir da herinnen beschließen. Das heißt + 14 % = + € 160,- im Jahr pro Haushalt. Das ist sozial, wenn man da vielleicht einmal sagen würde, okay wir setzen uns auch einmal dafür ein, dass die Gebühren nicht jedes Jahr höher werden. Sondern können, wir müssen sie auch nicht senken, aber vielleicht können wir einfach einmal sagen, wir belassen es heuer einmal dabei und erhöhen auch einmal nicht. Und das was ich auch in den Vorjahren, wo wir auch dagegen waren gegen diese Gebührenerhöhung, auch schon gesagt habe, es gibt auch immer diese Geschichte, wie viel dürfen wir denn jetzt gewinnen bei gewissen Gebühren. Da gibt es ja dieses Finanzausgleichsgesetz das hier vorschreibt, wir dürfen nicht mehr als wie 200 % Gewinn machen. Ja ich muss leider sagen Herr Bürgermeister, ich schätze dich sehr und du hältst normalerweise das immer ein was du uns auch zusagt. Aber ich weiß es jetzt wieder nicht, sind wir beim Wasser über 200 %, sind wir darunter...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
120 % Deckungsgrad.

GEMEINDERAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:  
120 % Deckungsgrad.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
120 % über dem Deckungsgrad...

GEMEINDERAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:  
Gut, das ist gut so, aber trotzdem sage ich mit dem heutigen Tage...*unverständliche Zwischenrufe von Bürgermeister Hackl...*dass wir uns dafür einsetzen, dass die Gebühren nicht erhöht werden, das hilft uns viel mehr, nicht nur im normalen Wohnbau, sondern sehr wohl auch im sozialen Wohnbau, weil die spüren es am allermeisten. Und wenn ich mir da so ansehe wie viel im Abfall und im Wasser wir Gewinn machen pro Jahr, die Summe möchte ich gar nicht sagen, weil die ist sehr hoch. Dann können wir es uns auch leisten, dass wir auch einmal nicht erhöhen und ich muss ganz ehrlich sagen, auch heuer wieder, ÖVP und auch Bürgerforum setzt sich dafür ein, dass die Gebühren nicht erhöht werden. Und darum werden wir gegen diesen Antrag stimmen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Danke nur ganz kurz, Gebühren immer ein schwieriges Thema. Die, die sagen wir möchten keine Gebühren erhöhen, das sind die Guten. Die, die sagen wir müssen sie erhöhen, weil wir müssen das Ganze sehen, das sind die Bösen. Muss man so zur Kenntnis nehmen. In der Verantwortung für das Gesamtbudget, reden wir da eben nicht von € 15,- im Jahr vielleicht für eine Durchschnittsfamilie mehr, sondern wir reden Kanal und Wasser zusammen, haben wir € 236.000,- oder fast € 240.000,- mehr im Budget oder nicht. Letztes Wort dazu, bist eh gleich dran Reinhard. Mindestgebühr, wir sind im Mindestsatz den das Land OÖ jährlich vorschreibt, völlig richtig, Gott sei Dank. Wir sind nicht verpflichtet das zu machen, es ist kein Gesetz, aber wir haben uns ja erkundigt, IKD Landes-Superjuristen und ich darf nur vorlesen, damit man weiß wieso Antworten dann stattfinden: Die von ihnen angesprochenen

Mindestanschlussgebühren bzw. Mindestbenützungsgbührenregelung (ein paar Paragraphen) basiert auf Beschlüssen der OÖ Landesregierung (also offizielles Schreiben vom Land) und stellt eine Regelung in Umsetzung der Förderungsrichtlinie des Landes OÖ für Maßnahmen der Siedlungswasserwirtschaft für die Wasserver- und Abwasserentsorgung dar. Dann fettgedruckt: „Die Einhebung von Mindestgebühren ist Voraussetzung für die Gewährung von Landesfördermitteln, sodass zumindest dann von einer Verbindlichkeit ausgegangen werden muss, wenn eine Gemeinde für den Bau von Wasserver- und Abwasserentsorgungsanlagen entsprechende Fördermittel des Landes beanspruchen will.“ Das ist die Aussage des Landes. Aber wir fürchten uns eh nicht, völlig richtig, wir beschließen selber, in der Verantwortung für das Gesamtbudget. So viel zur rechtlichen Situation, von wegen müssen oder nicht müssen, wie Juristen halt etwas ausdrücken. Als nächster zu Wort gemeldet, der Stadtrat Kaufmann, bitte Reinhard.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja geschätzte Mitglieder des Gemeinderates, sehr geehrte Damen und Herren. Ein paar Dinge möchte ich in dem Zusammenhang auch ins Bewusstsein rufen, die vielleicht manches was da an sozialen Problemen, die herauf beschworen werden. Was mich ja an sich freut, wenn die Parteien, ich sage einmal so pauschal auf der rechten Seite des Hauses, wo wir ja auch da drüben sitzen, wenn die auch die soziale Problematik entdecken und ansprechen. Ist an sich eh gut, aber vielleicht gibt es da noch Themen wo das vielleicht viel angesagter wäre und man wesentlich besser auf Sozialbenachteiligte eingehen könnte als hier. Wir sprechen beim Wasser von einem Betrag von € 1,56/m<sup>3</sup>. Wie wir alle wissen 1m<sup>3</sup> sind 1.000 Liter. Wenn man das vergleicht mit durchschnittlichem Mineralwasser, dann haben wir da einen Faktor von 300 dazwischen und unser Wasser braucht sich aufgrund der Qualität mit Mineralwasser, also hinter Mineralwasser nicht zu verstecken im Allgemeinen. Das ist also für den Bereich Kochen und Trinkwasser durchaus geeignet, hier Mineralwasserankäufe auch zu vermeiden. Ja das sind also derart kleine Beträge, das kann man fast nicht ausdrücken, was das pro Liter für ein Betrag ist, nämlich tausendstel Cent kommen da heraus, wenn man sich das ansieht. Das ist die eine Seite und die andere Seite, das ist ja alles nicht gratis, die Stadt muss eine Menge ausgeben. Heuer haben wir es, aufgrund der Kalkulation sehen wir, dass es hier ein Deckungsgrad von 120 % ist. Wenn man sich das über viele Jahre ansieht und was vielleicht auf uns zukommt auch im Zusammenhang mit der Klimaänderung. Die Trockenheit belastet unsere Brunnengebiete auch enorm, also möglicherweise sind dort künftig wesentlich größere Investitionen zu tätigen als bisher. Das Leitungsnetz ist laufend zu restaurieren, also es sind hier von der Stadt, wird hier ein Angebot ins Haus geliefert, das diesen wirklich geringen Kosten für 1 Liter Wasser gegenüber steht. Und ein bisschen könnte ich mir auch vorstellen, ist auch ein bisschen eine Klientelpolitik dahinter, weil fürs Trinken und fürs Kochen und was man so im Haus braucht fürs Duschen, das ist ja nicht gar so viel. Wenn man einen Pool im Garten hat, dann macht es vielleicht schon ein bisschen mehr aus. Und da bin ich schon der Meinung, Wasser ist ein kostbares Gut und wer das verwendet für Dinge, die nicht wirklich zum Leben notwendig sind, das soll durchaus sein, aber da soll auch ein entsprechender Beitrag an den Lieferanten, der in diesem Bereich die Stadt ist, geleistet werden. In diesem Sinne kann ich sagen, wir stimmen diesem Vorschlag zu. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön, nächster Redner der Gemeinderat König. Bitteschön Herr Kollege.

GEMEINDERAT DAVID KÖNIG:

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich habe mich da schon ein wenig nach vorne gelesen auf Tagesordnungspunkt 8, wo es da um sozialen Wohnbau geht und ich lese dem die Intension heraus, dass man Wohnen günstiger machen will. Und das steht für mich....

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

...leistbar, günstiger ....

#### GEMEINDERAT DAVID KÖNIG:

...und ich denke mir es gibt also eine Miete, Betriebskosten zahlt ein jeder und von dem her betrifft es einen jeden und wir haben einen Kostendeckungsgrad beim Wasser von 120,5 %. Das heißt, wir könnten „uns das leisten“, dass wir da die Leute entlasten. Und darum wäre mein Appell an die SPÖ, wenn sie es wirklich ernst meint in dem Bereich, das sie sagt, okay lassen wir die Gebührenerhöhung für dieses Jahr einmal und entlasten wir die Leute wirklich. Weil es zahlt wirklich ein jeder die Betriebskosten und er spürt das auch. Aber wenn vielleicht irgendwer von den Grünen sagt, okay das sind nur € 10,- oder was und irgendwo anders wieder großzügiger ist, in anderen Bereichen. Aber ich sehe das schon als unterstützungswürdig. Danke.

#### BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Wenn wir als Stadt so agieren würden, dass man sagt dann dürfen wir überhaupt nirgends mehr einen Gewinn machen. Dann müssen wir uns auch überlegen was wir dann alles gleich streichen von unseren Projekten und was wir uns dann alles nicht mehr leisten können. Nächster Redner ist der Gemeinderat Kaliba, bitte Thomas.

#### GEMEINDERAT THOMAS KALIBA:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. 120 % Deckungsgrad, das ist 20 % darüber, das ist eigentlich sehr moderat, weil man natürlich auch weiß, wir haben ein großes Wasserleitungsnetz, wir haben auch viele alte Leitungen bei denen in den nächsten Jahren wahrscheinlich auch immer wieder etwas auszutauschen sein wird. Mir kommt es immer so vor in der Diskussion, als öffentliche Hand darf man keine Gewinne machen. Das sind jetzt sehr geringe Gewinne in dem Wasserbereich. Was ist mit dem anderen Bereich, Kunsteislaufplatz, Schwimmbad, Sauna, das sind alles defizitäre Bereiche die natürlich unterstützt werden, dass man den Leuten in dieser Stadt ein dementsprechendes Angebot macht. Da fragt auch keiner, ist das jetzt kostendeckend, ist das nicht kostendeckend, wird nie kostendeckend gehen, weil das natürlich zur Infrastruktur glaube ich in einer Stadt, in einer Größe wie Steyr, noch dazu gehört. Und unsere Verantwortung ist da Geld in die Hand zu nehmen. Weil du sagst € 180,- oder € 160,- zahlst du jetzt mehr seit 2015, dann könnte jetzt der Eindruck entstehen, es geht jedem Steyrer so. Das ist natürlich nicht so, du redest jetzt rein aus dem Eigenheimbereich. Du rechnest auch den Müll hinein, was in den letzten Jahren passiert ist, da ist ja die Biomüllgebühr in den Restmüll hineingerechnet worden. Das trifft natürlich in erster Linie den Eigenheimbereich der vielleicht vorher keine Biomüllgebühr bezahlt hat und jetzt die zahlen muss, weil er die Wahlfreiheit nicht mehr hat. Dafür nützen wir alle die ein Eigenheim auch haben, auf Kosten der Allgemeinheit, die vielen Grünschnittcontainer. Das hinterfragt auch keiner von welchem Tascherl wird das bezahlt. Und ich denke mir auch, wie der Reinhard schon gesagt hat, das ist ziemlich Klientelpolitik. Weil jeder Steyrer der kein Eigenheim mit Pool und dergleichen, großen Garten hat, braucht bei weitem nicht diese Wassermenge von der du da gesprochen hast von 150 m<sup>3</sup>. Da ist man bei weitem darunter und somit kommt man auch nicht auf diese hohen Steigerungsraten beim Wasser, was ja wirklich jeder selbst in der Hand hat, mit diesem kostbaren Gut ein bisschen sparsam umzugehen. Mietkosten, weil du unseren Antrag auch angesprochen hast, das hat man aber nicht in der Hand, in wie weit man auf das Einfluss nimmt. Weil mit einer gewissen Familiengröße wird man auch eine gewisse Wohnungsgröße brauchen. Und da ist es glaube ich sehr gut, da jetzt anzusetzen und etwas für die Leute nachhaltig zu verbessern und Grundlagen zu schaffen, dass sozialer Wohnbau zukünftig auch möglich sein kann. Also ich glaube wirklich euch geht es jetzt nicht wirklich um das, dass man keine Gewinne machen soll. Es ist halt das, eine Gebühr die wahrscheinlich in erster Linie Eigenheimbereich oder wahrscheinlich auch Unternehmer, und die brauchen natürlich auch sehr viel Wasser, da trifft. Und da wollt ihr einfach ansetzen, ich glaube nicht, dass es wirklich um die Steyrer geht, die da eben zum größten Teil in den Wohnungen wohnen, weil da kommt man bei weitem nicht auf diese Beträge von welchen ihr da redet. Also das ist ein wenig eine Panikmache.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Zu Wort gemeldet der Herr Stadtrat Mayrhofer, bitte Gunter.

STADTRAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:

Meine geschätzten Damen und Herren, Panikmache, Klientelpolitik. Ich kann ihnen garantieren bei den 150 m<sup>3</sup> für eine 4-köpfige Familie sind keine Poolkosten drinnen, weil, das geht sich gar nicht aus. Vielleicht schauen sie sich einmal ihre Wasserrechnung wirklich im Detail an Herr Kaliba, das stimmt so nicht. Ich kann ihnen aber etwas anderes sagen, der Jahresüberschuss beim Abfall betrug 2016 € 721.000,--, der Jahresüberschuss beim Wasser betrug 2016 € 724.000,--. Wir reden also nicht um geringfügige Geschichten, sondern wir reden da schon um € 1,5 Millionen Jahresüberschuss.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja Gott sei Dank.

STADTRAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:

Das heißt, und du darfst anschließend reden Geri. Und eines ist auch klar, Gebühren sind dazu da den Aufwand zu decken. Das andere soll mit Steuereinnahmen bezahlt werden und das ist der große Unterschied. Und da muss man schon sagen, das passt so nicht und Herr Kaufmann, auch bei ihrer Polemik, ich würde einmal nachrechnen wie oft sie am Tag aufs WC gehen und wie viel Wasser sie brauchen. ...*Gelächter*....dann kommen sie nämlich auch auf andere Zahlen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Die nächste Rednerin ist jetzt die Frau Gemeinderätin MMag. Frech, bitte Michaela.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Ich werde es kurz machen, weil ohnedies schon vieles in diesem Zusammenhang schon gesagt worden ist. Ich würde jetzt gerne wieder zum Grundsätzlichen ein bisschen zurückkehren. Faktum ist, Gebühren sind ein Wert den der Bürger erbringt als Gegenleistung für die Leistung die die Stadt erbringt. Und die Wassergebühr, Kanalbenutzungsgebühr, das sind Gebühren die jeden treffen. Unabhängig von der Einkommenshöhe und das bedeutet auch, dass man sich schon überlegen soll, ob man in diesem Zusammenhang Gewinne machen will. Gewinne sind etwas Gutes und man sollte schauen wo man sie macht. Und bei Gebühren die jeden treffen und damit auch die sozial Schwächeren, genauso wie die sozial Bessergestellten, denke ich mir sind wir gut beraten, wenn wir dort einen Tarif verlangen, eine Gebühr verlangen, die kostendeckend ist und nicht um 20 % darüber geht. Das ist Punkt 1. Punkt 2 ist zum Thema Wasser, man zahlt ja ohnedies doppelt. Zum einen, wenn man den Wasserhahn aufdreht, zum anderen über die Kanalbenutzungsgebühr. Das heißt, das ist ohnedies schon einmal eine zusätzliche Belastung. Und Drittens, weil das kommt seit Jahren, seit dem ich in diesem Gemeinderat bin, kommt immer die Geschichte, die der Herr Bürgermeister heute gebracht hat, wir müssen ja, ist Vorschrift des Landes. Denke ich mir der Kollege Zöttl hat ganz gut aufgezeigt, dass das nicht ganz so ist.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich habe es eh vorgelesen was sie uns geschrieben haben...

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Ja schon...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Aber es ist uns eh egal offensichtlich, macht eh nichts, passt ja...

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Das Thema ist erledigt. Wir erhöhen die Gebühren oder nicht...

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Darf ich fertig...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Natürlich...

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Immer wenn du so aufgeregert bist und dazwischen sprichst, dann weiß ich immer, ganz so ernst ist es wohl nicht. Faktum ist, die Aufregung ist nicht so begründet...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich bin gar nicht aufgeregert.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Weil genauso kann man die Gegenposition aufzeigen und das hat der Kollege Zöttl denke ich mir gut gemacht. Erstens einmal, dass es ohnedies fragwürdig ist ob man tatsächlich so eine Knebelung machen kann. Im Endeffekt ist das eine Art Knebelung, wenn ich sage, ich schreibe einen Mindesttarif vor und wenn die Gemeinde den unterschreitet, dann gibt es keine Fördermittel. Und das ist auch der Punkt den auch der Rechnungshof kritisiert, also bin ich beim Kollegen Zöttl, dass das vielleicht ohnedies bald kein Thema ist. Und interessanterweise, unsere Fraktion hat schon öfter dagegen gestimmt und es ist aber nie etwas Großartiges passiert. Ich glaube es ist uns sogar irgendwann einmal angedroht worden, man könnte das Mandat verlieren, was weiß ich alles, also nein lassen wir die Kirche im Dorf. Außerdem wir sind eine Statutarstadt und diese Regelung die du da jetzt vorgelesen hast auch, zielt eher auf die Landgemeinden ab. Und ich glaube wir sollten deshalb wirklich diesen Weg gehen, Gebühren, die alle generell, egal um welche Gebühr es geht, die alle treffen, die sollten so kalkuliert sein, dass sie die Kosten decken. Natürlich auch die Kosten der Erhaltung, aber keinen Gewinn.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nur zur tatsächlichen Berichtigung, das Schreiben, das ich zitiert habe, wurde an die Stadt Steyr geschickt und nicht an irgendeine Kommune von den 440, sondern an die Stadt, weil wir angefragt haben. Wir fürchten uns auch nicht und alles was du gesagt hast, Richtung Knebelung bin ich die falsche Adresse, das musst du dem Landeshauptmann Stelzer sagen. Der nämlich alle Gemeinden anschreibt über die IKD, dass die Mindestgebühr zu verlangen ist. Ich bin die falsche Adresse. Knebeln tut eh keiner. Uns können sie zum Glück nichts nehmen, da sind wir eh froh. Sie können uns nur extrem belasten, das tun sie, das Land OÖ, das ist dann eh später unser Thema. Es geht um Erhöhungen, ich möchte nur ein Faktum noch liefern, weil man sagt wir brauchen eh keine Gewinne. Wir reden gerade über den öffentlichen Verkehr in einer Arbeitsgruppe, ob man nicht eine Night-Line einführt. Abgang im öffentlichen Verkehr, weil Gewinne ist ja böse, Verlust offensichtlich....*unverständlich*.....nein hör zu, € 2 Millionen, € 2 Millionen Abgang nur im öffentlichen Verkehr. Und jetzt wird da hingestellt, Gebührenplus beim Kanal und beim Wasser 2 Mal € 700.000,--, ja, Gott sei Dank, weil sonst könnten wir nämlich den Bus einstellen. Aber das ist eine andere Geschichte. Noch ein letztes, es gibt jährlich von der Linz AG, selbst Lieferant von Wasser, Gas, Abfall, eine Statistik wie die Gemeinden liegen. Ich habe mir die besorgt, kann einen beruhigen oder nicht. Wir liegen im guten Mittelfeld von 21 Gemeinden und Städten die da verglichen werden. Da ist z.B. auch Traun, Wels und Leonding dabei, aber auch Vöcklabruck, sind wir beim Wasser an 6. Stelle, 6 von 21. Kein schlechter Platz im Sinne von günstig oder nicht günstig. 21-igster ist der Teuerste. Also so schlecht liegen wir nicht, bitte Herr Referent.

#### VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Es wurde jetzt hier einiges gesagt und auf der anderen Seite sozusagen auch wieder hochgehalten dass wir doch die Leistungen, die wir als Stadt erbringen sollten, erbringen sollen. Und auf der anderen Seite, denke ich mir der Herr Bürgermeister hat jetzt gerade vom Verkehr gesprochen, ich rede jetzt von etwas wo wir zB Wasser brauchen, was der Gemeinderat Kaliba schon angesprochen hat. Unter anderem Bad und Eiskunstbahn, ja da sind wir auch bei € 900.000,-- irgendetwas. Und wir sollen es aber der Stadt, unserer Stadtbevölkerung günstig anbieten. Und da sind wir auch so, dass wir sagen, ja es muss alles leistbar sein, weil sonst sind das keine Einrichtungen mehr, die unsere Bürgerinnen und Bürger dementsprechend in Anspruch nehmen können. Also man kann schon auch sozusagen immer bei dem Einen sagen, das ist nicht gut, aber das Andere wollen wir schon. Also die Forderungen, wenn ich an die Budgetverhandlungen denke, sind ja nicht immer gerade gering. Und irgendwo soll ja das Geld auch herkommen und dass es weder der Herr Bürgermeister herzaubern kann, noch ich, noch von euch irgendwer, werden wir es halt irgendwo auch einnehmen müssen. Zweitens möchte ich aufräumen mit der Darstellung der Müllgebühren, dass die da um 33 % so gestiegen sind, hier sind wir einer Gesetzesauflage unterstellt. Nämlich, dass der Biomüll in die Gebühr des Restmülls einzurechnen ist und dass hier sozusagen das zu machen ist. Und wir uns darum bemüht haben eine Stufenregelung von 3 Jahren zustande zu bringen, sonst wären wir nämlich im ersten Jahr gleich hinaufgerauscht um die Biomüllgebühr. Also man sollte auch da ein bisschen die Kirche im Dorf lassen und nicht versuchen hier etwas darzustellen was in Wirklichkeit einen anderen Hintergrund hat. Weil hier geht es wirklich auch um die Umsetzung einer gesetzlichen Vorschrift und nicht so tun, als wie wenn wir es aus Jux und Dollerei das tun würden, weil es halt vielleicht gerade gut ankommt, dass man die eine oder andere Medienmeldung daraus erzielen könnte. In diesem Sinne ersuche ich dem Antrag, so wie ich ihn vorgetragen habe, die Zustimmung zu erteilen.

#### BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

So jetzt kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen diesen Antrag? Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Bedanke mich, bedanke mich auch für die Berichterstattung und ich darf nun die Frau Vizebürgermeisterin Ingrid Weixlberger ersuchen zu berichten.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **19**

**SPÖ 15** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR<sup>in</sup> Heidemarie Kloiber, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**GRÜNE 4** – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **15**

**FPÖ 9** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

## **BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:**

### **5) Fin-142/16                      Private Kinderbetreuungseinrichtungen in Steyr, Endabrechnungen für das Betreuungsjahr 2017/2018.**

VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. In meinem Antrag geht es um die Endabrechnung des Kindergartenjahres 2017/18 für die privaten Kindergärten und um die Akontierung für das laufende Kindergartenjahr 2018/2019. Leider konnte beim Abrechnungsjahr 2017/18 die Budgetvorschau nicht eingehalten werden bei den privaten Kindergärten. Zum einen gibt es in einem privaten Kindergarten einen Langzeitkrankenstand wo es eine ErsatzEinstellung geben hat müssen. Eine vorzeitige Pensionierung, wo eine Abfertigung fällig ist, die in der Budgetvorschau noch nicht berücksichtigt werden konnte. Zusätzliches Personal für Sonderkindergärtnerin und Sprachförderung. Ausfall von einer Förderungszusage des Landes oder einer langjährigen Förderung des Landes OÖ in einer privaten Kindergarteneinrichtung. Und dass uns das Land vorgeschrieben hat, dass bei den Hortbeiträgen eine Unterscheidung passieren muss zwischen über und unter 25 Stunden Hortbetreuung. Und ja, das waren die Beträge die den Voranschlag erhöht haben. Ich ersuche um Zustimmung zu dem Amtsbericht.

#### **Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 21.11.2018 werden die von den Betreibern privater Kinderbetreuungseinrichtungen vorgelegten Endabrechnungen für das Betreuungsjahr 2017/18 genehmigt. Zur Ausfinanzierung der offenen Beträge sowie zur Auszahlung des fälligen Akonto-Betrages für das laufende Betreuungsjahr 2018/19 in gesamter Höhe von € 624.909,- werden bei den nachstehend angeführten VA-Stellen folgende Freigaben und Kreditüberschreitungen sowie eine Kreditübertragung bewilligt:

VA-Stelle 1/250000/757000	Freigabe	€ 52.200,--
und eine Kreditübertragung des verbleibenden Restes von		€ 16.100,--
	auf die VA-Stelle 1/240000/757000	
VA-Stelle 1/240000/757000	Freigabe einschließlich der vorstehenden	Kreditüber-
tragung		€ 268.900,--
und eine Kreditüberschreitung in Höhe von		€ 49.340,--
VA-Stelle 1/439000/757200	Freigabe	€ 194.000,--
und eine Kreditüberschreitung in Höhe von		€ 29.000,--
VA-Stelle 5/240000/777000	Freigabe	€ 31.600,--

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 31.600,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Dar-

lehensbedingungen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Zu Wort gemeldet Gemeinderat Zöttl, bitte.

**GEMEINDERAT ING. WOLFGANG ZÖTTL, BED:**

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ich habe noch ein paar Fragen an die Frau Vizebürgermeisterin Weixlberger sie hat es eh gerade erklärt. Es sind wieder Überschreitungen gewesen. Uns fällt halt auf, das war in den letzten Jahren schon ein paar Mal der Fall und speziell bei einigen Kindergärten. Und zwar bei dem Pfarrcaritas-Kindergarten Wieserfeldplatz und dem Waldorfkindergarten. Und da wollte ich fragen, sie haben es eh versucht zu erklären, warum die Überschreitungen waren, ob das nicht vorhersehbar ist schon, dass man sieht, okay z.B. € 23.000,- wurden mehr ausgegeben, für Integrationskinder, für zusätzliches Personal, Stützkräfte, Helferinnen, ein Heizöltank musste aufgefüllt werden. Ob man das nicht schon im Vorfeld sehen hat können, ob es da nicht Voranmeldungen gibt oder ob es da kurzfristige Anmeldungen gibt, dass man auf einmal mehr Geld benötigt für Integrationsmaßnahmen. Das nächste ist für einen Waldorfkindergarten, das haben sie glaube ich jetzt gerade gesagt, das habe ich da im Bericht nicht gelesen, dass eine frühzeitige Pensionierung angefallen ist und darum die Abfertigung ausbezahlt hat werden müssen. Hat man offensichtlich auch nicht frühzeitig erkannt. Wenn das jetzt unvorhergesehen der Fall war, dann hat sich das eine erklärt. Dazu wollte ich noch eine Beantwortung haben. Danke.

**VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:**

Ist eigentlich alles gerade erklärt worden. Die Kindergärten wissen im März des Vorjahres nicht was im nächsten Kindergartenjahr an zusätzlichen Kosten kommt. Wann es einen Langzeitkrankenstand gibt, den kann man nicht ein Jahr im Vorhinein planen. Dass es eine zusätzliche oder vorzeitige Pensionierung einer Kollegin gegeben hat, weil die angeschrieben worden ist von der Pensionsversicherungsanstalt, wenn sie länger arbeiten würde, ihre Pension sich reduzieren würde. Das kommt daher, dass es einen längeren Durchrechnungszeitraum gibt. Also dass die Kollegin vorzeitig dann in Pension geht, ist glaube ich eine klare Sache. Und man weiß auch nicht im Jahr, oder im März, ob und wie viele Integrationskinder im nächsten Kindergartenjahr in den Kindergarten aufgenommen werden müssen. Das ist...

**GEMEINDERAT ING. WOLFGANG ZÖTTL, BED:**

Und ob das Heizöl leer wird, Heizöltank weiß man auch noch nicht?

**VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:**

Das kommt darauf an wieviel drinnen ist und das kann, hätte genauso passieren können, dass es erst nächstes Jahr im Jänner der Heizöltank aufgefüllt werden hätte müssen. Also das sind Sachen die nicht wirklich vorhersehbar sind. Und die Abrechnungen der Kindergärten, der privaten Kindergärten gehen alle durch unser Controlling-System, also Herr Dr. Virag überprüft jede Endabrechnung auf Plausibilität und gewisse Sachen sind halt leider im Vorhinein nicht absehbar.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Ja, das Problem ist ja generell, wenn ich das noch ergänzen darf, 2009 wurde der Gratiskindergarten in Oberösterreich eingeführt. Ich möchte es nur wieder ein bisschen in Erinnerung rufen, da hieß es von Landesseite, die die schon eine gut ausgebaute Infrastruktur haben, das wird also ein Nullsummenspiel sein. Mittlerweile seit 2009 gerechnet bis heute hat uns, uns als Stadt Steyr, nur der Stadt Steyr, der Gratiskindergarten, sprich seit dem wir alle Kosten tragen müssen, für die Privaten auch, ohne dass wir selber was verhandeln können, € 2,4 Millionen gekostet, Mehrkosten. Und Heizöltank, im Prinzip ist es egal ob wir es jetzt zahlen oder im nächsten Jahr. Wenn der Tank aufgefüllt wird bekommen wir die Rechnung

und das sind Normkosten und es passt, selbstverständlich darf es im Kindergarten nicht kalt sein. Privatkindergarten, wir haben es zu zahlen aus unserem Budget, so ist es leider, wir müssen es zur Kenntnis nehmen, aber lustig ist es nicht, da hast du völlig recht. Gut, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist die Kosten, die Endabrechnung so gut zu heißen, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Als nächster Berichterstatter ist der Vizebürgermeister Dr. Zöttl an der Reihe, bitte Helmut.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

### **BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:**

#### **6) BauGru-11/16            Bebauungsplan Nr.76.1, Änderung Nr.2 – Kematmüllerstraße; Beschluss.**

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

In meinen zwei Anträgen geht es um Bebauungspläne. Der erste Antrag ist der Antrag der Änderung Nr. 2 in der Kematmüllerstraße. Bei Bebauungsplan Nr. 76.1, verfolgt uns schon längere Zeit, da gibt es wieder das Ansuchen der WAG, dort ein Gebäude zu errichten. Wir haben da auch vom Land praktisch den Vorschlag bekommen eine geschlossene Bauweise zu machen, haben wir aber nicht zustimmen können, weil wir dort sozusagen sonst an die Grundgrenzen gekommen wären. Also wird die Gruppenbauweise weiter praktisch drinnen bleiben im Bebauungsplan. Aber es wird so sein, dass die zweigeschossige Bebauung dort stattfinden kann, wenn wir es beschließen. Und eine Geschossflächenzahl von 0,7 beschlossen werden sollte, und die Attikahöhe 7 m und ein Flachdach sollte auch möglich sein. Ich bitte um ihre Zustimmung.

#### **Der Gemeinderat möge beschließen:**

Nach Durchführung der erforderlichen amtlichen Ermittlungen die Änderung Nr. 2 des Bebauungsplanes Nr. 76.1 – Kematmüllerstraße - entsprechend dem Plan der FA für Stadtplanung und Stadtentwicklung vom 22.06.2018 und den Ausführungen im Amtsbericht der FA für Bau-, Anlagen- und Wasserrecht vom 30.10.2018 beschließen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Es gibt keine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt, dann kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Ein Zeichen mit der Hand bitte. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bitte dein nächster Punkt.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **2**  
GR Mag. Kurt Prack  
GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, MAS, MSc

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

#### **7) BauGru-95/15            Bebauungsplan Nr. 90 – Fischhub – Neuerstellung, Bebauungsplanänderung- Nr. 2.3 – Teilaufhebung, Bebauungsplanänderung – Nr. 6.4 – Aufhebung, Änderung Nr. 1 des Be-**

**bauungsplanes Nr. 6.1 – Aufhebung, Änderung Nr. 1 des Bebauungsplanes Nr. 6.2 – Aufhebung, Änderung Nr. 1 des Bebauungsplanes Nr. 6.3 – Aufhebung 6.3 – Aufhebung; Beschluss.**

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Bei dem nächsten Tagesordnungspunkt geht es nun endlich und endgültig um den Bebauungsplan in der Fischhub, den wir ja schon längere Zeit als Neuplanungsgebiet behandelt haben. Es soll dort, ausgenommen von der Haratzmüllerstraße, im gesamten Gebiet eine Begrenzung geben, für Grundstücke bis 750 m<sup>2</sup> sollen maximal 2 Wohneinheiten sein, und über 750 m<sup>2</sup> sollen maximal 3 Wohneinheiten möglich sein, und zweigeschossig. Und in der Haratzmüllerstraße soll auch ein dreigeschossiges Objekt zum Bauen möglich sein. Das beinhaltet der Bebauungsplan Nr. 90 in der Fischhub. Bitte um Zustimmung.

**Der Gemeinderat möge beschließen:**

Den Bebauungsplan Nr. 90 und die Änderungen bzw. Aufhebungen Nr. 2.3; 6.4, 6.1.1, 6.2.1 und Nr. 6.3.1 - entsprechend den Plänen der FA für Stadtplanung und Stadtentwicklung vom 18.11.2016 mit der Korrektur vom 06.11.2018 und den Ausführungen im Amtsbericht der FA für Bau-, Anlagen- und Wasserrecht vom 12.11.2018 beschließen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Auch hier gibt es keinen Diskussionsbedarf, ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Eine Stimmenthaltung! Dann wurde der Antrag mit einer Stimmenthaltung angenommen. Danke für die Berichterstattung. Und als nächster Berichterstatter ist der Stadtrat Dr. Ritter am Wort, bitte.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **2**

GR Mag. Kurt Prack

GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, MAS, MSc

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **32**

Zustimmung: **31**

**SPÖ 15** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR<sup>in</sup> Heidemarie Kloiber, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**FPÖ 9** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**GRÜNE 2** – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner)

Stimmenthaltung: **1**

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

**BERICHTERSTATTER STADTRAT MR DR. MARIO RITTER:**

**8) ÖAG-19/18                    Sicherung von Grundflächen für den sozialen Wohnbau im Rahmen der abzuschließenden Raumordnungsverträge, Grundsatzbeschluss.**

STADTRAT MR DR. MARIO RITTER:

Verehrte Anwesende, verehrte Damen und Herren vor der Kamera zu Hause. In meinem Antrag möchte ich den Antrag der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion bringen, in dem die Sicherung von Grundflächen für den sozialen Wohnbau angesprochen werden soll. Es geht darum, dass wenn ein Grundstück in Steyr umgewidmet werden soll, dann soll auch 50 % der Fläche die umgewidmet wird der Stadt zu Verfügung gestellt werden für den sozialen Wohnbau. Diese kauft dann die Fläche um mindestens die Hälfte des ortsüblichen Preises ab. So, alles das ist natürlich nur unter der Voraussetzung, dass der Bedarf gegeben ist. Ich bitte um Diskussion.

**Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 20.11.2018 wird der Beschluss des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 17.12.2012, GZ ÖAG-16/2012, mit welchem ein Grundsatzbeschluss über den Abschluss von Raumordnungsverträgen gefasst wurde, dahingehend ergänzt, dass bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 16 Abs. 1 Z 3 Oö. ROG bei Umwidmungen von Flächen von bisher Grünland in eine höhere bebaubare Kategorie die Bestimmungen des § 16 Abs. 1 Z 3 Oö. ROG anzuwenden sind und die Hälfte der umzuwiddmenden Flächen zu den in der Gesetzesbestimmung vorgesehenen Bedingungen für den sozialen Wohnbau zu widmen ist. Die Festlegung, ob Flächen zu diesem Zweck geeignet und daher vorzusehen sind, ist im Einzelfall im Rahmen der Entscheidung des gemeinderätlichen Ausschusses für Angelegenheiten der Stadt- und Wirtschaftsentwicklung bei der Behandlung von Umwidmungsansuchen zu treffen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich darf vielleicht ergänzen, weil ja der Antrag von der SPÖ- Fraktion eingebracht wurde. Es geht darum, auf die nächsten 10, 20 Jahre für den sozialen Wohnbau leistbare Mieten bzw. Grundpreise sicherzustellen. Es ist Null ideologisch verbrämt, das ist ein Ansatz, eine Möglichkeit, wie wir in Zukunft leistbares Wohnen hier in der Stadt auch sicherstellen wollen und sollen. Und derzeit ist der Bedarf nicht unbedingt so, dass man sagt wir haben so wenig gewidmete Grundstücke, da geht es wirklich pro futura um die nächsten 10 Jahre, 15 Jahre. Dass die Grundstückspreise exorbitant gestiegen sind in den letzten Jahren und noch weiter steigen, das sieht man. Es ist eine Marktgeschichte, das kann man momentan offensichtlich auch gar nicht bremsen. Klar ist auch, dass sich die Grundkosten 1 zu 1 in die Mietkosten übersetzen lassen. Dann gibt es gleichzeitig eine Förderrichtlinie des Landes und wenn das so weiter geht, dann wird man kaum mehr Mietwohnungen anbieten können, weil die Mietkosten so hoch sind und da rede ich gar nicht von den Betriebskosten wo wir gerade vorher geredet haben. Wenn du € 100,- für den Quadratmeter Grund bezahlst oder € 200,-, das ist in der Miete dann ungefähr so, da geht es nicht um € 1,- vielleicht wie bei den Betriebskos-

ten, wenn ich mehr bezahle, dann geht es gleich um € 50,-- und € 60,-- mehr monatlich, wenn die Miete, wenn die Grundkosten so hoch sind. Das ist die Intension, wie gesagt, hat mit Enteignung oder irgendjemanden etwas wegzunehmen überhaupt nichts zu tun. Denn wir reden nur von Dingen, wenn jetzt wer käme und sagt ich möchte 5.000m<sup>2</sup> oder mehr umgewidmet haben von der Stadt, von Grünland in Wohnbaugebiet, und somit ungefähr eine, ich weiß nicht, Verhundertfachung seines Wertes hat, dass er dann von 50 % für den sozialen Wohnbau zu einem bestimmten festgesetzten und den ortsüblichen Preisen entsprechenden Quadratmeterpreis für den sozialen Wohnbau abtreten muss bzw. verkaufen muss. Das ist der Hintergrund. Und ich eröffne somit die Diskussion, danke für den Vortrag und als erster zu Wort gemeldet der Gunter Mayrhofer, bitte.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Ja meine sehr geehrten Damen und Herren. Als ich das das erste Mal gelesen habe, habe ich mir gedacht, ist das jetzt Fasching, weil der Faschingsbeginn war, oder was ist da eigentlich wirklich los. Weil ernst gemeint kann ja dieser Antrag nicht sein. Es geht hier, wir brauchen Flächen für den sozialen Wohnbau. Ich hoffe doch, dass sich die Antragsteller informiert haben, wie es derzeit um den sozialen Wohnbau in Steyr ausschaut, wie er bestellt ist. Wir haben allein bei der Städtischen GWG derzeit 470 Wohnungen leer stehen. Auch die WAG hat Leerstand, auch die Styria hat Leerstand.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Was hat das mit der ...

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Das heißt einen Bedarf für sozialen Wohnbau gibt es derzeit und auch auf Sicht gesehen in Steyr überhaupt keinen. Wir haben in den letzten Jahren eine Vielzahl von zusätzlichen Wohnungen dazu bekommen, und sehr viele sind vom sozialen Wohnbau in ein Privateigentum gewechselt, und damit haben wir auch eine Erhöhung unseres Leerstands bei den sozialen Wohnbaugenossenschaften bekommen. Wenn man sich jetzt dann noch anschaut, wie schaut es beim sozialen Wohnbau überhaupt aus. Welche Kosten sind hier? Und wie wirkt sich das wirklich aus? Dann sind diese Horrorzahlen, die da vom Bürgermeister genannt wurden, natürlich genauso nicht haltbar. Derzeit ist ein sozialer Wohnbau abhängig von der Größe der Wohnung zwischen ungefähr € 1.600,-- und € 1.700,-- darstellbar. Die letzte größere Wohnverbauung die stattgefunden hat, zB auch am Kasernenareal, ist mit einem Preis von € 135,-- auch hier im Gemeinderat beschlossen worden. Beim Staffelmayr hat es ungefähr € 140,-- gekostet, der Quadratmeter. Wenn sie jetzt eine Reduzierung auf die Hälfte berechnen und berechnen das auf die € 1.700,-- Gesamtbaukosten, wie man dann auf zusätzliche Mietkosten von € 50,--, € 60,-- kommt, da muss der Taschenrechner wirklich verrückt gespielt haben, weil anders gibt es das nicht. Und wenn ich mir dann die Mieten anschau die verlangt werden, und es ist natürlich so, dass der Otto-Normalverbraucher unter Miete das versteht was er überweisen muss. Er unterscheidet in den seltensten Fällen zwischen Gebühren, Kosten und wirklichen Mietkosten. Die Mietzahlungen bei Wohnungen in der städtischen Wohnungsgenossenschaft zB, liegen derzeit bei den älteren und in der jüngeren Vergangenheit gebauten bei ungefähr € 6,03 bis € 6,01 und bei den neuen die gebaut werden bei € 8,24 pro Quadratmeter. Die sind aber warm, das heißt mit sämtlichen Abgaben, Kosten usw.. Rechnen wir das jetzt auseinander, dann kommen wir bei jenen die so ungefähr € 6,-- pro Quadratmeter kosten, in Schilling, in Euro auf einen Betrag von reiner Miete von € 300,18 und die öffentlichen Abgaben und Gebühren und Kosten sind € 347,20. Mehr als die Hälfte der effektiven Raumkosten sind Abgaben und Gebühren und Heizung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Was ist denn das für eine kuriose Rechnung.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Diese Rechnung...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Kuriose Rechnung, weil bei jeder. Das heißt du sagst, wenn du einen Mietzettel hast und Miete zahlst sind die Betriebskosten höher als die Miete?

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Ja.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Aha. Ich weiß nicht wo du wohnst. Das ist völlig ...

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Lieber Bürgermeister!

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich weiß nicht was du da hineinrechnest.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Als Eigentümer der GWG würde ich dir dann empfehlen, sieh dir einmal diese Kosten auch tatsächlich an.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Das ist dumm gelaufen.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Dann wirst du drauf kommen, dass bei diesen Wohnungen die ungefähr € 6,- pro Quadratmeter kosten und repräsentativ sind, das sind zum Beispiel jene die im Resthof sind, sind zum Beispiel jene auf der Ennsleite, und da meine ich nicht die ganz alten auf der Ennsleite, sondern so Glöckelstraße, Hafnerstraße und so weiter, von denen rede ich. Und das sind Daten die uns übermittelt wurden von der GWG. Wir haben mittlerweile mehr Kosten auf den Raum gerechnet an Abgaben und Gebühren usw. als effektive Mietkosten. Das heißt, es ist ein kompletter Schmarrn, wenn wir da wirklich glauben, mit dieser Maßnahme die nichts anderes ist als eigentlich Klientelpolitik. ...*Gelächter!*... Herr Kollege Kaliba, da sind wir nämlich jetzt bei der Klientelpolitik. Mit Sicherheit geht es darum, dass man sagt, einige wenige, 54, so viele sind es nämlich, die dieser Branche angehören. Der Grundstückseigentümer im ländlichen Bereich von Steyr, denen nimmt man einfach etwas weg.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Was nimmt man wem?

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Und damit kann ich am Stammtisch sagen, ich hab etwas für meine Klientel gemacht. Ich bin ja nur neugierig, wie sie Herr Kollege Schodermayr das ihren Freunden in Gleink beibringen.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Ah, das mach ich schon!

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Ich hoffe sie sagen ihnen es noch jetzt, damit sie ein gescheites Packerl unter dem Weihnachtsbaum haben. Weil das ist ein Anschlag auf die ländliche Bevölkerung, das ist wirklich eine Katastrophe.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Der war gut jetzt! Der war gut! Als nächstes zu Wort gemeldet Herr Dr. Zöttl. Anschlag auf die ländliche Bevölkerung, das war einmalig!

#### VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal zurück zu dem, glaube ich, was ich herausgelesen habe bei dem Antrag der SPÖ. Der SPÖ geht es um den sozialen Wohnbau in Zukunft, dass man Grundstücke sichert, dass man sich den Mehrwert der sich bei einer Umwidmung von Grünland auf Bauland ergibt, dass man da sozusagen auch mit den sozialen Wohnbau sichert. Das lese ich heraus. Die Frage ist, was die Überlegung dahinter weiter ist. Ich selber denke mir, bei uns, wie mein Vorredner gesagt hat, sehe ich momentan keinen Bedarf. In Städten wie Wien, das ja quasi seit Menschengedenken SPÖ dominiert ist, gibt es dieses Problem wirklich. Also da muss man wirklich davon sprechen, da gibt es keinen Quadratmeter mehr, den man sich überhaupt noch leisten kann. Ich sehe das ein bisschen differenzierter, weil ich glaube, so der Antrag, wie er da jetzt vorgelegt wird, ist schon fast ein Eingriff in das Eigentum. Weil wenn jemand 50 % von der Wohnfläche, muss er mir zu 50 % Preis anbieten, da kann ich nicht mit. Was ich aber schon sage, wo man auch sagt, da muss man eigentlich darüber nachdenken, ist dieser Mehrwert der geschaffen wird, von Grünland auf Bauland. Da entsteht ein Mehrwert. Und dass man da durchaus die öffentliche Hand bei Umwidmungen mitpartizipiert finde ich für in Ordnung und ich glaube da sollte man auch eine Form finden, wie man das machen kann. Sei es durch AufschlieBungsbeiträge oder dergleichen, ja erhöhte AufschlieBungsbeiträge weil, die sind wirklich vielleicht zu niedrig angesetzt. Weil das deckt teilweise nicht einmal die Straßen- bzw. die Rundumgeschichten. Da kann man eventuell darüber reden, ich glaube dass das vernünftig wäre. Aber wie gesagt dieser Vorstoß, dass man in das Eigentum eingreift, ich glaube das sollten wir nicht wagen. Weil das Eigentum ist heilig und ich glaube oder bzw. bin mir sicher, dass meine Fraktion das genauso sieht und wir werden bei dem Antrag deswegen nicht mitgehen.

#### BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, nur zwei Sätze dazu. Wir reden nicht von Eigentum, weil das greift überhaupt niemand an, da bin ich ja bei dir. Eigentum ist Grünland, bleibt Grünland, ist sein Eigentum. Wenn er, XY, möchte, dass das Bauland wird, Wohnbauland, dann sucht er bei der Stadt an und die Stadt hat die Möglichkeit. Und das ist ja nicht die Erfindung der Sozialdemokratie, kann dann eh noch ein Beispiel, ein anderes nennen. Es gibt die Möglichkeit schon seit vielen Jahren, die gesetzliche Möglichkeit, das zu tun, was wir jetzt da vorschlagen über die Raumordnungsverträge. Das sind österreichische und vom Städte- und Gemeindebund vorgeschlagene Möglichkeiten das zu tun, nur hat es noch niemand getan. Und wir reden ja nicht davon was jetzt passiert und dass es vielleicht jetzt in Steyr noch geht, rundherum wird alles noch teurer. Wo du die € 135,- hast für den Wohnbau am Tabor oben, weiß ich nicht und warum wir das beschlossen haben sollten. Weil falls du die Neue Heimat oben meinst die da oben bauen, die wären froh wenn die um € 135,- den Grund bekommen hätten. Da bist du weit weg von der Realität. Aber vielleicht hast du auch etwas anderes gemeint. Gut, Kollegin Frech bitte.

#### GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Also ich hätte ja gedacht, dass mit 1989 der Kommunismus sein Ende gefunden hätte. ...*allgemeines Gelächter*...ich fühle mich fast so ein bisschen an DDR-Zeiten erinnert. ...*unverständliche Wortmeldung vom Platz aus*...man kann natürlich alles, es ist immer der Standpunkt, der Standort bestimmt den Standpunkt. Und ich denke mir, wir als Gemeinde sind gut beraten bei Entscheidungen einen möglichst objektiven Standort und damit Standpunkt zu beziehen. Und gerade beim Thema Umwidmung war es jetzt eigentlich immer so, dass ich den Eindruck hatte, dass sich alle bemüht haben, darüber nachzudenken, macht diese Umwidmung im konkreten Fall Sinn oder nicht. Welche positiven oder negativen Folgen hat es für die Stadt, für die Stadtentwicklung ohne dass wir jetzt ein besonderes Eigeninteresse gehabt hätten. Nämlich ein persönliches Eigeninteresse. Jetzt ändert sich das aber, weil immer dann wenn wir umwidmen von Grünland in Bauland, dann haben wir die Möglichkeit ein Grundstück für sozialen Wohnbau, sprich ein Grundstück das dann für die GWG interessant wird, billigst zu bekommen. Und das trübt aus meiner Sicht schon sehr stark diese Objektivität oder kann sie trüben, mit Sicherheit. Und die Personen, die in der GWG die Handelnden

sind, das sind auch die Personen, die in der Stadt die Handelnden sind. Das generell schon ein Interessenskonflikt ist aus meiner Sicht. Aber hier kommt dann etwas anderes auch noch dazu, ein Eigeninteresse günstig Grundstücke zu bekommen. Zu einem reduzierten Preis von 50 % des Verkehrswertes, also das gebe ich neben allen anderen Bedenken auch ihnen noch mit auf den Weg. Das halte ich für eine ganz schlechte Verquickung von Entscheidungen die wir treffen im Gemeinderat, die nämlich dieser Gemeinderat dann auch treffen muss und Eigeninteressen die man hat im Zusammenhang auch mit der GWG. Und das nächste ist, dieser Antrag, da fühle ich mich dann auch ein bisschen an den 11.11. erinnert. Da schreibt man doch tatsächlich hinein und möchte dass der heute so beschlossen wird, finde ich ganz spannend, dass das dann zum Tragen kommt ab einer größeren umzuwidmenden Fläche. So, wie definieren wir größer? Jetzt steht in Klammer z.B. 5.000 m<sup>2</sup>, ja z.B. heißt viel. Das kann z.B. dann aber auch 3.000 sein.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Ab 5.000 ist...

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:  
...es steht hier Herr Bürgermeister, lass mich bitte ausreden, du darfst auch ausreden. Lass mich auch, auch wenn ich nicht Bürgermeister bin, als Gemeinderat habe ich dasselbe Recht auszusprechen. Hier steht z.B. und dieses zum Beispiel, das kann ich doch nicht dann tatsächlich so beschließen. Das nächste Mal heißt es dann im Ausschuss, das ist auch größer, z.B. 3.000, z.B. 2.000. Also wenn man nicht einmal in der Lage ist, sich im Vorfeld hier klar Gedanken zu machen, welche Größe man hier tatsächlich nimmt und damit auch Rechtssicherheit zu schaffen und das ist mir als Bürgerin ein ganz wichtiger Punkt, die hier im Gemeinderat sitzt. Rechtssicherheit für Beteiligte und die habe ich in diesem Antrag mit Sicherheit nicht, also so etwas kann man wirklich nur ablehnen, mehr braucht man dazu nicht mehr sagen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Gib es noch eine Wortmeldung? Bitte Herr Kollege Prack...*unverständliche Zwischenrufe...*

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:  
Nein, aber ich bin auch noch!

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Ja ich habe es noch nicht, die Rednerliste ist noch nicht geschlossen. Ich habe nicht gesagt letzter Redner Prack, ich habe gesagt Kollege Prack.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:  
Der Herr Freisais.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:  
Werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Also dass die ÖVP gegen diesen Antrag stimmt, damit habe ich gerechnet. Aber dass die Partei des kleinen Mannes dagegen ist, das finde ich schon ein bisschen schräg. Da geht es um sozialen Wohnbau, wie könnt ihr, die immer die Leute mit dem niedrigen Einkommen angeblich verteidigt, gegen so eine Sache sein. Und was diese, das Wort Enteignung ist erstaunlicher Weise noch nicht gefallen, aber in die Richtung wird schon wieder argumentiert. Es wird ja niemand gezwungen einen Grund zu verkaufen. Jeder der das tut kennt die Rahmenbedingungen unter denen verkauft wird. Und es sind, wie wir gehört haben, 55 Personen und zu Gute kommen würde diese Regelung sehr, sehr vielen mehr, und zwar denen die es wirklich brauchen. Also wo da die großen Gemeinheiten den Grundeigentümern gegenüber sind, das kann ich nicht sehen. Und ich denke die Geschichte mit zum Beispiel ist vielleicht nicht so glücklich gewählt. Aber ich nehme an, dass da noch ein Abänderungsantrag kommen wird. Wo dann steht, zum Beispiel „ab“ drinnen steht. Und so wäre die Sache erledigt.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

So war es auch gemeint. Danke, die Rednerliste ist noch ein bisschen länger, der nächste der zu Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Mayrhofer. Bitte Gunter.

**STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:**

Ja, Herr Bürgermeister du hast gefragt wie ich auf die Aussage komme mit den € 135,--. Wahrscheinlich ist es mein Langzeitgedächtnis, was schon ein bisschen besser ausgeprägt ist. Wir haben hier in diesem Saal beschlossen ein Grundstück am Kasernenareal, wo früher die Turnhalle gestanden ist, um € 135,-- für sozialen Wohnbau zu verkaufen. Wir haben es allerdings natürlich nicht an eine soziale Wohnbaugenossenschaft verkauft, sondern an einen privaten Investor oder wie immer man das bezeichnen möchte, an die „Rutter-Harisch-Gruppe“. Ob die das dann um € 135,-- weiter verkauft haben, Herr Bürgermeister ich glaube du bist im Aufsichtsgremium von der „Neuen Heimat“, das würde mich interessieren. Weil ansonsten haben wir womöglich den Grund zu billig an Rutter-Harisch verkauft, aber das kann ich nicht verifizieren. Das weiß ich nicht.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Ich wollte nur sagen, dass die Neue Heimat nicht um € 135,-- ...

**STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:**

Aber wir als Stadt Steyr haben einen Grund um € 135,-- für den sozialen Wohnbau verkauft und am Kasernenareal. Das heißt meine Aussage ist auf Punkt und Beistrich richtig. Das Zweite, das zeigt natürlich auch wie unausgegoren dieser Vorschlag ist. Weil es geht nicht nur darum, dass da steht „zum Beispiel“ 5.000 m<sup>2</sup>. Allein die Größe eines Grundstückes mit 5.000 m<sup>2</sup>, das heißt wenn das einer hat, dann kann er 2.500 m<sup>2</sup> frei verkaufen und die restlichen 2.500 m<sup>2</sup> gehen dann für den sozialen Wohnbau? Das erklärt ihr mir einmal wie ich auf 2.500 m<sup>2</sup> einen vernünftigen sozialen Wohnbau herstellen will.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Dann wird er es auch nicht tun. Dann wird er es nicht tun, es zwingt ihn ja keiner. Er muss ja nicht den Antrag stellen.

**STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:**

Sehen sie und genau das meine ich. Dieser Vorschlag mit diesen Größenordnungen usw. ist vollkommen unausgegoren. Da hat jemand überhaupt nicht nachgedacht. Und wenn dann drinnen steht, ob es gekauft wird oder nicht, dass diese Entscheidung hat der Ausschuss für, gemeinderätliche Ausschuss für Angelegenheit der Stadt- und Wirtschaftsentwicklung bei der Behandlung von Umwidmungsansuchen zu treffen. Dann muss ich sagen, das kann es aber auch nicht sein, dass ein Ausschuss der beratende Funktion hat, diese Entscheidung zu treffen hat. Die Entscheidung kann natürlich nur im Stadtsenat oder im Gemeinderat getroffen werden. Aber wahrscheinlich brauchen wir auch da wieder einen Abänderungsantrag dazu. Ich weiß nicht wie viele wir dann noch brauchen, damit es dann einmal irgendwas wird was auch tatsächlich Sinn hat. Und das Zweite was ich noch dazu sagen möchte oder das Dritte in diesem Fall. Wesentlich ist auch bei allen Bestimmungen der Raumordnungsverträge, dass die Gemeinde bei der Gestaltung dieser Vereinbarung auf die Gleichbehandlung der in Betracht kommenden Grundstückseigentümer zu achten hat. So jetzt erklären sie einmal dem Huber, warum er beim Berger nicht gesagt hat, er muss die Hälfte abtreten zum halben Preis, aber bei ihm macht man das. Wo, wie wollen sie hier eine Gleichbehandlung darstellen. Das wird nicht funktionieren. Dieser ganze Antrag und ich empfehle wirklich, ihn in der Gesamtheit zurückzuziehen und sich das noch einmal genau zu überlegen.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Ich verstehe deine Emotion nicht. Die rechtlichen Grundlagen basieren am Raumordnungsgesetz, ein österreichisches Gesetz und dass die Beschlüsse natürlich im Gemeinderat gefasst werden ist no na. Aber dass vor dem Gemeinderat immer auch ein Ausschuss ist, ist auch klar. Man kann ja alles, man kann ja alles ins Lächerliche oder so drehen, als ob es

keinen Sinn ergäbe. Klar ist, der Antrag lautet ab 5.000 m<sup>2</sup>, wer umwidmen möchte soll dafür mindestens 50 % für den sozialen Wohnbau zu Verfügung stellen. Und er muss nicht, er kann es auch lassen. Und im Endeffekt kommen solche Anträge eh nicht um 5.000, er macht sich schon Gedanken wenn da nicht genau 5.000, meistens geht es um 10.000 um 20.000 m<sup>2</sup> solche Themen sind das. Und wenn wir in 20 Jahren, wird uns nicht mehr berühren, aber ein bisschen nach vorne schauen müssen wir schon. Wenn die Grundpreise so weiter steigen wird es den sozialen Wohnbau nicht mehr geben. Das mag Manchen egal sein. Weil sie eh genug Geld haben, weil sie einfach Eigentum schaffen. Mir ist es nicht egal und uns ist es nicht egal, und alle Wohnbaugesellschaften, ob Schwarz, Blau, Grün irgendwas, sind seit Jahren am Jammern und sagen da muss etwas geschehen. Und da wird so getan, wie wenn das überhaupt kein Thema wäre. Das brauchen wir alles nicht in Österreich weil das regelt eh alles...

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:  
Wir reden von Steyr und nicht von Österreich.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Die Mietleerstände so nehmen und daraus abzuleiten man braucht keinen sozialen Wohnbau mehr, das ist hanebüchen. Weil wenn es so wäre, dann gäbe es überhaupt keinen sozialen Wohnbau, dann kann der Haimbuchner gleich seine Abteilung zusperren, weil Mietleerstände gibt es in ganz Österreich. Dann bauen wir nichts mehr Neues, weil die sollen in irgendwelchen Wohnungen wohnen wo gerade etwas frei wird. Das ist absurd die Argumentation. Aber ich bin nicht am Wort, sondern nur vom Vorsitz, das ist nämlich mein Recht. Kollege Freisais ist am Wort, bitte.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:  
Werte Kolleginnen und Kollegen, da prallen jetzt natürlich zwei Welten aufeinander, das ist jetzt natürlich auch bis zu einem gewissen Grad eine ideologische Debatte...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Nein!

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:  
Ich verstehe *Gelächter*...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Nein, ich werde es auch noch belegen.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:  
Es gibt natürlich zwei Seiten, das Eine ist die Stadt hat natürlich eine Interesse daran, dass sie Grundflächen zur Verfügung hat, die sie planen kann und eben für den sozialen Wohnbau hernehmen kann. Auf der anderen Seite muss man natürlich schon klar sagen, dass so eine Maßnahme ein ganz ein klarer Eingriff in das Eigentum der einzelnen Leute da draußen ist.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Nein!

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:  
Natürlich ist es ein Eingriff.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Nein, überhaupt nicht.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Wenn ich her gehe und sage, du hast da ein Grundstück und wenn wir das jetzt umwidmen, dann musst du uns mindestens die Hälfte anbieten und wenn...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nein, wir sagen das nicht, wir sagen das nicht.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Ja sicher. Genau das ist der Ansatz...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir ist das egal ob sie das umwidmen oder nicht. Die Stadt sagt doch zu niemanden, du sollst etwas umwidmen. Die kommen zu uns und wollen es umgewidmet haben. Ist eine völlige Verdrehung der Tatsachen.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Ja genau und dann geht die Stadt her und sagt, ja wir widmen dir nur um, wenn du uns die Hälfte zum Kauf anbietest.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Völlig richtig, genau und das ist rechtens....*unverständlich*...

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Das ist ein Eingriff ins Eigentum.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Nötigung und eine Erpressung ist das.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Genau wie die Stadt sagt.....*unverständlich*...nach dem österreichischen Raumordnungsgesetz, eine Nötigung. Ist ja völlig absurd!

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Der Eigentümer kann, wenn er vorhat dass, das Grundstück umgewidmet wird, nicht frei verfügen über sein Grundstück. Die Stadt geht her und sagt ich möchte die Hälfte haben, wenn es mir gefällt

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Er muss halt die Anschlusskosten zahlen, er kann auch frei verfügen. Das ist eine rechtliche Grundlage.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Dann ist es natürlich ein Eingriff in das Eigentum. Aus meiner Sicht ist nicht klar, warum der Antrag genau jetzt kommt. Es wird zwar argumentiert mit Planbarkeit und Zukunft und hin und her. Die gesetzliche Grundlage für das Vorgehen, die existiert aber bereits. Es ist jetzt nicht so, dass wir da irgendwas erfinden müssen...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Genau.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

... sie ist im Raumordnungsgesetz gegeben. Also warum greift man das jetzt gerade heraus und stellt es zur Diskussion. Und da bin ich wieder beim ersten Punkt, also aus meiner Sicht ist das eine ideologische Debatte, die jetzt da angezettelt wird, das ist heute schon ein paar Mal gefallen das Thema Klientelpolitik. Man will sich halt hinstellen können und sagen, schaut her kleiner Mann, kleine Frau, wir tun da jetzt etwas Großartiges für euch. Und das ist

aus meiner Sicht einfach nicht richtig. Die gesetzliche Grundlage gibt es und damit kann man auch, wenn das wirklich einmal Thema sein sollte, dass man da auf ein Grundstück zugreifen möchte und der Eigentümer ist überhaupt nicht verhandlungsbereit, dann kann man immer noch hergehen und sagen, okay da gibt es dann einen rechtlichen Background. So ist es wie gesagt aktuell, aus meiner Sicht, eben nur angeheizt, damit man da in die Medien etwas rausposaunen kann.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Ich muss es so zur Kenntnis nehmen, aber ich möchte nur erinnern. Wenn sie ein bisschen die Wirtschaftsseiten verfolgen, seit 2, 3 Jahren gibt es mindestens 1 Mal in der Woche in jeder Zeitung einen Bericht, wo über den sozialen Wohnbau und über die nicht mehr finanzierbaren Grundkosten geschrieben wird. Das sind Wohnungsgesellschaften, egal was für ein Colour, von wegen da wird etwas angezettelt, auf einmal ist das ein Thema, das ist ein permanentes Thema. Und je mehr die Grundpreise steigen, umso intensiver wird das Thema. Das ist der einzige Hintergrund. Nicht weil wir in Steyr auf einmal sagen, da lassen wir uns etwas einfallen, das ist ein Thema seit Jahren. Und das ist nicht lösbar mit den derzeit vorhandenen Mitteln. Aber da gibt es eben Möglichkeiten, das ist eine Variante, ich sage ja nicht, dass das das Allheilmittel ist, aber eine Möglichkeit. Kollege Schurz ist am Wort, bitte.

**GEMEINDERAT ING. THOMAS SCHURZ, MSC:**

Geschätzter Gemeinderat. Wir hätten eine Frage Herr Bürgermeister, sie haben gesagt wir sind die Ersten, habe ich das richtig verstanden?

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Bitte?

**GEMEINDERAT ING. THOMAS SCHURZ, MSC:**

Wir wären die Ersten, die diese Variante, diese gesetzlich vorgesehene Variante dann einsetzen oder gibt es da andere Beispiele auch?

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Das weiß ich nicht, ich weiß nur, dass das Raumordnungsgesetz diese Möglichkeit seit vielen Jahren zulässt. Wer es schon nützt weiß ich nicht!

**GEMEINDERAT ING. THOMAS SCHURZ, MSC:**

Sie haben gesagt wir sind die Ersten.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Wer hat das gesagt?

**GEMEINDERAT ING. THOMAS SCHURZ, MSC:**

Sie haben das gesagt.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Dass wir die Ersten sind?

**GEMEINDERAT ING. THOMAS SCHURZ, MSC:**

Sie haben gesagt, dass wir die Ersten sind. Halte ich für sehr bedenklich, ich kann mir es auch wenn es natürlich vorgesehen ist laut, dass es vielleicht möglich wäre. Dann stellt sich für mich die Frage, wenn ich 50 % dann hergebe an diese Wohnung oder für den sozialen Wohnbau, wir wissen alle es gibt mehrere Gesellschaften, es gibt nicht nur eine die GWG, sondern es gibt vermutlich auch mehrere. Und da stellt sich für mich die Frage, wer bekommt dann den Zuschlag, ja? Wer entscheidet dann das wer die 50 Prozent, wie auch immer, oder was da herauskommt dann? Und wer hat Zugriff auf diese Variante? Ist das die GWG der Stadt Steyr, ich kann es mir nicht vorstellen, also ich sehe das rechtlich schon ein bisschen

bedenklich in der Hinsicht wer das schlussendlich entscheidet. Macht es da dann wieder der Preis? Wer überbietet sie dann, ja? Nimmt man da den Preis her der jetzt bezahlt worden ist oder überbietet man sich dann gegenseitig als Wohnungsgesellschaft wieder? Also irgendwie widerspricht sich das ganze System jetzt ein bisschen für mich. Und sehe das ein bisschen kritisch und ich schlage genauso in dieselbe Kerbe wie der Gunter zuerst. Also diese Entscheidung dass die getroffen wird, ob jetzt umgewidmet oder nicht, sehe ich erstens auch weiters sehr bedenklich, weil das kann es nicht sein, dass dem einen das genehmigt wird oder das umgewidmet wird und der andere nicht. Also ich glaube für mich sind da noch rechtliche, offene Sachen da, die einfach vorher noch geklärt werden sollten, bevor man so einem Antrag dementsprechend zustimmt. Danke

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Nächste Rednerin Gemeinderätin Frech. Bitte Michaela.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:  
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Hat man sich seitens der Antragssteller, sprich der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, auch die Konsequenz in eine andere Richtung überlegt? Angenommen, und ich bin unverdächtig dass ich das sage, weil ich habe es nicht. Aber angenommen ich hätte ein Grundstück, jetzt sind wir eh schon weg gegangen von 5.000, sagen wir 10.000, 20.000, 30.000 Quadratmeter. Und ich möchte es deshalb umwidmen lassen, weil es da jetzt jemanden gäbe, der eine Investition macht in dieser Stadt, die zukunftsorientiert ist, die etwas für die Stadt bringt. Diese Investition wird dann möglicherweise gar nicht stattfinden können. Weil für diese Investition man das gesamte Grundstück braucht, und nicht nur 50 % des Grundstückes.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Wir reden aber schon vom Wohnbau.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:  
Ja, schon.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Ah, eh.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:  
Nein, der möchte etwas anderes mit diesem Grundstück machen, was auch immer. Ich kann es ihm aber nicht zu Verfügung stellen, als die Person der dieses Grundstück gehört, weil 50 % von diesem Grundstück müssen abgetreten werden für den sozialen Wohnbau. Und es gibt Investitionen wo ich eine gewisse Mindestfläche brauche. Was tue ich dann?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Frage der Widmung!

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:  
Was passiert dann damit?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Frage der Widmung! Ich weiß ja nicht was das jetzt soll?

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:  
Ja das hat schon was damit zu tun?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Das ist völliger Blödsinn!

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Nein, das ist kein Blödsinn! Wenn ich dann über dieses Grundstück nicht mehr verfügen kann. Das steht nicht im Antrag drinnen, nein. Und das Nächste ist, wünschen wir uns das wirklich, dass wir dann viele verschiedene Flächen in der Stadt haben, wo wir dann sozialen Wohnbau machen, wo vielleicht gar nichts hin passt? Aber weil man gerade das Grundstück günstig bekommen hat und seitens einer Wohnbaugenossenschaft bauen will und muss. Also, das sind so viele offene Fragen, das hat die Diskussion bis jetzt gezeigt. Dass ich es wirklich für absolut verfehlt halte, hier und heute diesem Antrag, egal ob jetzt noch eine kleine Abänderung auf die Schnelle kommt oder nicht, die Zustimmung zu geben. Weil das ist, das hat sich gezeigt, eine massive Geschichte die viele Auswirkungen hat und da gibt es sicher noch viele weitere Argumente, die sich, wenn man sich näher mit der Thematik beschäftigt und vor allem mit dem Thema Konsequenz-Analyse. Was löst denn das jetzt alles aus, dass man sich mit dem befasst. Und wenn es wirklich so ist, geschätzter Herr Bürgermeister, dass wir die Ersten sind die das machen, können wir auch nicht einmal auf Erfahrungswerte zurückgreifen, wie ist denn das in anderen Gemeinden dann gelaufen. Was hat sich denn vielleicht als extrem negativ herausgestellt, was man eben auch nicht mit bedacht hat. Und diese Gleichbehandlung, die ist mir als Mandatarin mehr als wichtig. Und die sehe ich absolut nicht gegeben. Und die „Erpressbarkeit“ habe ich schon angesprochen. Ich stelle daher laut Geschäftsordnung den Antrag, dass dieser Tagesordnungspunkt von der heutigen Sitzung abgesetzt wird und diskutiert wird im Ausschuss, aus meiner Sicht wäre das Finanz und Recht, weil es hat sehr viel mit rechtlichen Fragen zu tun, es hat sehr viel mit Finanzen zu tun und damit stelle ich hiermit diesen Antrag. Es wäre grob fahrlässig, hier diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Das möchte ich ihnen schon sagen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Der Antrag wurde im Ausschuss schon diskutiert. Aber der Antrag steht, dass wir den Tagesordnungspunkt absetzen. Wünscht dazu jemand das Wort?

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

*Vom Platz unverständlich..*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, ja ich hab es schon gehört! Wünscht jemand das Wort zu diesem Abänderungsantrag zu diesem Absetzungsantrag? Wenn das ist nicht der Fall ist, dann komme ich zur Abstimmung. Wer dafür ist, dass der Tagesordnungspunkt ... Bitte?

STADTRAT MR DR. MARIO RITTER:

Ich bin zwar der, der das präsentiert hat. Darf ich auch noch?... *Unverständlich...*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nein, nein sie können jetzt. Nein jetzt können sie zur Absetzung etwas sagen.

STADTRAT MR DR. MARIO RITTER:

Ach so, zur Absetzung!

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Nein, und damit natürlich zu den.....

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, natürlich wenn sie möchten, gerne.

STADTRAT MR DR. MARIO RITTER:

Darf ich kurz?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja was auch immer, auch länger!

STADTRAT MR DR. MARIO RITTER:

Ich halte mich kurz, denn sehr viel wurde schon von meinen Vorrednern gesagt. Es gibt für mich zwei Komponenten diesen Antrag zu betrachten. Die eine Komponente ist das Soziale und das haben wir vorher auch gehört. 470 leerstehende Wohnungen, vor 3 Jahren waren es 320 bei dieser Wohnbaugesellschaft. Das heißt 50 % Steigerung der leeren Wohnfläche, Leerstandmanagement gibt es nicht, obwohl von uns gefordert. Das ist das Eine, also der Bedarf ist einmal momentan nicht gegeben. Und das Zweite ist jetzt die wirtschaftliche und die auch damit verbundene ideologische Sichtweise. Wenn ich ein Grundstück, wenn ich ein Eigentum habe und ich möchte es umwidmen, dann kommt es zu diesem Verhältnis mit dem der es mir genehmigt und der es umwidmet. Und wenn man es jetzt genau betrachtet, ich bekomme die Umwidmung, dafür kauft jemand der, der es umwidmet kauft dann das Grundstück um einen besonderen Preis. Das ist rechtlich gesehen ein Bewilligungskauf und das müsste meiner Meinung nach nicht hier diskutiert werden, sondern das ist, glaube ich, eine Sache des Verfassungsgerichtshofes, ein Bewilligungskauf. Wenn das eine Privatperson machen würde, dann sind wir beim Korruptionsstaatsanwalt. Und ich muss ehrlich sagen, ich meine das sage ich auch mit einem gewissen Schmunzeln, es gibt den ersten Paragraph der sozialistischen Menschenrechte, der da heißt, jeder Mensch hat Recht auf das Eigentum des Anderen. Und da muss ich sagen, auch ein kleiner Mann hat Eigentum und ich bin eher ein Gegner dieses Paragraphen, so in der Auslegung in diese Richtung. Damit habe ich einmal alles zu diesem Antrag gesagt. Aber jetzt bitte Abstimmung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Absetzung dieses Tagesordnungspunktes ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt. Ich übergebe kurz den Vorsitz...*Zwischenrufe*...Stimmenthaltung? Eine. Mit Mehrheit abgelehnt. Damit ich nicht immer vom Vorsitz da mich so melden muss, übergebe ich kurz den Vorsitz und melde mich zu diesem Tagesordnungspunkt noch, weil die Diskussion ist ja noch nicht beendet.

Die Abstimmung über den **Antrag auf Absetzung** erfolgte per Handzeichen.  
Die Absetzung des Antrages wurde wie folgt **abgelehnt**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **15**

**FPÖ 9** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **18**

**SPÖ 15** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR<sup>in</sup> Heidemarie Kloiber, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**GRÜNE 3** – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, GR Mag. Kurt Prack)

Stimmenthaltungen: **1**

**GRÜNE 1** – (GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dir das Wort.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Also es ist ja wirklich spannend wie viele der Kolleginnen und Kollegen sich schon Gedanken machen wie das werden könnte, wenn dieser Beschluss gefasst wird und was das rechtlich bedeuten würde. Und den Vogel abgeschossen hat jetzt wirklich, meistens ist es eh so, der Kollege Ritter. Im Sinne von die Sozialdemokraten und diese ideologieverbrannte Geschichte des kleinen Mannes. Jetzt lese ich ihnen etwas vor Herr Dr. Ritter, aus der altinternationalen Bewegung, da gibt es Mitglieder, da ist die ganze FPÖ Wels dabei. Und ich lese ihnen einen Text vor von der Frau Vizebürgermeisterin Raggl-Mühlberger zum selben Thema, 2018 im März, die schreibt in einer FPÖ-Postilie: „Bei Umwidmung: günstige Grundstücke für sozialen Wohnbau. In den letzten Jahren sind die Wohnungskosten auch in Wels (FPÖ regiert) um mehr als 50 % gestiegen. Die Nachfrage nach leistbarem Wohnraum wird daher immer größer und kann mit den bisherigen Mitteln nicht mehr zur Gänze abgedeckt werden. Mitursache für die steigenden Wohnungskosten sind auch die hohen Grundstückspreise, sagt die Frau Raggl-Mühlberger, nicht nur im zentralen Welser Lagen sondern auch schon in Randlagen. Um ausreichend preiswerte Grundstücke für den sozialen Wohnbau zur Verfügung zu haben, soll zukünftig bei Umwidmungen ein Teil der Fläche, Herr Dr. Ritter hören sie zu, das ist die Altinternationale aus Wels, nämlich 30 % dem sozialen Wohnbau vorbehalten sein und zu günstigen Preisen an die Stadt Wels abgetreten werden. Bereits jetzt gibt es dafür eine gesetzliche Regelung im Raumordnungsgesetz. Mit dieser Grundabtretung kommt ein Teil des Umwidmungsgewinnes, eh nur ein Teil, „sozial Bedürftigen zu Gute“, sagen die Welser Freiheitlichen, weil damit zukünftig ausreichend preiswerte Grundflächen für den sozialen Wohnbau zu Verfügung stehen. Zitat Raggl-Mühlberger, übrigens eine ausgesprochen nette Kollegin. Grund und Boden wurden aufgrund der niedrigen Zinsen zu einem Spekulationsgut. Das hat laufende Preissteigerung zur Folge. Die FPÖ bekennt sich zu leistbarem Wohnen. Mit der vorgeschlagenen Maßnahme sollen preiswerte Grundstücke für den sozialen Wohnbau von der Stadt Wels zu Verfügung gestellt werden. Und jetzt können sie sich ein bisschen informieren wie andere denken und hat mit SPÖ und sozialdemokratisch gar nichts zu tun, eine peinliche Vorstellung. Das ist nämlich sozial gerechtfertigt und mit denselben Begründungen. Das wollte ich ihnen nur zur Kenntnis bringen, falls sie es nicht wissen sollten. So viel zu dieser Geschichte, ansonsten möchte ich gerne diesen Antrag zur Abstimmung bringen. Der Abänderungsantrag lautet, dass statt z.B. in Klammer steht ab 5.000 m<sup>2</sup> und auch noch zur Erläuterung, in diesem Antrag steht bis maximal 50 %, es müssen auch nicht 50 % sein. Und wir haben noch kein Grundstück in dieser Form, den Antrag hier bzw. noch nicht behandeln müssen. Wie das dann in der Praxis tatsächlich gehandhabt wird, wie wir uns entscheiden werden, ist unsere Aufgabe und ist unsere Entscheidung, und am Schluss landet es wieder im Gemeinderat. Aber wir brauchen die Basis dafür, dass wir diesen Grundsatzbeschluss, diesen Beschluss fassen und den möchte ich auch so haben, wie wir ihn jetzt diskutiert haben.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Der Kollege Zöttl hat sich zu Wort gemeldet und gleichzeitig gebe ich ja den Vorsitz wieder zurück.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Weil der Herr Bürgermeister gerade die Kollegin Raggl-Mühlberger in Wels angesprochen hat, ja sie ist eine wirklich sehr sympathische Dame, gebe ich zu...*allgemeines Gelächter*...kann man nichts sagen. Aber Herr Bürgermeister und das ist nämlich der Unterschied zwischen der SPÖ und der FPÖ, wir sind die Freiheitlichen, bei uns gibt es das freie Denken und die Welser können denken und lassen was sie wollen. Genau so sehen wir ....*unverständliche Zwischenrufe*...wir sagen auch nicht, dass es ein ideologisches Denken...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Doch, doch...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

...das habe ich nicht gesagt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

...der Dr. Ritter schon, massiv...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

..aber, aber wir haben auch gesagt, dass es möglich sein kann über Gebühren und dergleichen oder Anschlussgebühren, dass man darüber spricht. Also so weit auseinander sind wir hier nicht, wir schätzen das Eigentum und das haben wir auch gesagt. Und ich denke, wir können hier in Steyr genauso denken wie wir wollen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Eh, selbstverständlich.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gibt es noch einen Redebedarf? Bitte Herr Kollege Kaufmann, bitte.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja, sehr geehrte Damen und Herren. Unser Vorschlag in dem Zusammenhang wäre folgender, nein zuerst vom Hintergrund. Es wurden hier viele Detailfragen angesprochen, die nur im Einzelfall geklärt werden können und aufgrund der Größenordnungen um die es hier geht, wird ein entsprechender Raumordnungsvertrag vom Gemeinderat zu beschließen sein. Das heißt, wir geben ja durch diesen Grundsatzbeschluss nicht die Entscheidung aus der Hand, was tatsächlich im Einzelfall passieren wird. In dem Sinn habe ich mit dem Antrag eigentlich nur folgendes Problem, dass eine Entscheidung nicht im Ausschuss fallen kann. Hier müssten wir ein anderes Wort, Vorberatung oder sollen uns die Experten vielleicht von der Beamtenbank aushelfen, was da das beste Wort wäre, aber die Entscheidung fällt meiner Meinung nach im Gemeinderat, wenn der Raumordnungsvertrag beschlossen wird. In dem Sinn sehen wir diesen Grundsatzbeschluss als eine sinnvolle Maßnahme im Sinne der sozialpolitisch und wohnbaupolitisch bereits dargelegten Argumente, danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, was mir auch klar ist, dass die Entscheidung nicht beim Ausschuss liegt, ist eh klar. Aber die Entscheidung ob es überhaupt zur Beschlussfassung kommt ist immer Aufgabe des Ausschusses. Gemeinderat Pichler, bitte Uwe.

GEMEINDERAT UWE PICHLER:

Ich hätte eine kurze Frage an den Kollegen Kaufmann. Verstehe ich das richtig, wir beschließen jetzt da einen Amtsbericht und dann ändern wir im Nachhinein noch die Worte. War das jetzt so gemeint?

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

...da müsst ihr einen Abänderungsantrag machen...

GEMEINDERAT UWE PICHLER:

Aber das habe also so verstanden, wir beschließen das und schreiben dann nachher hinein...

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:(vom Platz)

...unverständlich...

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:(vom Platz)

Das ist der Abänderungsantrag vom Abänderungsantrag...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nein, es wurde noch kein Abänderungsantrag gestellt.

GEMEINDERAT UWE PICHLER:

Also sie stellen einen Abänderungsantrag?

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:(vom Platz aus)

Über was stimmen wir jetzt ab?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir sind noch nicht bei der Abstimmung, was ist die Aufregung? Wünscht noch jemand das Wort? Kollege Spöck, bitte Markus.

GEMEINDERAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Mittlerweile freue ich mich auf den Antrag, weil jetzt weiß ich selber dann nicht mehr, über was wir abstimmen, über welche Abänderung oder wie auch immer. Aber habe ich das jetzt richtig verstanden, wir stimmen heute ab, dass der gemeinderätliche Ausschuss darüber einmal berät und dann kommt es in den Gemeinderat? Das heißt...

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ist eh immer so.

GEMEINDERAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:

...auf gut Deutsch, wir haben da herinnen dann Anträge herinnen, der Huber Max kauft vom Berger Franz ein Grundstück mit dem Preis und um den Preis wollen wir haben, oder bekommen wir dann Akten vorgelegt, wo der Preis schwarz ist, der Name schwarz ist, oder wie sollen denn wir darüber abstimmen? Ich finde das Ganze, wie das jetzt da läuft, eigentlich ziemlich, früher hat man gesagt in der SPÖ einen „Vollholler“, entschuldigen den Ausdruck, das ist Schwachsinn, wenn wir das da heute beschließen herinnen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Geri bitte.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als nächster Herr Vizebürgermeister Hauser bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Also geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Manchmal habe ich schon das Gefühl, dass man sich, also ganz besonders bemüht, falsch zu verstehen. Hier geht es in diesem Antrag um nichts anderes, als wie Umwidmungsbegehren dahingehend zu reglementieren, dass wenn sie über 5.000 m<sup>2</sup> sind, es eine grundsätzliche Richtlinie gibt, dass die Hälfte davon für den sozialen Wohnbau vorzusehen sind. Und in dem Antrag steht nichts drinnen, als wie, dass der gemeinderätliche Ausschuss entschließen soll, ob das dann überhaupt zum Gemeinderat kommt, ob das eine Fläche ist, die sich dafür eignet oder nicht. Und es hat auch nichts damit zu tun, dass wir hier in das Recht einer gewerberechtigten Wid-

mung eingreifen wollen, wie es die Frau Kollegin Frech vorhin gesagt hat. Wenn jemand ein Investor ist, der hier im Gewerbegebiet irgendetwas machen will, fällt es nicht unter Wohnbau. Also wenn man etwas falsch verstehen will, dann tut man es falsch. Und das Zweite was dazukommt ist, dass es grundsätzlich darum geht, dass ja aufgrund von Umwidmungen ein Mehrwert entsteht, Und dass man immer dann von Enteignung spricht, wenn wer mit seinem Grund und Boden den er hat irgendetwas tun möchte und von Haus aus davon annimmt, dass das umgewidmet wird, und dann dafür er den Preis abschöpfen kann, den er gerne möchte, dann ist das alles legitim. Nur wenn die öffentliche Hand sagt, wir schauen, dass wir Grundflächen gesichert haben, um sozialen Wohnbau überhaupt noch durchführen zu können, dann ist es illegitim. Und das wundert mich schon immer sehr. Die öffentliche Hand wird immer reglementiert und soll immer darauf schauen, dass auch alles so ist, damit sie ja niemandem zu Nahe tritt, aber jeder Private darf tun was er gerne möchte. Und dafür stehe ich nicht. Das steht da ganz eindeutig drinnen, es steht ganz eindeutig drinnen, dass es um zukünftige Umwidmungen geht, dass es um zukünftige Grundstücke geht. Es wird niemand enteignet und wenn er das nicht haben will, dass er seinen Grund verkauft, dann verkauft er ihn auch nicht, dann braucht er ihn auch nicht umwidmen. Und wenn er haben will, dass er ihn uns um seinen Grünlandpreis gibt und wir widmen dann um, ist mir das auch recht. Aber dann kommt es nicht dazu, dass sich gänzlich die Grundstückspreise ins Unermessliche steigern, sich ein Normaler nicht mehr einen Grund kaufen kann und wir dazu übergehen, dass alles nur mehr privatisiert wird. Weil in allen Dingen darf jeder Private alles tun, alles verlangen, was er gerne möchte. Nur die öffentliche Hand darf das nie, aber die öffentliche Hand hat alle Leistungen zu erbringen, dass es den Bürgerinnen und Bürgern gut geht. Und für das muss ich euch ganz offen und ehrlich sagen, das hat mit Ideologie nichts zu tun, das hat mit einstellen für Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt etwas zu tun.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Zur Berichtigung bitte Michaela, zur Berichtigung.

**GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:**

Geschätzter Kollege Hauser, ich muss sie in einem Punkt berichtigen.

**VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:**

Wunder mich eh nicht.

**GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:**

Sie haben gesagt es betrifft ja Gewerbeumwidmungen, Gewerbegrund, nicht. Das habe ich ja auch nicht behauptet, ein Investor kann auch ein Privater sein der Wohnungen baut. Und den betrifft es sehr wohl und wir haben in dieser Stadt Gott sei Dank auch Private, die einen funktionierenden Wohnbau machen, einen qualitativ hohen, einen nachgefragten. Ja, keinen sozialen, aber es ist auch Wohnbau. Und den verhindern wir dann in Zukunft.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Nur ganz kurz, es gibt auch die Möglichkeit etwas zu mischen. Die Neue Heimat macht es gerade vor, dort wird Eigentum und sozialer Wohnbau verwirklicht. Also wo ist das Problem? Kollege Schurz zum zweiten Mal.

**VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:**

Das habe ich ganz vergessen, das habe ich ganz vergessen, hier eine Antwort zu geben auf deine Leerstände.

**GEMEINDERAT ING. THOMAS SCHURZ, MSC:**

Geschätzter Gemeinderat, jetzt noch einmal zur Klarstellung. Das heißt die 50 % oder der Grundstückspreis sozusagen der für den sozialen Wohnbereich genutzt werden sollte, ist da festgehalten, dass das auch so bleibt, auch wenn die Stadt nicht darauf baut? Oder wird das dann die Möglichkeit auch an weitere Private wieder weiterzuverkaufen? Das heißt das, wenn man schon darauf ist, dass man das auf sozialen Wohnbau darauf hin pocht, dann darf

man auch als Stadts...*unverständlich*... wenn man ein Grundstück hat, dann dies auch nicht an Private weiterverkaufen, das muss dann auch klar sein. Nein ich sage es nur.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nein ich weiß jetzt nicht was du meinst, aber egal, es steht alles drinnen. Es geht bis maximal 50 %. Ich verstehe es nicht, nein ich verstehe es nicht wirklich. Die Frage verstehe ich nicht. Bitte Kollege König. Du warst vorher, Entschuldigung.

GEMEINDERÄTIN EVELYN KATTNIGG; BA (FH):

Sehr geehrte Damen und Herren, hohes Haus. Ich habe jetzt wirklich die Diskussion sehr interessiert verfolgt und ich muss ehrlich sagen, tut mir leid ich bin ein bisschen verkühlt, was da herinnen passiert, erinnert mich sehr an die vielen Landessitzungen, weil da wurden auch immer wieder zum sozialen Wohnbau Anträge gestellt und immer wieder polarisiert von Rot und Grün, wie böse der Herr LH-Stv. Haimbuchner ist und wie wenig er für den sozialen Wohnbau tut. Dem wurde immer wieder entgegengewirkt, ich will das jetzt gar nicht erläutern hier in der Runde. Eines ist nun lieber Willi Hauser, lieber Herr Vizebürgermeister, eines muss ich dir schon sagen. In einer Demokratie, ich sage es einmal, würde ich vielleicht einmal so vorgehen, wenn ich einen Antrag stelle von der Sozialdemokratischen Partei, was ja auch richtig ist, was auch legitim ist, dann würde ich vielleicht einmal mit den einzelnen Fraktionen so abstimmen, das passiert zB im Land wenn ein Initiativantrag gestellt wird, dass ihn alle Punkt 1 einmal verstehen, dass jedem alles klar ist, damit du diese Stimmen dann in einer Gemeinderatssitzung gewinnst. Und ich glaube es ist legitim, wenn jede einzelne Fraktion diesbezüglich Fragen stellt und wenn diese Fragen und Antworten sehr genau, und dass jeder sagt, ich verstehe das nicht, es ist auch keine Fläche genannt worden....*Zwischenrufe von Bgm. Hackl*...es fehlen einfach, darf ich bitte ausreden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

... nein da war im Ausschuss, wurde der Antrag beraten, da sind Mitglieder der FPÖ auch drinnen.

GEMEINDERÄTIN EVELYN KATTNIGG; BA (FH):

Ja aber dann ist offensichtlich ein Antrag herausgekommen den doch nicht alle verstehen und da muss....*Zwischenrufe von Bgm. Hackl*...dann passieren nicht so große Diskussionen, sage ich einmal.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Noch einmal, wenn du keine Informationen von den Ausschussmitgliedern bekommst, können wir nichts dafür. Der Ausschuss ist dazu da, dass vorberaten wird.

GEMEINDERÄTIN EVELYN KATTNIGG; BA (FH):

Ja aber dann müsst ihr halt einfach, offensichtlich seit ihr im Ausschuss zu keiner...*unverständlich*...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir haben eh eine Unterstützung von der FPÖ in Wels.

GEMEINDERÄTIN EVELYN KATTNIGG; BA (FH):

Ja aber eh FPÖ, das haben wir ja schon diskutiert.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Das ist wohl nicht euer Thema, ja....*unverständlich*...

GEMEINDERÄTIN EVELYN KATTNIGG; BA (FH):

Das haben wir schon diskutiert, die FPÖ in Wels kann entscheiden und die FPÖ in Steyr hat halt eine andere Meinung dazu. Das ist auch in einer Demokratie, danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Absolut in Ordnung, absolut in Ordnung. Kollege König, bitte.

GEMEINDERAT DAVID KÖNIG:

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn ich Umwidmungen höre habe ich immer ein bisschen auch die „Causa Vorwärts“ von damals noch ein bisschen im Kopf. Und meine Frage wäre dahin gehend, ist die Stadt verpflichtet, dass sie ein Grünland umwidmet.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nein, nein.

GEMEINDERAT DAVID KÖNIG:

Okay.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Noch ein Redner, bitte Kollege Zöttl.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Eines möchte ich schon noch sagen. Wenn wir herinnen über sozialen Wohnbau sprechen, wir tun ja so als wenn es den nicht gäbe. Es gibt, wie meine Kollegin auch schon gesagt hat, das Ressort ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

...funktioniert gut...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

...vom Haimbuchner Manfred, Sozialer Wohnbau. Und das ist ja eh nicht irgendetwas, sondern da funktioniert es ausgezeichnet. Und da möchte ich die Diskussion auch dahin wieder ein bisschen mildern, wenn es das eh gibt, wir tun so wie wenn das eine Neugeburt wäre, das ist es nicht.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nur noch ein Satz von mir dazu. Es geht um die Zukunft, damit der soziale Wohnbau so gut weiter funktionieren kann wie jetzt bedarf es Regulative in der Grund- und Bodenpolitik. Weil sonst sich niemand mehr sozialen Wohnbau leisten kann, weil die Mieten durch die Decke schießen. Um das geht es, nicht um jetzt. Gott sei Dank funktioniert es noch bei uns halbwegs. In anderen Städten eh nicht mehr so. Bitte Herr Kollege Hauser.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Also offensichtlich gibt es ein paar Ungereimtheiten oder was, was wer nicht versteht oder nicht verstehen will, wie immer man das also sehen möchte. Möchte noch eine Anmerkung z.B. zu den Leerständen machen. Kollege Mayrhofer, der hat zuerst etwas gesagt, dass bei der GWG und da habe ich es jetzt schwarz auf weiß vor mir liegen, 344 Wohnungsleerstände gibt, davon sind 122 Einraumwohnungen und 87 Zweiraumwohnungen, der Rest sind also die sogenannten anderen Wohnungen und 1 Wohnung ist sozusagen eine Fünfraumwohnung. Also nur damit man auch weiß von welchen Dingen dass wir reden und dass viele Einraumwohnungen nicht mehr vermietbar sind, das muss man auch dazu sagen. Und daher wird es Konzepte geben wie das abgeändert oder umgeändert werden soll, mit Zusammenlegungen oder dergleichen mehr. Aber nun noch einmal zu unserem Antrag, Abänderungsantrag, also den ich hier jetzt einbringe. Dementsprechend ist, dass wir eben das z.B. auf ab 5.000m<sup>2</sup> machen und damit es also gar keine Ungereimtheiten mehr für die Verständlichkeit gibt, möchten wir im Amtsbericht diese eine Geschichte wo steht, die Festlegung ob Flächen zu diesem Zweck geeignet und daher vorzusehen sind, ist im Einzelfall im Rahmen der Entscheidungen der zuständigen Gremien bei der Behandlung der Umwidmungsansuchen abzuändern. Und das im Antrag ebenso und somit ist ganz klar, dass auf der einen Seite natürlich die Vorberatung so

wie es von uns gemeint war, letztlich der Ausschuss macht und dass natürlich die endgültige Entscheidung, so wie bei allen anderen Umwidmungsanträgen, weil ihr tut ja gerade so, als wie wenn wir hier eine Sondercausa entwerfen würden, natürlich in den Gemeinderat fällt. Und der Herr König hat uns ja da mittlerweile auch schon eine Klarheit verschafft, dass sozusagen Grünland nicht umgewidmet werden muss, genauso ist es. Und es geht um nichts anderes als wie dass wenn jemand ein Grünland umgewidmet haben möchte, dass es hier die Möglichkeit gibt, eben die Flächen die notwendig sind, auch für den sozialen Wohnbau zu sichern. Und es geht keinesfalls darum, irgendwo zu kritisieren wie derzeit der soziale Wohnbau stattfindet. Weil das hat auch keiner kritisiert, dass der nicht funktionieren würde, ganz im Gegenteil er soll nur auch in der Zukunft funktionieren können. Und dazu braucht es auch Grundstücke wo etwas draufgebaut werden kann.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

So danke schön, zu Wort gemeldet, zum Abänderungsantrag?

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Eine Berichtigung ist das.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Das ist deine Entscheidung. Musst es nur sagen, weil irgendwann ist die Wortmeldungsanzahl erschöpft bei dir.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister Hauser....*allgemeines Gelächter*.. ich weiß nicht von wem du diese Zahlen hast und von wann diese Zahlen sind. Ich darf dir ein Mail vorlesen, das ich heute, am Donnerstag, 13. Dezember 2018 um 12:22 Uhr von der GWG Steyr vom Geschäftsführer bekommen habe. Aktueller Leerstand der GWG Steyr beträgt per 11/2018 – 470 Wohnungen. Lieber Kollege führe mir nicht die Bevölkerung auf einen falschen Weg, das passt nicht. Wenn wir hier einen Beschluss herbeiführen sollen, dann sollten auch wirklich die Tatsachen hier herinnen gesagt werden. Und das akzeptiere ich wirklich in keinsten Weise. Und zu dem Abänderungsantrag, den du vorgelesen hast

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

...eine Berichtigung..

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

...auch eine Berichtigung. Weil da ist noch immer nicht drinnen, reden wir jetzt von sämtlichem Grünland was umgewidmet wird, nicht nur in Wohnraum umgewidmet wird, reden wir jetzt auch von der Umwidmung in Geschäftsgebieten...*unverständliche Zwischenrufe von Bgm. Hackl...*weil das ist....

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Jetzt wird es lächerlich...

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

...das ist in diesem Antrag nicht definiert.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

... ja ist gut...

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

...also hat es selbstverständlich auch für Gewerbegebiete usw. seine Gültigkeit.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

...so ein Blödsinn. ...*unverständliche Zwischenrufe*...Wir nehmen die zweite Berichtigung zur Kenntnis. Du willst das nicht verstehen, wir reden nur über den Wohnbau selbstverständlich

und wollen nach diesem, nein, du bist jetzt nicht mehr am Wort, ich habe dich so oft zu Wort kommen lassen. Der Abänderungsantrag steht zur Diskussion bzw. zur Abstimmung, falls es keine Wortmeldungen mehr gibt, weil einige hätten noch eine Möglichkeit. Der Gunter Mayrhofer hat keine Möglichkeit mehr, aber nur zu diesem einen Punkt nicht. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Antrag in Form des Abänderungsantrages, den der Herr Vizebürgermeister Hauser gebracht hat. Wer für diesen Antrag ist den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen diesen Antrag? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Bedanke mich dafür und wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, da gebe ich den Vorsitz an den Kollegen Hauser weiter, weil da bin ich schon am Wort.

### **Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 20.11.2018 wird der Beschluss des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 17.12.2012, GZ ÖAG-16/2012, mit welchem ein Grundsatzbeschluss über den Abschluss von Raumordnungsverträgen gefasst wurde, dahingehend ergänzt, dass bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 16 Abs. 1 Z 3 Oö. ROG bei Umwidmungen von Flächen von bisher Grünland in eine höhere bebaubare Kategorie die Bestimmungen des § 16 Abs. 1 Z 3 Oö. ROG anzuwenden sind und die Hälfte der umzuwiddmenden Flächen zu den in der Gesetzesbestimmung vorgesehenen Bedingungen für den sozialen Wohnbau zu widmen ist. Die Festlegung, ob Flächen zu diesem Zweck geeignet und daher vorzusehen sind, ist im Einzelfall im Rahmen der Entscheidung der zuständigen Gremien bei der Behandlung von Umwidmungsansuchen zu treffen.

Die Abstimmung über den **Abänderungsantrag** erfolgte per Handzeichen  
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **19**

**SPÖ 15** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR<sup>in</sup> Heidemarie Kloiber, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**GRÜNE 4** – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **15**

**FPÖ 9** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

## **BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

### **9) GemTOUR-1/18 Oö. Tourismusgesetz 2018 – Verordnung für einen Gemeindeguschlag zur Freizeitwohnungspauschale.**

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:  
Ich übernehme den Vorsitz und erteile dir das Wort.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

So, in meinem ersten Antrag geht es eigentlich nur um die Vollziehung des neuformulierten Oö. Tourismusgesetzes, wo die Zweit- und Freizeitwohnungsabgabe erhöht wird, weil die Ortstaxe generell auf € 2,- angehoben wurde seitens des Landes, erhöhen sich auch die Hebesätze oder die Gebühren für die Freizeitwohnungen in dieser Form, dass wir einen Gemeindeguschlag in der Form wie er im Amtsbericht vorgeschlagen wurde auch abführen. Gemeindeguschlag beträgt bei Freizeitwohnungen bis 50 m<sup>2</sup> sowie für Dauercamper demnach € 108,- und für Freizeitwohnungen über 50 m<sup>2</sup> € 216,-. Hat leider Gottes für die Stadtfinanzen sehr wenig Relevanz, weil wir sehr wenige Freizeitwohnungen haben. Weil Wohnungen die vom Mitarbeiter die beruflich da tätig sind, länger hier wohnen müssen, die fallen nicht darunter und selbstverständlich auch nicht die Studenten und Schülerheime. Wir reden da bei uns von ungefähr € 13.000,- statt € 11.000,-, also, aber wir müssen das nachvollziehen beziehungsweise genauso formulieren wie das Tourismusgesetz 2018 das vorsieht. Ich ersuche um Beschlussfassung.

#### **Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Steuerangelegenheiten vom 12. November 2018 wird die in der Anlage beigeschlossene **Verordnung für einen Gemeindeguschlag zur Freizeitwohnungspauschale** gem. § 57 des Oö. Tourismusgesetz 2018 erlassen.

Diese Verordnung tritt mit 1.1.2019 in Kraft. Die Kundmachung dieser Verordnung hat gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992 i.d.g.F., durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen.

### **VERORDNUNG über einen Gemeindeguschlag zur Freizeitwohnungspauschale**

beschlossen in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom .....

Gemäß § 57 Oö. Tourismusgesetz 2018 wird verordnet:

#### **§ 1 Abgabeneinhebung**

Die Stadt Steyr hebt einen Gemeindeguschlag zur Freizeitwohnungspauschale ein.

#### **§ 2 Abgabepflicht**

(1) Zur Entrichtung des Gemeindeguschlages zur Freizeitwohnungspauschale ist der/die Eigentümer/in der Freizeitwohnung verpflichtet. Bei einem Wechsel in der Person der bzw. des Abgabepflichtigen teilt sich die Verpflichtung zur Entrichtung des Gemeindeguschlages auf die einzelnen Monate so auf, dass für jeden Monat ein Zwölftel der Abgabe zu entrichten

ist, wobei der Monat, in dem der Übergang erfolgt, der neuen Eigentümerin bzw. dem neuen Eigentümer anzurechnen ist. Dies gilt sinngemäß für die Neuerrichtung und die Aufgabe einer Freizeitwohnung.

(2) Freizeitwohnungen sind Wohnungen im Sinn des § 2 Z 4 des Bundesgesetzes über das Gebäude- und Wohnungsregister (GWR-Gesetz), die

1. in das Gebäude- und Wohnungsregister eingetragen sind und
2. länger als 26 Wochen keinen Hauptwohnsitz darstellen und
3. nicht überwiegend zu folgenden Zwecken benötigt werden:

- a) als Gästeunterkunft im Sinn des § 47 Abs. 2;
- b) zur Erfüllung der Schulpflicht oder zur Absolvierung des Besuchs einer allgemein bildenden höheren oder berufsbildenden Schule oder einer Hochschule oder zur Absolvierung einer Lehre;
- c) zur Ableistung des Wehr- oder Zivildienstes;
- d) zur Berufsausübung, insbesondere als Pendlerin bzw. Pendler;
- e) zur Unterbringung von Dienstnehmerinnen bzw. Dienstnehmern.

(3) Nicht als Freizeitwohnungen gelten überdies Wohnungen, die nicht vermietet sind und

1. von der Inhaberin bzw. dem Inhaber aus gesundheitlichen oder altersbedingten Gründen bis zur Dauer von höchstens einem Jahr nicht (mehr) als Hauptwohnsitz verwendet werden können oder
2. im Eigentum einer gemeinnützigen Bau-, Wohnungs- und Siedlungsvereinigung oder eines Unternehmens, dessen Betriebsgegenstand die Schaffung von Wohnraum ist, stehen.

(4) Länger als zwei Monate auf Campingplätzen abgestellte Wohnwagen, Wohnmobile oder Mobilheime (Dauercamper) gelten als Freizeitwohnungen.

### **§ 3**

#### **Höhe des Gemeindezuschlags**

(1) Berechnungsbasis ist die Freizeitwohnungspauschale gem. § 55 Abs. 1 Oö. Tourismusgesetz 2018.

(2) Der Gemeindezuschlag ist in Form einer jährlichen Pauschale zu entrichten. Die Höhe der Pauschale beträgt:

1. für Wohnungen bis zu 50 m<sup>2</sup> Nutzfläche sowie für Dauercamper 150 % der Freizeitwohnungspauschale.
2. für Wohnungen über 50 m<sup>2</sup> Nutzfläche 200 % der Freizeitwohnungspauschale.

### **§ 4**

#### **Fälligkeit und Entrichtung**

(1) Der Gemeindezuschlag wird mit 1. Dezember, gleichzeitig mit der Freizeitwohnungspauschale, für das jeweilige Kalenderjahr fällig. Wird eine Freizeitwohnung vor diesem Zeitpunkt aufgegeben, wird die Abgabenschuld spätestens ein Monat nach der Aufgabe fällig.

(2) Der Gemeindezuschlag ist an die Stadt unaufgefordert zu entrichten.

(3) Die Einhebung des Gemeindezuschlages obliegt dem Magistrat der Stadt Steyr als Abgabenbehörde im eigenen Wirkungsbereich entsprechend den Bestimmungen des Oö. Abgabengesetzes und den geltenden Bestimmungen der Bundesabgabenordnung.

### **§ 5**

#### **Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt mit 1.1.2019 in Kraft und ist gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln kundzumachen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall. Dann danke ich sehr herzlich und komme zur Abstimmung. Wer also damit einverstanden ist, ein Zeichen mit der Hand. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Dem ist nicht der Fall. Einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **6**

StR MR Dr. Mario Ritter

GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam

GR<sup>in</sup> Evelyn Kattnigg, BA (FH)

StR Dr. Michael Schodermayr

GR Josef Holzer

GR Dr. Markus Spöck, MBA

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

## **10) GemKAN-26/98      Novellierung der Kanalbenützungsgebührenordnung der Stadt Steyr.**

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wieder eine Gebührenerhöhung, wir haben ja bei der Wassergebühr schon diskutiert, wir können das gerne da auch wieder tun. Es geht darum, folgen wir dem Land Oö. so wie alle anderen 440 Gemeinden in Oberösterreich und erheben wir das mit Mindesterlass; beziehungsweise von der Mindestgebühr dem Vorschlag an oder wir tun das nicht. Vorschlag des Finanzreferenten ist selbstverständlich das zu tun, weil in Summe im Endeffekt das eine Indexsicherung ist, nur um die Erhöhung von € 3,75 pro Kubikmeter auf € 3,83 ohne Umsatzsteuer, das ist glaube ich vertretbar. Richtig ist natürlich, dass wir im Kanal auch Gewinne machen, ist auch notwendig für all die anderen Dinge die wir leisten müssen finanziell. Wo wir Verluste schreiben, wie gesagt angemessen; in ganz Oberösterreich wird das so gehandhabt und wird diese Indexierung mehr; ist es nicht, der Index im Endeffekt jedes Jahr angepasst. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Steuerangelegenheiten vom 22. November 2018, wird die in der Anlage beigeschlossene Novellierung der Kanalbenützungsgebührenordnung der Stadt Steyr, genehmigt.

Diese Verordnung tritt mit 1.1.2019 in Kraft. Die Kundmachung dieser Verordnung hat gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992 i.d.g.F., durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr, zu erfolgen.

### **KANALBENÜTZUNGSGEBÜHRENORDNUNG DER STADT STEYR**

beschlossen in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom .....

Die Kanalbenützungsgebührenordnung der Stadt Steyr, beschlossen in der Sitzung des Gemeinderates vom 26. November 1998, GemKAN-26/98 i.d.g.F., zuletzt geändert durch Beschluss des Gemeinderates vom 14.12.2017, wird wie folgt geändert:

### **Artikel I**

§ 4 Abs. 2 hat zu lauten:

Die Höhe der Kanalbenützungsgebühr beträgt für jeden Kubikmeter Wasser, der auf dem angeschlossenen Grundstück entweder aus der städtischen Wasserversorgung oder aus einer anderen Versorgungsanlage verbraucht wird,

- **ab 1. 1. 2019** **€ 3,83.**

### **Artikel II**

Diese Verordnung tritt am 1. Jänner 2019 in Kraft und ist durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Die erste Wortmeldung ist der Vizebürgermeister Dr. Zöttl, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herren, hier wird sich wahrscheinlich die Argumentation von allen gleichbleiben wie bei den Wasserbezugsgebühren. Weil ja eigentlich dieselben Argumente auch gelten. Danke möchte ich auch hier wieder sagen, dass wir die Kalkulation für die Kanalgebühren bekommen haben und auch der Dr. Virag, der hat das wirklich sehr gut aufgeschlüsselt und mit Zahlen belegt. Aber mir ist gestern Abend etwas aufgefallen und das möchte ich schon kundtun. Folgendes, das hat aber der Controller nicht wissen können, aber weil es in meinen Ressort fällt, ist es mir aufgefallen. Bei den Personalkosten die dieser Kostenrechnung zugrunde liegen sind die Personalkosten für den Tiefbau in diese Gebührenberechnung eingeflossen. Was aber nicht richtig ist. Und wenn man schaut bei den Kosten Verwaltungskosten anteilig, Entschuldigung, hab ich das eh richtig, sind die gesamten Gebühren eingerechnet worden vom Tiefbau. Sogar mehr noch, in Wirklichkeit sind die Kosten € 460.000,--. Was allerdings noch in den € 460.000,-- Gebühren inkludiert sind, sind ja nicht nur der Tiefbau, was mit Kanal zusammen hängt, sondern das ist auch der Straßenbau, der Brückenbau, die Sanierung, Beleuchtung und dergleichen, auch bei den Personalkosten Tiefbau inkludiert. Das gehört geändert, weil sonst verfälscht das die Zahlen und die Kosten sind zu hoch angesetzt. Also da würde ich nochmal darüber rechnen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich werde das gerne weitergeben, ich bin davon ausgegangen dass der Dr. Virag das anteilmäßig hineingerechnet hat.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

...mit 10 Prozent steht da eigentlich.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mit den 10 Prozent, aber das können wir gerne klären. Ich gehe mal davon aus, dass das so stimmt.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall. Dann, dazu ist nichts mehr zu sagen. Dann bitte Abstimmung. Wer also mit diesem Antrag einverstanden ist bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Somit mit Mehrheit angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend:1  
StR Dr. Michael Schodermayr

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **18**

**SPÖ 14** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR<sup>in</sup> Heidemarie Kloiber, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**GRÜNE 4** – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **15**

**FPÖ 9** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

**11) Fin-214/17**                      **Abschluss einer Errichtungs- und Betriebsvereinbarung mit der Stadtbetriebe Steyr GmbH zur Errichtung eines Panoramaliftes.**

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mein nächster Tagesordnungspunkt ist der Abschluss einer Errichtungs- und Betriebsvereinbarung mit der Stadtbetriebe Steyr GmbH zur Errichtung eines Panoramaliftes. Bin ich da richtig in der Tagesordnung? Genau danke, da geht es darum, dass wir in dem Jahr diesen tollen Panoramalift auf den Tabor hinausbauen, der wahrscheinlich am Schluss € 2,7 Millionen kosten wird. Wir wollen aber kein Entgelt dafür verlangen, darum braucht es einen Vertrag mit den Stadtbetrieben. Wir müssen uns als Stadt, die wir das in Auftrag geben bei den Stadtbetrieben, dazu bekennen, dass wir ein Bereitstellungsentgelt zahlen. Das ist so ein Äquivalent dafür, dass eben die Steyrer Bürgerinnen und Bürger gratis fahren können. Das gehört in einen Vertrag gegossen. Wir reden hier von einer Summe von € 77.946,15 zuzüglich Ust. Für dieses Bereitstellungsentgelt, das vermindert sich dann ab dem 31. Jahr zumindest einmal in der Schätzung auf € 66.227,- und gleichzeitig ein Nutzungsentgelt an die

Stadtbetriebe zu überweisen. Das ist für die laufenden Ausgaben natürlich für Strom und Wartung und alle diese Dinge von jährlich € 50.000,--. Das müssen wir beschließen damit auch rechtlich alles in Ordnung ist, und die Stadtbetriebe Steyr sich darauf verlassen können, dass sie nicht auf den Kosten sitzen bleiben. Ich ersuche um Diskussion und Beschlussfassung.

**Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 29.11.2018 wird dem Abschluss einer Errichtungs- und Betriebsvereinbarung mit der Stadtbetriebe Steyr GmbH zur Errichtung eines Panoramaliftes im Bereich der Taborstiege entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall. Oh ja. Bitte sehr Herr Kollege Kaufmann.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Hat der die Zahlen von dir dann gehabt, weil also ich habe die nicht angegeben.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja meine Damen und Herren, wir halten wie glaube ich alle im Gemeinderat diese Aufstiegs- hilfe für eine gute Sache und ein gutes Projekt. Zu einem Punkt möchte ich aber eine An- merkung machen, das ist die auch vom Herr Bürgermeister herausgestrichene Gratisfahrt damit. Ich könnte mir vorstellen, dass das auch Nachteile haben kann. Und ja, einmal vor- derhand, für den Probebetrieb, für die Einführung und um zu sehen wie das angenommen wird, halte ich das durchaus für eine Möglichkeit. Aber angesichts dessen, dass andere Städte die ähnliche Angebote haben, dafür schon Kosten einheben und es gibt ja auch den Anknüpfungspunkt, dass es durch die Übertragung der Durchführung des Baues und des Betriebes an die SBS natürlich eine Anknüpfung an den öffentlichen Verkehr in Steyr dar- stellt. Der auch nicht gratis ist, könnte man ja auch darüber reden, sage ich in Klammer, aber ich kenne die Beträge um die es hier geht, die da natürlich ein großes Fragezeichen ma- chen. Aber trotzdem, es wird ein Teil des öffentlichen Verkehrssystems Steyrs sein und ich würde nach einer Beobachtungszeit gerne noch einmal evaluieren, ob es wirklich sinnvoll ist, hier ein Gratisangebot zu machen. Oder das Gratisangebot auch gewisse negative Entwick- lungen erzeugen kann. Nur ein Gedanke, daneben ist eine Schule, wo auch Zehnjährige in großer Zahl unterwegs sind, für die kann das natürlich ein toller Spaß sein, hier sehr viel auf und ab zu fahren. Und für Leute die denn Lift wirklich brauchen, für ihre Bewegungen in der Stadt, der dann in manchen Zeiten nicht zu Verfügung stehen würde. Ich möchte und darf nicht an die Wand malen, aber man sollte solche Dinge im Auge behalten, und deswegen nach einer gewissen Zeit eben evaluieren ob das Gratisangebot wirklich das letzte Wort sein soll. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ok, danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer also mit dem Abschluss einer Errichtung und Betriebsvereinbarung mit der Stadtbetriebe Steyr GmbH zur Errichtung dieses Panoramaliftes einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Gibt es eine Gegenstimme? Stimmenthaltungen? Dem ist nicht der Fall. Somit einstimmig angenommen. So, nächster Tagesordnungspunkt Voranschlag.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **5**

GR Mag. Erwin Schuster

GR<sup>in</sup> Silvia Thurner

GR<sup>in</sup> Heidemarie Kloiber

GR Rudolf Blasi  
GR Thomas Kaliba

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

## 12) Fin-100/18                      **Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2019.**

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätzte Medienvertreter. Als wir vor 1 Jahr das Budget für das Jahr 2018 beschlossen haben, wies der Voranschlag einen Abgang in der Höhe von € 2,5 Millionen aus. Der Nachtragsvoranschlag, heuer im November haben wir den Abgang bereits auf € 1,88 Millionen nach unten korrigiert und die Vorzeichen stehen wirklich sehr gut, dass wenn wir im kommenden Jahr den Rechnungsabschluss vorliegen haben, wir wieder ein Plus haben werden. Ich stelle dies deshalb an den Anfang meiner Ausführungen, weil es verdeutlicht, dass ein Budget nichts Starres oder ein Fixes ist, sondern eine nach den Prämissen der Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit erstellte Vorschau, die lebt und die sich natürlich im Laufe des Jahres auch noch verändern kann. Und in den letzten Jahren war es ja wirklich fast ausnahmslos so, dass sich unsere Budgets bei der Abschlussrechnung besser dargestellt haben als im Voranschlag, zum Teil sogar wesentlich besser. Wenn daher der Budgetvoranschlag für das Jahr 2019, der uns heute zur Beschlussfassung vorliegt, ein rechnerisches Minus ausweist, das € 1,3 Millionen beträgt, dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass wir auch das Rechnungsjahr 2019 wieder mit einem Plus abschließen werden sehr hoch, trotzdem sehr hoch. Und betrachtet man den Budgetvoranschlag 2019 nach der laufenden Gebarung, der in vielen Städten überhaupt als Benchmark herangezogen wird, also Einnahmen und Ausgaben ohne Tilgungen, dann weisen wir von vorherein ein Plus von € 5,3 Millionen aus. Und da ist es, sage ich ganz bewusst angesichts der nach wie vor unvermindert anhaltender Belastungswelle durch das Land Oö., keineswegs eine Selbstverständlichkeit, sondern erfordert von uns allen, die wir für diese Stadt und in dieser Stadt Verantwortung tragen, auch ein hohes Maß an Budgetdisziplin und die Einsicht, dass nicht alles was wünschenswert ist, sofort auch umgesetzt werden kann bzw. realisierbar ist. Ich meine, dass wir nicht zuletzt auch deshalb, weil wir quer über die Fraktionsgrenzen und auch das Gespür für das realistisch Machbare bewahrt haben, dass wir gerade deshalb auch so viel in relativ kurzer Zeit weitergebracht haben. Und wir werden, das zeigt auch der Budgetvoranschlag für 2019 wieder, vieles weiterbringen. Neue Projekte beginnen, laufende Projekte fortsetzen und abschließen, sowie Investitionen und Neuanschaffungen tätigen, die ohne Ausnahme Vorteile bringen und somit zu einer positiven Weiterentwicklung unserer schönen und lebenswerten Stadt beitragen werden.

Meine Damen und Herren, lassen sie mich daher gleich zu Beginn einige besondere Highlights herausgreifen, aus dem Budget 2019. Wir haben 2019 mehr als € 700.000,-- für den Komplettaustausch des Geschirrs für „Essen auf Rädern“ inklusive der Wärmeverrichtungen vorgesehen.

Wir investieren nach € 500.000,-- im Vorjahr, 2019 noch einmal knapp € 400.000,-- in unsere Pflichtschulen, damit jedes einzelne Klassenzimmer WLAN-tauglich wird und ist. Wir machen unsere Pflichtschulen somit zukunftsfit und nehmen hier oberösterreichweit, wenn nicht sogar österreichweit, wirklich eine Vorreiterrolle ein. Parallel dazu geben wir nach € 700.000,-- im Vorjahr im kommenden Budgetjahr neuerlich € 748.000,-- für die Verbesserung des Brandschutzes aus und schließen das Zusatzinvestitionsprogramm ab, das wir in den letzten 3 Jahren abgearbeitet haben, wo wir 1 weitere Million in die Verbesserung der Gebäudeinfrastruktur investiert haben. Von der Turnsaalerneuerung über die Modernisierung der Sanitärbereiche bis hin zur Elektrik und zum Ausmalen der Klassenzimmer.

Und weil ich gerade bei der Bildung bin, wissen vielleicht viele gar nicht, und in dieser Dimension ist es kaum so bekannt, dass wir 2019 bereits € 900.000,-- als Beitrag der Standortgemeinde für die Fachhochschule dazu zahlen. Das ist durchaus ein zusätzlicher finanzieller Kraftakt für die Stadt und für unser Stadtbudget. Und außerdem, damit es nicht vergessen wird, haben wir ja vor einigen Jahren beschlossen, dass wir unsere Steyrer Studentinnen und Studenten an ihren österreichischen Studienorten unterstützen, wenn sie ein Semester-Öffi-Ticket dort kaufen und dafür haben wir auch einen Budgetansatz von mehr als € 20.000,-- im Jahr vorgesehen, und wird auch abgeholt.

Ja ebenfalls als Neuinvestition ins Budget 2019 aufgenommen und mit einem Betrag von € 200.000,-- sehr hoch dotiert, ist eine große öffentliche WC-Anlage, die wir im Durchgangsbereich zur Stadtplatzgarage planen. Wir machen uns damit auch in diesem Bereich wirklich fit für die Landesausstellung 2021, wo tausende Gäste und Besucher zu uns kommen werden, und denen natürlich auch im öffentlichen Raum Örtlichkeiten angeboten werden müssen, um die dringenden menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Wir haben vor, dass wir diese öffentliche Toilette bewirtschaften, also dafür etwas verlangen. Und die bestehende Toilettenanlage im Innenhof des Rathauses wollen wir weiterführen, vielleicht werden wir die Zeiten ein bisschen einschränken, das heißt an magistratsgeschlossenen Tagen dann nur mehr die große öffentliche Toilette offen haben. Das werden wir sehen.

Fortführen werden wir 2019, und wir haben dafür € 2 Millionen im Budget vorgesehen, selbstverständlich die Renovierung, den Umbau des Innerberger Stadls, sowie die Neugestaltung Stadtplatz. Wobei wir bei der Neugestaltung Stadtplatz nicht nur das abschließen, was wir schon beschlossen haben, sondern auch schon den Grünmarktbereich angehen wollen und uns dem zuwenden wollen.

Und auch im Freizeitbereich haben wir für 2019 wieder vieles vor. Besonders viel diesmal, wir haben für die Einrichtung von 2 Motorikparks, einen großen im Bereich Stadtgut und einen kleineren im Bereich Schloßparkbereich, € 200.000,-- vorgesehen insgesamt. Wir hätten das in dieser Dimension nicht gemacht, sage ich auch dazu, wenn es nicht „Gott sei Dank“ im Rahmen der Stadt-Umlandkooperation dafür EU-Förderungen gibt von rund 60 %. Darum leisten wir das oder können wir uns das auch leisten, aber vom Mehrwert dieser Einrichtungen sind wir alle überzeugt.

Ja, auch die Radfahrer dürfen sich freuen. Mit rund € 300.000,-- deutlich mehr als € 300.000,-- budgetiert ist die Kompletterneuerung inklusive Beleuchtung der Radwegverbindung von der Eisenbahnbrücke in Garsten, unterer Schiffweg bis herauf zu uns zur Schönauerbrücke. Auch hier können wir zum Glück die EU-Förderung in Anspruch nehmen. Aber dieser Weg ist ja nicht nur für die Radfahrer von Interesse, sondern nicht zuletzt auch für die Spaziergänger und vor allem auch für die Läufer. Sicherlich ein neues Highlight. Ja und für die Radfahrer haben wir neben diesem Großprojekt auch noch eine zweite Verbesserung im Budget vorgesehen und dafür € 42.000,-- budgetiert. Wir werden eine kreuzungsfreie Möglichkeit für Radfahrer schaffen im Bereich Blumauergasse, Tunnel, Notschlafstelle, Steinbruchweg. Da kann man dann im Endeffekt mit dem Rad unten durchfahren, auch hier etwas Zusätzliches um die Radfahrer im Endeffekt ein bisschen zu servizieren.

Ja, es geht quer weiter in den Gesellschaftsbereich und auch im Kulturbereich haben wir 2019 einiges vor und große Budgetposten vorgesehen. Wir haben uns vorgenommen ein neues Musikhaus für die Stadtkapelle zu bauen, wir haben dafür € 500.000,-- einmal vorgesehen, ein wirklich hoher Budgetansatz, das ist klar. Aber die Stadtkapelle ist ja seit vielen Jahren, ich sage einmal, suboptimal untergebracht im Schloß Lamberg im Jagdzimmer. Gleichzeitig drängen die Bundesforste wirklich seit vielen, vielen Jahren, der Gunter Mayrhofer kann ein Lied davon singen und ich auch, dass wir uns von diesem Vertrag lösen, dass der Mietvertrag aufgelöst wird, um das Jagdzimmer endlich auch touristisch nutzen zu können. Und jetzt im Zuge der bevorstehenden Landesausstellung wird das ganze Thema

natürlich noch einmal zusätzlich brisant. Weil die Nutzung der Räumlichkeiten in Verbindung mit dem Tapetenzimmer und der Bibliothek auch für die Präsentation des Adels, und das ist ja ein Thema, ein Teil der Landesausstellung, von großer Bedeutung wäre. Mit dem Neubau, der im Bereich des Reithoffergebäudes geplant ist können wir daher zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. So wollen wir das auch tun, wir können der Stadtkapelle moderne, zeitgemäße Proberäumlichkeiten zur Verfügung stellen, die übrigens in den Umlandgemeinden ebenfalls die Stadt die Kapellen sehr, sehr gut untergebracht hat. Neulich habe ich gelesen in Sierning, Dietach, also überall passiert das. Auf der anderen Seite können wir den Bundesforsten das historische und touristisch wirklich wertvolle Jagdzimmer zurückgeben und gleichzeitig auch eine Nutzung während der Landesausstellung ermöglichen. Die Bundesforste haben jedenfalls signalisiert, dass ihnen eine Übersiedlung der Stadtkapelle und ein Auflösen des Mietvertrages auch finanziell etwas wert wäre. Die würden also für das neue Musikhaus auch etwas mitzahlen und wir hoffen, dass es eine ähnliche Zusage auch noch vom Land Oö. geben wird. Wie gesagt, das ist eine Hoffnung, ich hoffe es wird nicht konterkariert, weil wir heute nicht einer Meinung waren bei der Gebührenerhöhung. Aber das ist jetzt eher nur spaßhalber gemeint.

Ja, noch ein Punkt meine Damen und Herren, möchte ich hervorheben, weil das auch keine Selbstverständlichkeit und eine freiwillige Leistung ist, ist auch nicht im Fokus der Öffentlichkeit. Wir leisten als Stadt jährlich im Durchschnitt, jährlich die letzten Jahre hindurch rund € 100.000,- als Subvention für kirchliche Institutionen. Für Renovierungen, Restaurierungen, quer durch, ob das jetzt evangelische oder katholische Einrichtungen sind. Für 2019 spannt sich der Bogen von den Pfarren Christkindl, da wird das Pfarrhaus renoviert und ein Teil des Altars, über Gleink, Münichholz bis zur Stadtpfarrkirche, wo wir mit einem Zuschuss aushelfen zur Renovierung der Epitaphien sowie zur Renovierung des Totengräberhäuschens am Erdfriedhof.

Ja das waren einmal ein paar Beispiele und dass auch 2019 Millionenbeträge für den Straßen- und Kanal- und Brückenbau reserviert sind, das bedarf eigentlich gar keiner besonderen Erwähnung mehr, das setzt man ohnehin voraus. Sage es aber trotzdem, weil die Summe ist schon beachtlich, auch wenn es immer zu wenig ist für manche. In Summe sind rund € 3,9 Millionen für diese Bereiche vorgesehen, fast € 4 Millionen für Straßen-, Brücken- und Kanalbau.

Ja, für den Sport meine Damen und Herren ist alles in allem, von der Sportinfrastruktur-Erneuerung über die allgemeine Sportförderung bis hin zur Jugend- und Spitzensportförderung eine Summe von etwa € 600.000,- budgetiert. Davon Subventionen an die Vereine selbst in Höhe von etwa € 463.000,-. Auch eine beachtliche Summe, die zeigt, dass der Sport in unserer Stadt einen sehr, sehr hohen Stellenwert hat und auch für die Stadtpolitik.

Unsere Freiwillige Feuerwehr immer gut dotiert, wir wissen auch warum wir das tun, weil sie einfach eine tolle Einsatztruppe sind. Die Freiwillige Feuerwehr kann inklusive der Fahrzeugneubeschaffung 2019 aus einem Jahresbudget von € 900.000,- schöpfen oder auf ein Jahresbudget zurückgreifen. Auch eine beachtliche Summe, wo nicht alle, aber fast alle Wünsche abgedeckt werden können.

Ja, dann sind wir schon beim Stadtmarketing, das wir aufgrund der neuen Tourismusbudgets 2019 ja als Verein organisieren wollen. Das Stadtmarketing ist mit € 282.000,- diesmal dotiert, mehr als im Vorjahr, das sieht immer mehr aus als es ist. Weil wir haben im Teilbereich für das neue Parkleitsystem, wo wir die Garagen im Endeffekt von den Stadtgrenzen her schon anschreiben wollen, zweckgebunden, weil das steuerliche Vorteile bringt.

Ja, zusätzlich sind aus unseren Wirtschaftsförderungsmitteln wiederum € 50.000,- für den Verein „Steyr lebt“ und seine vielfältigen Aktivitäten reserviert. „Steyr lebt“, die erfolgreiche Shopping Card ist ein Produkt, bis hin zur neuen Aktion „Startplatz Stadtplatz“, ist alles vom Verein im Endeffekt initiiert und durchgeführt. Und dann hat diese Förderung für den Verein

Stadtplatz, Verein „Steyr lebt“, noch einen zusätzlichen Charme, weil hier, dadurch dass der Verein auch Erlöse hat und gleichzeitig auch Landesförderungen bekommt, werden nächstes Jahr rund € 140.000,- Mittel frei für die Innenstadtbelebung zusätzlich zu all diesen anderen Dingen die wir noch selbst machen, mit Innenstadt und Stadtplatzerneuerung.

Ja, wir kommen zu den Dingen wo wir draufzahlen, aber aus gutem Grund. Gewaltige Summen, meine Damen und Herren, geben wir für den öffentlichen Verkehr aus. Ich habe es zuerst in der Diskussion schon gesagt, rund € 2 Millionen beträgt der jährliche Abgang im öffentlichen Verkehr. 1 Million zahlen wir aus dem Stadtbudget, 1 Million aus dem Budget der Stadtbetriebe Steyr, ist gleich 100%ige Gesellschaft der Stadt, also anderer Rechnungskreis, aber es fällt auf dieselben Füße, € 2 Millionen Jahresabgang. Aber weniger wird es nicht werden, weil sich ja eigentlich niemand vorstellen kann, dass wir unser attraktives Angebot mit 15 Minuten-Takt auf den Hauptlinien mit einem Angebot an Sonn- und Feiertagen, dass wir das einschränken. Vielmehr denken wir gerade gemeinsam nach, vielleicht sogar eine Bus „Nightline“ einzuführen und die müssen wir dann auch noch zusätzlich finanzieren. Also wie gesagt, soll man ein bisschen sickern lassen, € 2 Millionen jedes Jahr.

Ja, aber jedenfalls nicht wegzudenken aus unserer Infrastruktur sind unsere Freizeiteinrichtungen Freibad, Hallenbad, Sauna sowie die überdachte Kunsteislauffläche. Allein dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir weitere € 1,25 Millionen bereitstellen. Ebenfalls als Abgangsdeckung, da sind die Eintritte schon weggerechnet.

Ja, soweit zu diesen Zahlen und ich glaube in dem Zusammenhang relativieren sich auch die Gebührenerhöhung, weil zumindest der Grund warum man das tun muss, und ich glaube es ist ja nichts Schlechtes sondern wirtschaftlich sogar absolut notwendig, dass man ab und zu auch Gebühren wieder anhebt. Und wir tun das, ich bin jetzt nicht weg vom Wasser und vom Kanal, wir tun das nach 25 Jahren erstmals bei den Parkgebühren in den Kurzparkzonen. Wir erhöhen von 50 auf 60 Cent für die halbe Stunde nach 25 Jahren. Wir werden den Beschluss für die Verordnung, nachdem wir das Budget beschlossen haben, am 17. Jänner im Gemeinderat fassen und dann tritt das mit 4. Februar, das ist ein Montag, in Kraft. Nur damit man diese Zeitdimension sieht, aber wie gesagt, von 50 auf 60 Cent für die halbe Stunde, denke ich, ist verkräftbar. Wir machen das auch in Abstimmung und in Kooperation mit den Betreibern der Stadtplatzgarage, ich glaube das ist durchaus eine sinnvolle Maßnahme, wenn man das im Gleichklang macht. Ja und weil auch die Polizei im Herbst ihren Strafraumen mit mindestens € 30,- festgelegt hat, werden wir auch als Stadt bei den Parkstrafen etwas nachziehen und ebenfalls € 30,- für ein Strafmandat einheben. Und für die Anonym-Verfügung von € 30,- auf € 35,- gehen.

Ja, noch etwas Besonderes ist im Budget für 2019 enthalten. Nämlich die Finanzierung unseres neuen städtischen Jugendzentrums, das wir Anfang nächsten Jahres offiziell eröffnen werden. Ein meiner Meinung nach wirklich wichtiger Schritt und ein klares Signal, dass wir als Stadt nicht die Augen verschließen vor der Realität und daher auf Anraten und auch in Zusammenarbeit mit den Experten für die Zielgruppe Jugendliche ein niederschwelliges Angebot in unserer Stadt schaffen.

Ja, damit beende ich vorerst einmal meinen kurzen Überblick über völlig neue finanziell aufwändige und besonders wichtige Projekte bzw. Zielsetzung. Für die wir im Budget 2019 finanziell vorgesorgt und damit auch deren Realisierung gesichert haben. Wobei das passt jetzt vielleicht ganz gut, genau diese Tatsache, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir hier im Steyrer Gemeinderat ein Budget beschließen, das die Finanzierung von Projekten, Aufgaben und Leistungen sicherstellt. Genau dieser Umstand macht mich, glaube ihr seht das ähnlich, die Kommunalpolitik wirklich so interessant und so spannend. Denn wir auf der kommunalen Ebene, trotz aller Schwierigkeiten, sind noch in der Lage, unmittelbar etwas zu bewirken. Wir sehen noch die Ergebnisse, wir können also noch gestalten und nach unseren Vorstellungen positiv verändern. Und wir werden, zusätzlich zu den von mir schon aufgezählten völlig neuen Beispielen, im kommenden Jahr wieder zwei ganz besonders große und

bedeutende Highlights für Steyr zu einem Ende bringen. Zum einen wird die Fachhochschule, der Fachhochschulneubau im Wehrgraben, mit einem Investitionsvolumen von ungefähr € 12 Millionen, aller Voraussicht nach im Herbst 2019 bezugsfertig sein. Und zum Zweiten werden wir, wenn wirklich alles perfekt läuft, weiß man ja nie genau, bereits Ende 2019, spätestens Frühjahr 2020 mit dem neuen Panoramalift auf den Tabor hinauf fahren können. Rund € 2,7 Millionen, so die Schätzungen, wird das alles zusammen, wird dieses Jahrhundertprojekt am Ende des Tages kosten. Das sind auch, wie ich meine, wirklich sehr, sehr gute Aussichten.

Ja und in diesem Sinne darf ich zu den nüchternen Zahlen des Budgets 2019 kommen. Der Budgetvoranschlag für das Rechnungsjahr 2019 weist inklusive des vorliegenden Abänderungsantrages mit Einnahmen und Ausgaben im Ordentlichen Haushalt in der Höhe von € 140.901.700,- und einem Außerordentlichen Haushalt in der Höhe von € 14.330.100,- ein Rekordgesamtbudgetvolumen von € 155.231.800,- aus. Wir rechnen, ich habe es am Anfang schon gesagt, inklusive des Abänderungsantrages, vorerst mit einem Abgang von € 1,348 Millionen, der allerdings durch unsere Rücklagen zur Gänze bedeckt ist. Wir haben daher einen zu 100 % ausgeglichen Haushalt zur Beschlussfassung vorliegen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, € 155 Millionen Gesamtbudgetrahmen, das ist schon ein stolzer Betrag, den wir in nur einem Jahr bewegen. Aber wir haben ja wieder, wie ich bereits beispielhaft angeführt habe, sehr, sehr viel vor. Wir nehmen den Schwung und die Dynamik der letzten Jahre auch 2019 mit und investieren sinnvoll und zukunftsorientiert weiter. Daraus ergibt sich die Frage, wie bzw. womit finanzieren wir diese Investitionen, sowie die vielen Pflichtausgaben. Dazu nur zwei Beispiele, unsere größte Einnahmequelle sind die Ertragsanteile, das ist unser Anteil an den nach einem sehr speziellen Schlüssel zur Verteilung gelangenden Bundessteuern. Dafür haben wir für 2019 € 47,19 Millionen angesetzt, ungefähr € 1,5 Millionen mehr als 2018. Wir sind hier dem Landeserlass nicht ganz gefolgt und haben etwas optimistischer budgetiert, aber trotzdem, glaube ich, realistisch. Zweithöchste Einnahmequelle für die Stadt ist die Kommunalsteuer, die direkt abhängig von den Beschäftigten und ihren Gehältern in unserer Stadt. Und wir haben für 2019 Einnahmen mit der Kommunalsteuer in der Höhe von € 28,6 Millionen veranschlagt. Das sind um rund € 800.000,- mehr als die Einnahmenhochrechnung für 2018 ergibt, das wissen wir fast schon genau, was da rauskommen wird. Aber allein aufgrund der guten Gehaltsabschlüsse eine durchaus realistische Steigerung die wir da eingerechnet haben.

Ja, von den Einnahmen zu den Ausgaben. Was sind die höchstdotierten Budgetposten bei den Ausgaben? Bei einem derart großen Dienstleistungsunternehmen, wie es der Magistrat Steyr darstellt, sind es natürlich die Personalkosten, die wir für 2019 mit € 27,03 Millionen budgetiert haben. Da haben wir aufgrund des sehr guten Gehaltsabschlusses im Abänderungsantrag doch einiges nachbessern müssen. Trotzdem haben wir aber sehr knapp, wie immer, budgetiert, was sich auch daran ablesen lässt, dass der Anteil der Personalkosten am Ordentlichen Haushalt lediglich bei 19,18 % liegt. Das ist wirklich im Städtevergleich ein Spitzenwert. Im Übrigen darf ich noch einmal feststellen, dass es uns „Gott sei Dank“ in den letzten Jahren in diesem sehr sensiblen Bereich Personal gelungen ist, nachhaltig zu sparen und das bei gleichbleibend hoher Qualität.

Ein weiterer extrem hoher Budgetposten für 2019 ist wieder der Krankenanstaltenbeitrag. Es wurde zwar nicht wie vor 2 Jahren, der LH Pühringer sein letztes Funktionsjahr gehabt hat, um gigantische 12,6 % erhöht für 2019. Aber der Anstieg für 2019 beträgt neuerlich, das wird uns ja vorgeschrieben, 5,66 % und das bedeutet, dass wir 2019 bei einer Jahresbelastung durch den Krankenanstaltenbeitrag von knapp € 11,4 Millionen gelandet sind. € 11,4 Millionen, eine gigantische Summe, ist absolut grenzwertig und übersteigt natürlich längst die Schmerzgrenze, die wir finanztechnisch in der Stadt haben. Aber auch alle übrigen Oö Kommunen stöhnen zu Recht über diese enorme und von Jahr zu Jahr weitersteigende Belastung durch den Krankenanstaltenbeitrag, aber man ist völlig machtlos. Wir sind den jährlichen Vorschreibungen und Erhöhungssätzen völlig ausgeliefert. Es gibt Null Transpa-

renz, das kommt auch noch dazu. Keinerlei Mitspracherecht und die Kommunen, alle 440, bekommen die Vorschreibung, basta. Und so läuft das seit Jahrzehnten.

Nächster großer Ausgabenposten Jugendwohlfahrt, € 4,8 Millionen, das ist schon der Saldo, haben wir vorgesehen im Jahresbudget. Ebenfalls ein sehr, sehr hoher Wert, wobei die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Betreuungseinrichtungen nach wie vor die größten Kosten verursacht. Gefolgt von der ambulanten Betreuung und den Betreuungskosten für die Pflegekinder.

Wir kommen zur Kinderbetreuung. Kinderbetreuung schon der Saldo, also kommt auch etwas herein, € 5,358 Millionen somit wieder eine knappe halbe Million mehr, wenden wir als Stadt 2019 für die Kinderbetreuung in den städtischen wie auch privaten Kindergärten, Horten und Krabbelstuben auf. Knapp € 2,4 Millionen, das habe ich zuerst schon in der Diskussion gesagt, sind allein die Mehrkosten, die sich aus diesem 2009 eingeführten Gratiskindergarten plus Horte und Krabbelstuben, muss ich dazu sagen, ergeben haben.

Ein weiterer sehr hoher Budgetansatz ist für den Bereich Sozialhilfe, ohne Altenheime, reserviert. Dafür müssen wir im kommenden Jahr € 4,474 Millionen budgetieren. Der größte Teil davon, nämlich € 4 Millionen, fließt in die Mindestsicherung. Wobei wir in Steyr aktuell, wen es interessiert, 1186 Mindestsicherungsbezieher haben. Davon sind 751 österreichische Staatsbürger und 453 nicht österreichische Staatsbürger. Tatsache ist, dass dieser Gesamtbereich der Sozialhilfe, die Kosten von 2002 bis 2019, ein Plus von 57,39 % ausmacht. Also schon sehr, sehr gewaltig, ist aber so.

Ja, ich komme zum letzten Beispiel für die großen Budgetausgabenposten, das ist der Bereich Altenpflege mit unseren Alten- und Pflegeheimen sowie der mobilen Heim- und Krankenpflege und Hauskrankenpflege. Mit erstmals mehr als € 11 Millionen schlagen sich die Alten- und Pflegeheime sowie die mobile Heim- und Hauskrankenpflege zu Buche. Eine unglaublich hohe Summe, die wir hier zu leisten haben. Und ich stelle einmal mehr fest, das einfache Abwälzen der Mehrkosten durch Qualitätssprung oder Demographie auf die Kommunen ist in Wahrheit untragbar. Das ist unfinanzierbar, alle wissen das, es passiert nichts. Bedarf wirklich neuer Finanzierungsformen, da ist die neue Regierung gefordert, es gibt ja schon Ankündigungen, wie auch immer das stattfindet. Ob das eine Zusatzversicherung ist oder durch zusätzliche Budgettöpfe ist im Prinzip egal. Man kann die Kommune mit diesem Problem nicht alleine lassen und wir hoffen alle sehr, dass hier im Endeffekt eine bundesweite gute Lösung kommt, die eine Entlastung für die Gemeinden darstellt.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss das Negativste und das Schmerzlichste beim Budget, nicht nur der Stadt Steyr, sondern aller anderen Kommunen und Städte in OÖ auch. Das ist der Negativsaldo. Das ist die Differenz die sich errechnet, wenn man sämtliche Zahlungen, die die Stadt an das Land Oö. leistet, mit jenen Beträgen gegenrechnet, die vom Land Oö. retour kommen, an die Stadt refundiert werden in Form Fördermittel oder Zahlungsbeteiligungen. Und es wird wahrscheinlich in diesem Raum hier keine Mandatare oder keine Mandatarin verwundern, wenn ich jetzt feststelle, dass dieses Delta zu Lasten der Stadt neuerlich größer geworden ist. Jedes Jahr wird das größer und wir reden hier mittlerweile von € 18,5 Millionen. € 18,5 Millionen, somit neuerlich beinahe € 1 Million mehr als im Vorjahr, dürfen wir an das Land Oö. überweisen, mehr als wir in Form von Zuschüssen und Subventionen zurückbekommen. Leider kann man auch in diesem Bereich nur fatalistisch feststellen, auf Kosten anderer bzw. im konkreten Fall der Städte und Kommunen ist es nicht schwer oder zumindest viel leichter, ein ausgeglichenes Landesbudget auszuweisen. Aber es geht ja allen Gemeinden und Städten so. Nur die Größenordnungen verschieben sich halt, also die Beträge. Je nachdem wie viele Einwohner halt eine Stadt hat, umso höher ist dann die Belastung durch das Land Oö.. Steyr, schon gesagt, € 18,56 Millionen, Linz ca. 5 mal so groß, die haben einen Negativsaldo von € 95 Millionen und die Stadt Wels mit 62.000 Einwohnern kommt in der gleichen Relation zum negativen Handkuss.

Ja, soweit so ungerecht, komme aber zum letzten Punkt oder vorletzten Punkt, auch immer interessant. Komme zu unseren Verbindlichkeiten, die Verbindlichkeiten der Stadt. Wir haben die letzten 7 Jahre im Stadtbudget keine Netto-Neuverschuldung ausgewiesen. Wir haben von 2011 bis 2017 rund € 8 Millionen an Schulden abgebaut, zurückgezahlt, mehr zurückgezahlt als wir aufgenommen haben. Für 2019 nehmen wir aufgrund unserer vielen großen Investitionsvorhaben und des rekordverdächtigen Außerordentlichen Haushaltes von € 14 Millionen wieder eine leichte Erhöhung unseres Schuldenstandes in Kauf. Und zwar um rund € 1,5 Millionen, wenn man den Budgetvoranschlag 2018 vergleicht mit dem Budgetvoranschlag 2019 oder wenn man lediglich die Tilgungen und Neuaufnahmen 2019 als Messgröße heranzieht sind es knapp € 2 Millionen. Gehe aber davon aus, dass wir diese ganze Summe nicht brauchen werden, nicht zur Gänze brauchen werden. Aber es steht außer Frage, dass wir uns diesen kurzfristigen, leichten Anstieg unserer Verbindlichkeiten durchaus leisten können. Nicht nur weil die Zinsen so niedrig sind, sondern wir haben ja, wie ich gesagt habe, € 8 Millionen in den letzten Jahren schon wieder zurückgezahlt, Schulden abgebaut. Zudem finanzieren wir uns wirklich extrem günstig mit knapp unter 1 % Fixzinssatz, muss man sich vorstellen, gerade die Banker vielleicht. 1 % Fixzinssatz für ein 10-jähriges Darlehen oder flexible Verzinsung momentan bei Aufschlägen unter 0,5 % und Aufschlag, indem das ja die Nulllinie ist, ist gleich Zinssatz. Also darüber hinaus stehen, wenn man wieder über Verbindlichkeiten oder Schulden redet, ja noch immer Rücklagen zu Verfügung, wir haben mehr als € 8 Millionen noch an Rücklagen liegen. Auch das etwas Beruhigendes. Ja, dass unseren Verbindlichkeiten auch Werte gegenüber stehen, das zähle ich jetzt nicht mehr auf, das tue ich sonst jedes Jahr, das würde sonst zu lange werden. Konkret aktueller Schuldenstand der Stadt im Budget 2019 ist mit € 67,6 bzw. € 67,9 Millionen mit dem Abänderungsantrag ausgewiesen. Der Schuldendienst beläuft sich auf € 8,4 Millionen inklusive Zinsendienst in Höhe von € 746.000,--. Ja meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Budgetvoranschlag 2019 stellt mit einem Gesamtvolumen von € 155 Millionen ein Rekordbudget dar. Darin verpackt ist die Finanzierung eines breiten Dienstleistungsangebotes der Stadt in und für praktisch sämtliche Lebensbereiche. Darin verpackt sind aber darüber hinaus auch Investitionen in eine Fülle von Projekten und Vorhaben, die alle eines gemeinsam haben, nämlich einen großen Mehrwert für die Stadt und für die Bürgerinnen und Bürger. Wir haben es in den vergangenen Jahren gemeinsam bewiesen, wir beweisen es auch mit diesem Budget, mit dem aktuellen Budgetentwurf neuerlich, dass wir bei allen unseren großen Investitionsentscheidungen auf Nachhaltigkeit und Wertbeständigkeit achten. Auf langfristige Perspektive und Zukunftsorientierung. Darüber hinaus und auch das ist aus dem Budgetvoranschlag 2019 abzulesen, vergessen wir auch nicht auf jenes breite Feld an Leistungen und Aufgaben, das für Sicherheit, Gesundheit, soziale Absicherung, intakte Umwelt, Sport, Kultur und Freizeit maßgeblich ist. In Summe, damit möchte ich einmal schließen, schaffen wir es auch mit dem Budget 2019 wieder, unsere schöne Stadt positiv weiter zu entwickeln. Die hohe Lebensqualität abzusichern und ein städtisches Umfeld zu schaffen, in dem die Bürgerinnen und Bürger ihr Leben nach ihren ganz persönlichen Vorstellungen gestalten können, individuell gestalten können, in dem vor allem aber auch ein gutes und respektvolles Miteinander möglich ist. In diesem Sinne und mit einem großen Danke an Finanzdirektor Mag. Helmut Lemmerer und sein Team für hochprofessionelle Arbeit, ersuche ich nun die Diskussion zum Budget 2019 inklusive des vorliegenden Abänderungsantrages zu eröffnen.

**Der Gemeinderat möge beschließen:  
Hauptantrag:**

Der beiliegende Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2019 wird

- im Einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind - wie folgt festgestellt:

## 1. Der ordentliche Haushalt

im Bereich der **Gruppe 0** – Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung:

mit Einnahmen von EURO 4.051.600,00

und  
Ausgaben von EURO 21.467.600,00

im Bereich der **Gruppe 1** – Öffentliche Ordnung und Sicherheit:

mit Einnahmen von EURO 110.000,00

und  
Ausgaben von EURO 1.854.700,00

im Bereich der **Gruppe 2** – Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft:

mit Einnahmen von EURO 4.647.100,00

und  
Ausgaben von EURO 17.273.500,00

im Bereich der **Gruppe 3** – Kunst, Kultur und Kultus:

mit Einnahmen von EURO 398.400,00

und  
Ausgaben von EURO 2.913.300,00

im Bereich der **Gruppe 4** – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung:

mit Einnahmen von EURO 14.612.300,00

und  
Ausgaben von EURO 41.225.100,00

im Bereich der **Gruppe 5** – Gesundheit und Umweltschutz:

mit Einnahmen von EURO 62.900,00

und

Ausgaben von	EURO	12.293.300,00
--------------	------	---------------

im Bereich der **Gruppe 6** – Straßen- und Wasserbau, Verkehr:

mit Einnahmen von	EURO	1.122.500,00
-------------------	------	--------------

und Ausgaben von	EURO	3.933.900,00
---------------------	------	--------------

im Bereich der **Gruppe 7** – Wirtschaftsförderung:

mit Einnahmen von	EURO	0,00
-------------------	------	------

und Ausgaben von	EURO	536.400,00
---------------------	------	------------

im Bereich der **Gruppe 8** – Dienstleistungen:

mit Einnahmen von und	EURO	23.264.900,00
--------------------------	------	---------------

Ausgaben von	EURO	31.476.000,00
--------------	------	---------------

im Bereich der **Gruppe 9** – Finanzwirtschaft:

mit Einnahmen von und	EURO	91.561.000,00
--------------------------	------	---------------

Ausgaben von	EURO	6.856.900,00
--------------	------	--------------

somit mit einem gesamten **ordentlichen Haushalt**

mit Einnahmen und Ausgaben von ausgeglichen.	<b>EURO</b>	<b>139.830.700,00</b>
--	-------------	-----------------------

## **2. Der außerordentliche Haushalt**

im Bereich der **Gruppe 0** – Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung:

mit Einnahmen von	EURO	876.600,00
-------------------	------	------------

und Ausgaben von	EURO	876.600,00
---------------------	------	------------

im Bereich der **Gruppe 1** – Öffentliche Ordnung und Sicherheit:

mit Einnahmen von	EURO	508.600,00
und		
Ausgaben von	EURO	508.600,00

im Bereich der **Gruppe 2** – Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft:

mit Einnahmen von	EURO	2.424.100,00
und		
Ausgaben von	EURO	2.424.100,00

im Bereich der **Gruppe 3** – Kunst, Kultur und Kultus:

mit Einnahmen von	EURO	2.908.000,00
und		
Ausgaben von	EURO	2.908.000,00

im Bereich der **Gruppe 4** – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung:

mit Einnahmen von	EURO	100.000,00
und		
Ausgaben von	EURO	100.000,00

im Bereich der **Gruppe 5** – Gesundheit und Umweltschutz:

mit Einnahmen von	EURO	0,00
und		
Ausgaben von	EURO	0,00

im Bereich der **Gruppe 6** – Straßen- und Wasserbau, Verkehr:

mit Einnahmen von	EURO	3.224.000,00
und		
Ausgaben von	EURO	3.224.000,00

im Bereich der **Gruppe 7** – Wirtschaftsförderung:

mit Einnahmen von	EURO	225.000,00
und		
Ausgaben von	EURO	225.000,00

im Bereich der **Gruppe 8** – Dienstleistungen:

mit Einnahmen von	EURO	3.748.300,00
-------------------	------	--------------

und  
Ausgaben von EURO 3.748.300,00

im Bereich der **Gruppe 9** – Finanzwirtschaft:

mit Einnahmen von EURO 0,00

und  
Ausgaben von EURO 0,00

somit mit einem gesamten **außerordentlichen Haushalt**

mit Einnahmen  
und Ausgaben in der Höhe von **EURO 14.014.600,00**  
ausgeglichen.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die in den Sammelnachweisen angeführten Ausgaben erklärt.

Weiters werden genehmigt:

- a) Die dem Voranschlag beigeschlossenen "Allgemeinen Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voranschlages".
- b) Die „Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2020 – 2023“.
- c) Der Wirtschaftsplan der Alten- und Pflegeheime Steyr, der Wirtschafts- und Investitionsplan der Kommunalbetriebe Steyr, die Voranschläge 2019 und die Mittelfristigen Planungen 2020 bis 2023 der Sparkassenfonds Steyr Reithoffer KG und der Sparkassenfonds Steyr Stadterneuerungs KG, der Voranschlag der Dr. Wilhelm Groß-Stiftung und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben.

Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und  
forstwirtschaftliche Betriebe 500 v. H.

Grundsteuer B für andere  
Grundstücke 500 v. H.

**Der Gemeinderat möge beschließen:  
GEMEINSAMER ABÄNDERUNGSANTRAG:**

**Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 2019 wird wie folgt festgestellt:**

### **1. Der ordentliche Haushalt:**

**im Bereich der Gruppe 0 – Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung:**

<b>mit Einnahmen anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>4.051.600</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>4.248.500</b>
<b>und</b>					
<b>Ausgaben anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>21.467.600</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>21.687.000</b>

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 0 – Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung

**im Bereich der Gruppe 1 – Öffentliche Ordnung und Sicherheit:**

<b>mit Einnahmen von</b>				<b>EURO</b>	<b>110.000</b>
<b>und</b>					
<b>Ausgaben anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>1.854.700</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>1.872.400</b>

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 1 – Öffentliche Ordnung und Sicherheit

**im Bereich der Gruppe 2 – Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft:**

<b>mit Einnahmen von</b>				<b>EURO</b>	<b>4.647.100</b>
<b>und</b>					
<b>Ausgaben anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>17.273.500</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>17.446.800</b>

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 2 – Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft

**im Bereich der Gruppe 3 – Kunst, Kultur und Kultus:**

<b>mit Einnahmen von</b>				<b>EURO</b>	<b>398.400</b>
<b>und</b>					
<b>Ausgaben anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>2.913.300</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>2.935.900</b>

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 3 – Kunst, Kultur und Kultus

**im Bereich der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung:**

<b>mit Einnahmen anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>14.612.300</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>14.612.600</b>
<b>und</b>					
<b>Ausgaben anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>41.225.100</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>41.546.000</b>

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung

**im Bereich der Gruppe 5 – Gesundheit:**

<b>mit Einnahmen anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>62.900</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>335.300</b>
<b>und</b>					
<b>Ausgaben anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>12.293.300</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>12.639.000</b>

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 5 - Gesundheit

**im Bereich der Gruppe 6 – Straßen- und Wasserbau, Verkehr:**

<b>mit Einnahmen anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>1.122.500</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>1.342.500</b>
<b>und</b>					
<b>Ausgaben anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>3.933.900</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>3.933.700</b>

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 6 – Straßen- und Wasserbau, Verkehr

**im Bereich der Gruppe 7 – Wirtschaftsförderung:**

<b>mit Einnahmen von</b>				<b>EURO</b>	<b>0</b>
<b>und</b>					
<b>Ausgaben anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>536.400</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>457.400</b>

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 7 – Wirtschaftsförderung

**im Bereich der Gruppe 8 – Dienstleistungen:**

<b>mit Einnahmen anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>23.264.900</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>23.501.800</b>
<b>und</b>					
<b>Ausgaben anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>31.476.000</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>31.506.600</b>

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 8 - Dienstleistungen

**im Bereich der Gruppe 9 – Finanzwirtschaft:**

<b>mit Einnahmen anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>91.561.000</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>91.705.500</b>
<b>und</b>					
<b>Ausgaben anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>6.856.900</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>6.876.900</b>

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 9 - Finanzwirtschaft

**somit mit einem gesamten Ordentlichen Haushalt**

<b>mit Einnahmen anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>139.830.700</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>140.901.700</b>
<b>und</b>					
<b>Ausgaben anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>139.830.700</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>140.901.700</b>

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen.

## **2. Der außerordentlichen Haushalt:**

**im Bereich der Gruppe 0 – Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung:**

<b>mit Einnahmen anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>876.600</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>910.000</b>
<b>und</b>					
<b>Ausgaben anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>876.600</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>910.000</b>

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 0 – Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung

**im Bereich der Gruppe 1 – Öffentliche Ordnung und Sicherheit:**

<b>mit Einnahmen von</b>	<b>EURO</b>	<b>508.600</b>
<b>und</b>		
<b>Ausgaben von</b>	<b>EURO</b>	<b>508.600</b>

**im Bereich der Gruppe 2 – Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft:**

<b>mit Einnahmen von</b>	<b>EURO</b>	<b>2.424.100</b>
<b>und</b>		
<b>Ausgaben von</b>	<b>EURO</b>	<b>2.424.100</b>

**im Bereich der Gruppe 3 – Kunst, Kultur und Kultus:**

<b>mit Einnahmen anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>2.908.000</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>2.968.200</b>
<b>und</b>					
<b>Ausgaben anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>2.908.000</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>2.968.200</b>

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 3 – Kunst, Kultur und Kultus

**im Bereich der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung:**

<b>mit Einnahmen von</b>	<b>EURO</b>	<b>100.000</b>
--------------------------	-------------	----------------

**und  
Ausgaben von** **EURO** **100.000**

**im Bereich der Gruppe 5 – Gesundheit:**

**mit Einnahmen anstelle von** **EURO** **0** **mit** **EURO** **5.000**  
**und**  
**Ausgaben anstelle von** **EURO** **0** **mit** **EURO** **5.000**

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 5 – Gesundheit

**im Bereich der Gruppe 6 – Straßen- und Wasserbau, Verkehr:**

**mit Einnahmen anstelle von** **EURO** **3.224.000** **mit** **EURO** **3.266.000**  
**und**  
**Ausgaben anstelle von** **EURO** **3.224.000** **mit** **EURO** **3.266.000**

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 6 – Straßen- und Wasserbau, Verkehr

**im Bereich der Gruppe 7 – Wirtschaftsförderung:**

**mit Einnahmen von** **EURO** **225.000**  
**und**  
**Ausgaben von** **EURO** **225.000**

**im Bereich der Gruppe 8 – Dienstleistungen:**

**mit Einnahmen anstelle von** **EURO** **3.748.300** **mit** **EURO** **3.923.200**  
**und**  
**Ausgaben anstelle von** **EURO** **3.748.300** **mit** **EURO** **3.923.200**

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen im Bereich der Gruppe 8 - Dienstleistungen

**im Bereich der Gruppe 9 – Finanzwirtschaft:**

**mit Einnahmen von** **EURO** **0**  
**und**  
**Ausgaben von** **EURO** **0**

**somit mit einem gesamten Außerordentlichen Haushalt**

<b>mit Einnahmen anstelle von und Ausgaben anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>14.014.600</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>14.330.100</b>
	<b>EURO</b>	<b>14.014.600</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>14.330.100</b>

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen

**festgestellt.**

Bezüglich der in der Beilage angeführten zusätzlichen Mittel wird festgelegt, dass sie nur für die angeführten Zwecke zur Verfügung stehen und daher Kreditübertragungen für andere Vorhaben auf keinem Fall möglich sind.

Weiters werden sämtliche anderen sich aus den oben angeführten Änderungen ergebenden Abänderungen des Voranschlages für das Rechnungsjahr 2019 genehmigt.

Sämtliche anderen Teile des ursprünglich vorgelegten Voranschlages für das Rechnungsjahr 2019 bleiben unverändert.

**VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:**

Im vorhinein zum Prozedere jetzt, ich habe also schon 3 Wortmeldungen. Wir diskutieren das Budget, abgestimmt wird wieder in Gruppen. Das möchte ich nur dazu sagen, nur damit es also für alle klar ist. Beginnen tut jetzt der Vizebürgermeister Dr. Zöttl, dann Stadtrat Mayrhofer, dann der Uwe Pichler, die Frau Lindinger und der Herr Freisais. Das sind derzeit einmal die Wortmeldungen und dann der Herr Dr. Ritter. Bitteschön.

**VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:**

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Gäste. Wir sprechen heute, wie wir schon gehört haben, über € 155 Millionen und da geht es nicht um die Ziehung der Lotterien, sondern um unser Haushaltsbudget der Heimatstadt Steyr. Wie schon angesprochen € 141 Millionen im Ordentlichen Haushalt und € 14,3 Millionen im Außerordentlichen Haushalt, wo sehr viele Projekte inkludiert sind. Das ist eine beachtliche Summe, die wir heute hier beschließen und unsere Aufgabe als Gemeinderäte, ist das bestmöglich und sorgsam damit umzugehen. Und selbstverständlich gibt es auch in diesem Bereich unterschiedliche Auffassungen wie das zu geschehen hat, das ist ganz natürlich. Es freut mich, dass abermals der Freiheitliche Vorschlag von unserer Gemeinderatsfraktion das Budget nicht in Einem, sondern kapitelweise abzustimmen, Anklang gefunden hat und das zum zweiten Mal. Das soll ja nicht zum einen deswegen sein, dass die Gemeinderatssitzung unnötig in die Länge gezogen wird, sondern dass einem jeden bewusst wird, was und wofür er eigentlich abstimmt. Dass mehr Transparenz da ist und auch eine bessere Bewusstseinsbildung stattfindet. Aber auch um zu zeigen, welche umfangreichen Aufgaben, der Bürgermeister hat ja schon sehr viel angesprochen, in unserer Stadt eigentlich zu bewerkstelligen sind und wie viele Entscheidungen dafür getroffen werden müssen. Und dass die auch für Jedermann und nicht nur hier, sondern auch den Zusehern und den Bürgern leicht nachvollziehbar ist und sein soll. Wir behandeln wieder in 10 Kapiteln und da gilt auch noch Dank dem Herrn Bürgermeister und dem Finanzdirektor Lemmerer für die Darstellung, und auch für die Unterstützung eventueller Fragen. Möchte aber schon anmerken, dass es vielleicht besser wäre nicht im Vorfeld alles zu diskutieren und dann die Kapitel abzustimmen. Vielleicht wäre es besser trotzdem die Vorgehensweise dahin zu ändern, dass jedes Kapitel behandelt und diskutiert, und dann abgestimmt wird, weil es vielleicht dann leichter nachvollziehbar wird. Zu den Zahlen trotz, der guten Wirtschaftslage weist der Voranschlag 2019 leider ein Minus von € 1,4 Millionen auf im Ordentlichen Haushalt, also von der schwarzen Null sind wir leider weg. Wir werden schauen was im Rechnungsabschluss dann ist, aber eigentlich bei einer so guten Wirtschaftslage wie wir sie

derzeit erleben, sollte hier eigentlich ein sattes Plus stehen. Ich weiß es ist schwierig, aber wenn nicht in guten Zeiten, wann dann. Stattdessen haben wir halt wie gesagt diese Schulden bzw. Darlehensaufnahme, die ja auch für die Projekte notwendig ist, je nach Rechenart zwischen € 1,5 und € 2 Millionen mehr, praktisch Schulden, die wir heuer berappen und somit steigt der Gesamtschuldenstand der Stadt auf € 68 Millionen Schulden. Aber da sind die ausgelagerten Betriebe noch gar nicht mitgerechnet. Wir haben auch eine Rücklagenentnahme von € 1,4 Millionen in diesem Budget wahrgenommen. Ich möchte aber auch die positiven Sachen erwähnen. Was sich auf das Budget positiv, auch auf das Sozialbudget auswirkt, ist die Mindestsicherung, sowie die Erhöhung im Pflegefonds von € 274.000,--, die uns mehr zur Verfügung stehen. Und das ist eine Steigerung von 11,42 % gegenüber dem Vorjahr und beträgt fast € 2,68 Millionen. Interessant ist auch noch der Pflegeregress, wo die alte Bundesregierung € 100 Millionen bereitgestellt hat. Und wir haben ja damals schon gewusst, dass diese € 100 Millionen nicht reichen werden. Da hat jetzt die jetzige Bundesregierung diesen Pflegeregress um € 240 Millionen aufgestockt und somit stehen österreichweit € 340 Millionen zur Verfügung. Das sehen wir als sehr positiv. Für uns ist es natürlich verwunderlich, warum die SPÖ auf Bundesebene dieser Aufstockung nicht zugestimmt hat, aber wir freuen uns trotzdem darüber. Positiv, und da komme ich schon eigentlich ins Kapitel wirkt sich auch unsere schlanke Verwaltung der Stadt aus und auch hier haben wir im Gegensatz zu vielen anderen Gemeinden schon sehr früh unsere Hausaufgaben gemacht. Man kann es immer wieder nur erwähnen, wir haben schon vor Jahren begonnen unser Budget zu sanieren. Wir haben 2 mal 10%-Jahre eingeführt, wo alle, quer durch die Bank, alle minus 10 %, alle Teilbereiche streichen haben müssen. Wir haben beispielsweise auch das Versicherungswesen durchgekaut, wo wesentliche Einsparungen drinnen waren und das kommt uns jetzt zugute. Ebenso zugute kommt uns, wie schon angesprochen, die positive Zinslage, die ja unserem Schuldendienst entgegen kommt. Wir haben auch Gewinnentnahmen in diesem Budget der Stadtbetriebe, ich glaube € 1,1 Millionen haben wir den Stadtbetrieben entnommen, die das Budget auffetten, sowie Veräußerung von Vermögen der Stadt Steyr, die € 718.600,-- brachten. Aber wie schon angesprochen, das Meiste in unserem Stadtbudget spielt eigentlich die Ertragsanteile des Bundes, die haben sich von € 45,5 Millionen auf € 47,2 Millionen erhöht und das ist eine Steigerung von 3,61 % gegenüber dem Voranschlag 2018 und ist sehr positiv. Auch die gute Wirtschaftslage, wir haben es ja eh schon gehört, hat sich sehr positiv ausgewirkt und zwar auf die Kommunalsteuer, die von € 27 Millionen Voranschlag 2018 auf € 28,6 Millionen 2019 budgetiert ist und ein Plus von 5,56 % aufweist, sehr positive Zahlen. Es gibt natürlich auch eine unerfreuliche Finanzentwicklung und das sind die Transferzahlungen, die wir genauso mittragen, bzw. wir sehen, dass die zu Lasten der Stadt gehen. Und diese € 18,5 Millionen im Delta, die sind wirklich schmerzhaft und ich hoffe es gibt wirklich einmal eine Lösung. Weil es trifft in Wahrheit alle Gemeinden und vor allem die Städte Linz, Wels, Steyr werden wirklich ganz stark belastet. Aber wofür stehen eigentlich diese Landestransferzahlungen? Wenn man es sich genau anschaut sieht man, dass z.B. die Chancengleichheit ist ein Teil davon, die ist gefallen von € 2,24 Millionen vom Vorjahr auf € 1,71 Millionen 2019. Sonstige sind von € 22,81 Millionen auf € 23,05 Millionen gestiegen und die Landesumlage ist von € 4,72 Millionen auf € 4,91 Millionen 2019 gestiegen. Und der Krankenanstaltenbeitrag, wie schon angeführt, der ist von € 10,89 Millionen auf € 11,43 Millionen 2019 gestiegen. Das ist eine sehr bedauerliche Entwicklung, aber ich habe mir auch Überlegungen gemacht, kann es nicht auch sein, dass der Krankenanstaltenbeitrag deswegen steigt und ständig steigt, weil es immer mehr Menschen gibt, die die Leistungen des Gesundheitswesens in Anspruch nehmen und keine Leistungen dafür bezahlen. Möglicherweise kann ja die E-Card „Neu“ mit Foto darauf eine Verbesserung herbeiführen. Wo wir immer Kritik äußern ist der Sozialbereich, nicht deswegen, weil wir die Altenheime oder dergleichen nicht mehr finanzieren wollen, ganz im Gegenteil, aber der Großteil oder 37 % des gesamten Stadtbudgets geht in den Sozialbereich. Und wir haben ja heute schon gesehen, es ist ja möglich, Kalkulationen darüber zu legen. Wasser, Kanal, haben wir es überall geschafft, ob es nicht auch möglich wäre, hier im Sozialbereich ein Controlling darüber zu ziehen, dass man einmal genauer die Möglichkeit hat, ob es hier nicht kostengünstigere Möglichkeiten gibt. Die Projekte sind auch schon angesprochen worden, das erspare ich ihnen jetzt, möchte aber sagen, weil wirklich viele Projekte in dieser Funktionsperiode anste-

hen. Investitionen sind zwar gut und auch schön herzuzeigen, aber es muss auch an die Jahre gedacht werden, wo die jetzigen Entscheidungsträger nicht mehr in Amt und Würden sind und ich verwende oder vermeide das Wort zukunftsfit. Ich möchte mich an eine Bauernweisheit halten, der Hof sollte so übergeben werden, in einem Zustand, dass auch die nächste Generation eine Chance hat. Aber alles in allem ist leider kein Ergebnis zu sehen zum Jubeln was dieses Budget betrifft, aber es ist auch kein Plus davor. Aber in Anbetracht der vielen Projekte die wir abhandeln, ist es ein akzeptables Budget, was auch unsere Zustimmung finden wird. Aber, das möchte ich schon dazu sagen, es ist unumgänglich, dass wir weitere Verbesserungen an der Finanzlage arbeiten und das sehen wir als Auftrag.

Ich möchte gleich anschließend meinen Beitrag für meine Gruppe, also die Gruppe 6, wo der Bau inkludiert ist, machen, weil da sind viele Sachen, die schon angesprochen wurden. Möchte aber schon dazu sagen, dass Maßnahmen im Baubereich ein Teil der Infrastruktur sind und Infrastruktur ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit. Straßen, Radwege, Beleuchtungen usw. sind Bestandteil einer funktionierenden Stadt. Es werden auch sehr viele Wünsche von der Bevölkerung, gerade was Straßenausbesserungen oder Neuasphaltierungen betrifft, an uns alle herangetragen, das weiß ich, und hier ist es höchst notwendig und bräuchte es wesentlich mehr Mittel, dass wir das bewerkstelligen können. Weil die Warteliste wo die Straßenzüge darauf sind, die wird wirklich jedes Jahr länger und ich habe keine Ahnung, wie wir das sonst jemals bewerkstelligen sollen. Brücken sind ein wichtiger Teil der Infrastruktur, auch deren Wartung ist extrem teuer, wissen wir, aber auch extrem wichtig. Vorfälle wie in Italien haben uns ja gezeigt, dass es gut ist, dass wir hier Geld investieren. Der Hochwasserschutz, die letzte Etappe im Wehrgraben, ein wichtiges Bauwerk, das noch unbedingt umgesetzt werden muss. Aber es gibt ein zweites Projekt, Hochwasserschutz Teufelsbach. Ich weiß, es ist auf Garstner Gemeindegebiet, aber das Einzugsgebiet das geschützt wird ist zu 83 % auf Steyrer Stadtgebiet und wäre ebenso ein wichtiges Projekt, das umgesetzt werden sollte, weil die Fördermittel möglicherweise demnächst mal verfallen können. Denkmalschutz, Denkmalpflege, ich bin der Meinung, dass jede Investition in den Denkmalschutz oder die Denkmalpflege eine Investition in die Zukunft ist. Nicht nur dass wir für unseren Touristen eine schöne Stadt herzeigen können, sondern auch, ich sehe es als Verpflichtung und als Aufgabe, unser kulturelles Erbe zu schützen und zu erhalten.

Im Kanalbereich, der Kanalbereich und der Kanalneubau geht ja einher mit der Aufschließung von Stadtteilen oder Neubauten und ist somit eigentlich unumgänglich und kann nicht verschoben oder hintangehalten werden. Ebenso ist die Kanalwartung eine Gegebenheit die erledigt werden muss, nicht nur um die Gesundheit der Menschen zu schützen, sondern auch die Natur zu schützen. Man muss auch sagen, dass gerade der Kanalbau einer der wenigen Bereiche ist, der sich selbst finanziert und sogar, wie wir heute schon gehört haben, Gewinne abwirft und somit ist dieser Bereich nicht als Belastung, sondern eigentlich positiv zu sehen. Danke.

VIZEBÜRGEREMISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön, nächster am Wort ist der Kollege Mayrhofer, bitteschön. In Vorbereitung der Kollege Pichler, ach so, der ist gar nicht da momentan....*unverständlich*...ah der bereitet sich gerade vor, okay.

STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:

Ja meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beschließen heute ein Budget und sie haben es ja im gemeinsamen Abänderungsantrag mitbekommen, gemeinsam ein Budget von € 155 Millionen. Wenn der Kollege Bremm noch da wäre würde er sagen, im wirklichen Geld sind das 2,1 Milliarden Schillinge. Eine unvorstellbare Summe, weil ich kann mich noch erinnern, dass wir gesprochen haben von 1 Milliarde die wir erreichen, in Schillingen. Und natürlich würde das vielleicht verleiten, dass man sagt, Weihnachten kommt nahe, ein Wunschkonzert und ein jeder möchte dies oder jenes. Das ist aber nicht passiert, weil wir uns immer noch an die gemeinsame Abmachung halten, dass wir versuchen, die Verwaltung so schlank wie möglich zu halten. Um uns Dinge leisten zu können, wo wir der Meinung sind, die brau-

chen wir, die brauchen wir für unsere Bürger und für unsere Stadt. Und so sind natürlich, wenn ich die einzelnen Ressorts betrachte, natürlich Wünsche offen, überhaupt keine Frage. Aber ich darf mich hier auch meinem Vorredner anschließen, das Entscheidende ist natürlich, wir möchten unser Haus so übergeben, dass der Nächste auch noch einen Spielraum hat und mit einem Budget wie es heute hier beschlossen werden soll, ist dies mit Sicherheit auch möglich. Und es sind natürlich schon sehr viele langgehegte Wünsche hier kurz vor der Realisation, da darf ich nur auf die Aufstiegshilfe denken, die wir schon glaube ich vor 20 Jahren oder sollte es länger aus sein, schon diskutiert haben. Oder, um bei meinem Ressort zu bleiben, wenn wir sprechen, dass im Bereich Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft insgesamt € 20 Millionen ausgegeben werden. Und dann sind da keine Personalkosten, sondern hier sind wirkliche Investments, Erhaltungen notwendig. Natürlich hat es einen gewissen Investitionsstau gegeben, aber den versuchen wir peu à peu wirklich abzuarbeiten. Und für Kunst und Kultur, der Herr Bürgermeister wird ein wenig schmunzeln, wenn ich ihm sage, natürlich habe ich noch Wünsche offen, überhaupt keine Frage. Aber wir sprechen hier von € 6 Millionen für Kunst und Kultur, die schon in Vorbereitung natürlich für die Landesausstellung, wo wir uns erwarten, dass das wirkliche Impulse für die gesamte Wirtschaft der Stadt und für die Bevölkerung haben wird, ausgeben. Und das sind Investitionen über die wir auch schon sehr lange diskutiert haben und wenn ich das Avisierte, öffentliche Toilettenanlage z.B. hernehme, die wir wirklich dringend brauchen und die wir auch rechtzeitig vor der Landesausstellung fertigstellen werden können. Dann glaube ich, können wir, wirklich mit diesem Budget sehr zufrieden sein. Glücklich oder jubelnd wie der Kollege Zöttl gesagt hat, ich glaube das ist auch nicht unsere Aufgabe. Weil wenn jemand jubelt, dann heißt es eigentlich, dass er übermäßig etwas bekommen hat und ich glaube, das kann keiner der Referenten hier im Raum sagen, dass er in seinem Ressort übermäßig etwas bekommen hat. Aber, wir können damit, glaube ich, eine gute Arbeit leisten und das wünschen wir uns natürlich auch für das nächste Jahr. Und ich freue mich auf die nun noch kommende Diskussion und den Beschluss des Budgets.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön, Kollege Pichler bitte. In Vorbereitung die Frau Kollegin Lindinger.

GEMEINDERAT UWE PICHLER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen vom Gemeinderat, liebe Vertreter der Medien, werte Zuhörer. Im Sinne der vom Vizebürgermeister Dr. Zöttl angesprochene Transparenz darf ich ein paar Worte über das Kulturbudget verlieren. Um gleich einmal prophylaktisch dem Argument vorzubeugen, dass wir von der Freiheitlichen Fraktion heuer wieder oder generell gegen Kunst und Kultur sind in dieser Stadt, dass wir ja von der Freiheitlichen Fraktion wieder einmal Vereine gegeneinander ausspielen würden, beziehe ich mich am Anfang meiner Wortmeldung gleich einmal auf die Diskussion im letztjährigen Budgetgemeinderat. Denn vor fast genau einem Jahr liebe Michaela Frech, du wirst es sicherlich noch sehr gut in Erinnerung haben, haben wir darüber gesprochen, dass wir uns einig sind, dass das Kulturbudget im Verhältnis zum Gesamtbudget durchaus erhöht werden sollte.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Richtig.

GEMEINDERAT UWE PICHLER:

Sehr gut. Denn Kultur darf, Kultur muss auch etwas kosten. Ich gehe davon aus und das habe ich jetzt gemerkt auch beim Herrn Stadtrat Mayrhofer, dass wir in dieser Frage auch heuer noch d'accord sind. Fakt ist jedoch, dass das auch heuer wieder nur ein frommer Wunsch war oder ist, das Kulturbudget ist nicht sehr erhöht worden, zumindest nicht im Ordentlichen Haushalt. Und dass das auch nicht erfreulich ist, da sind wir sicherlich auch einer Meinung. Jetzt kommen wir aber dazu, wo wir sicherlich nicht einer Meinung sein werden und wo wir von der Freiheitlichen Fraktion alle Jahre wieder nicht müde werden, darauf hinzuweisen. Ja liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann und will es ihnen auch heuer nicht

ersparen. Denn auch hier geht es um eine Verhältnismäßigkeit und zwar eine Verhältnismäßigkeit innerhalb des Kulturbudgets. Genauer gesagt im Bereich der Subventionen und Förderungen im kulturellen Bereich. Da kommen wir nicht hinweg, dass wir das Jahr für Jahr auf das Neue ansprechen. Auf das Neue erleben wir heuer im Kulturbudget wiederum eine ungerechte Verteilung der Subventionen und Förderungen durch die Stadt Steyr. Ich will gar nicht davon sprechen, dass das Museum Arbeitswelt auch heuer wieder oder im neuen Jahr 2019 eine Förderung in der Höhe von knapp € 180.000,-- bekommt. Ich will gar nicht davon sprechen, dass das Röda auch wieder im Jahr 2019 eine Förderung von knapp € 45.000,-- bekommt. Ich will lieber davon sprechen, dass viel zu viele Vereine, die so Tolles leisten, mit einem großen und bewundernswerten Aufwand an Ehrenamtlichkeit, oft nur ein paar Hunderter bekommen, ein paar Hunderter. Sogar das Musikfestival bekommt weniger an Subventionen wie die oben genannte Institution. Es ist insofern schade, denn ich und auch meine Fraktion sind durchaus der Meinung, dass in Steyr an sich eine durchaus sehr gute Kulturarbeit geleistet wird. Sowohl die Quantität aber auch die Qualität der angebotenen Kulturveranstaltungen sprechen hier eine deutliche Sprache. In den Büchereien, Museen, Theatern, im Bereich der Denkmal- und Ortsbildpflege und nicht zuletzt am Kulturamt selbst, wird hervorragende Arbeit geleistet. Das stellt niemand von uns in irgendeiner Form in Abrede. Und doch meine Damen und Herren, solange hier nicht eine Verhältnismäßigkeit endlich einmal in Ansätzen zumindest vorgelegt wird, solange wird und kann die Freiheitliche Fraktion dem Kulturbudget im Ordentlichen Haushalt nicht zustimmen. Anders gestaltet sich die Sachlage im Außerordentlichen Haushalt. Hier sehen wir die Ausgaben für die Investitionen, Stichwort, Herr Bürgermeister hat es bereits gesagt, das geplante Neugebäude für die Stadtkapelle oder auch der weitere Umbau des Heimatmuseums im Zuge der Landesausstellung 2020/2021 als durchaus notwendig und auch richtig an. Zumal auch zu erkennen ist, dass die Forderung der FPÖ im Rahmen der Landesausstellung auch auf Nachhaltigkeitskonzepte Wert zu legen, durchaus in der einen oder anderen Form bereits Gehör gefunden hat. Auch sehen wir den touristischen und wirtschaftlichen Mehrwert der Landesausstellung 2020/2021 sehr positiv. Deshalb wird die Freiheitliche Fraktion dem vorgelegten Kulturbudget im Außerordentlichen Haushalt die Zustimmung geben. Abschließend darf ich noch die Gelegenheit nutzen, mich sowohl bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss, als auch im Kulturamt unter der Federführung von Dr. Zineder für die Zusammenarbeit im zu Ende gehendem Jahr bedanken. Dr. Zineder darf ich von dieser Stelle aus für die anstehende Pensionierung im neuen Jahr alles Gute wünschen. Gleichzeitig freue ich mich auf die Zusammenarbeit mit dem designierten Kulturamtsleiter Ministerialrat Dr. Rangger und wünsche ihm für die neue Herausforderung alles Gute. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön, als nächster die Frau Kollegin Lindinger, in Vorbereitung der Kollege Freisais.

GEMEINDERÄTIN MARIA LINDINGER MAS, MSC:

Ja geschätzte Damen und Herren, wir haben das jetzt schon ein paar Mal gehört, wir haben also Abgang prognostiziert von € 1,35 Millionen für das nächste Jahr. Das ist deutlich weniger, als es für dieses Jahr prognostiziert wurde und auch im Nachtragsvoranschlag jetzt ist und daher sehe ich auch die Entwicklung diesbezüglich sehr positiv. Mit € 14 Millionen im außerordentlichen Haushalt Investitionsvolumen denke ich mir sind wir sehr, investieren wir sehr vieles, zwar etwas weniger als in diesem Jahr, aber ich denke es sind dann wirklich sehr interessante Projekte, die damit finanziert werden. Bei den Krediten sind jetzt für die überwiegende Mehrheit Eurokredite, die Schweizer Frankenkredite laufen zum Teil noch bis 2029, aber im Wesentlichen laufen sie zwischen 2025 und 2029 aus. Dann sollten wir hoffentlich dieses Kapitel, sollte es nicht zu Wechselkursen kommen, wo wir konvertieren können, abgeschlossen sein. Einen Spielraum für Investitionen verschaffen uns die Gewinne von KBS und SBS. € 5,3 Millionen Gewinnentnahmen sind also allein von Unternehmen mit marktgestimmter Tätigkeit für nächstes Jahr geplant und unser Anliegen wäre natürlich, Gewinne der SBS vermehrt auch für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs zu verwenden. Speziell eine Buslinie in das Stadtgut wäre natürlich eine vernünftige Sache. Was auch Busse anbelangt, es war eigentlich ein Vorschlag schon im Budget, für einen barrierefreien Zu-

gang zu den öffentlichen Bussen bei allen stark frequentierten Haltestellen zu sorgen. Also diese Forderung ist zumindest fürs kommende Jahr dem Sparstift zum Opfer gefallen. Was wir positiv sehen ist diese Erhöhung der Parkgebühren auf 60 Cent pro halbe Stunde, also die erste Erhöhung seit 2002, während die Bustickets ja wirklich laufend an die Inflation angepasst werden. Wir sehen das schon als ganz kleinen Schritt das Parken in der Innenstadt etwas unattraktiver zu machen und durch vermehrtes Umsteigen auf zu Fuß gehen, Radfahren, mit dem E-Bike fahren oder mit Öffis, könnte unser Stadtplatz deutlich an Attraktivität und Lebensqualität gewinnen. Stadtplatz, möchte ich gleich dabei bleiben, es sind jetzt € 1 Million für den Stadtplatz und € 200.000,-- für diese neue WC Anlage im Budget. Ich denke, dass diese Erweiterung des Fußgängerbereiches ist wirklich geglückt und ansprechend. Das hat man auch jetzt gesehen da beim, ich denke das Adventdorf ist heuer z.B. wirklich viel, viel angenehmer als es früher war und viel, ja attraktiver. Und durch manche Sperren die jetzt notwendig waren oder auch z.B. bei der Schmiedeweihnacht usw., dass die Autos nicht über den Stadtplatz durften, hat man auch gesehen, dass die Zufahrt durch die Zieglergasse am Ennskai ja durchaus möglich ist. Und mittlerweile es doch auch die meisten Autofahrer checken, dass wir da mit Gegenverkehr zu rechnen haben. Also wir Grünen werden jedenfalls bei diesen Themen nicht locker lassen und uns weiterhin für weniger Autos am Stadtplatz einsetzen. Wichtig in diesem Zusammenhang mit dem Stadtplatz ist auch das Thema Grünmarkt. Und wir hoffen ja, dass es wirklich auch dort zu einer dem neuen Stadtplatz angemessenen und auch sehr fußgängerfreundlichen Adaptierung kommen wird. Die auch behindertengerecht ist und wo man auch mit Kinderwägen gut fahren kann. Und gerade in dem ja gerade bei der Landesausstellung viele Menschen da zu erwarten sind, sollte es da eine gute Lösung geben. Auf ein paar andere Projekte möchte ich noch hinweisen, die uns besonders wichtig sind. Das eine ist das Jugendzentrum. Wir wissen seit Jahren, dass vor allem im Bahnhofsbereich, aber nicht nur dort, wir mittlerweile die problematische Szene haben und hier in Prävention zu investieren, dass vor allem jüngere Jugendliche nicht unbedingt in dieser Szene andocken, halte ich wirklich für eine sehr zukunftsorientierte Entscheidung. Wichtig wird sein, dass der Zugang wirklich niederschwellig ist und wir auch Jugendliche aus sozialen Randgruppen gewinnen können. Gerade in Zeiten von gekürzter Mindestsicherung, die ja ganz wesentlich Familien mit vielen Kindern trifft, ist es wichtig, dass es Plätze ohne Konsumzwang gibt. Wo sie in Ruhe mit Freunden und Freundinnen abhängen können und wo es halt Gesprächs- und Freizeitangebote gibt. Also ich wünsche dem Jugendzentrum wirklich einen sehr guten Start. Um bei den Jugendlichen zu bleiben, diese Investitionsprogramme, die schon angesprochen wurden, für Schulen mit Schwerpunkt WLAN-Ausstattung, Brandschutz und Behindertengerechtigkeit sind also Dinge, die wir alle wirklich für sehr vernünftig halten. € 2 Millionen werden für den Innerberger Stadl ausgegeben. Also ich halte das sehr gut, dass dieses Baujuwel auch wirklich gut erhalten wird und jetzt einfach neu adaptiert wird. Rund um die Landesausstellung hat jetzt auch ein NOI, Nation of Innovation, Projekt begonnen, was den Rahmen rundherum dann da, oder was an Rahmenhandlungen usw. oder an Rahmenveranstaltungen rundherum stattfinden soll. Und ich denke man sollte auch nicht außer Acht lassen, gerade während dieses Haus jetzt so neu adaptiert wird, welche Möglichkeiten uns das dann, außer dass es wieder ein neu adaptiertes Heimathaus wird, auch sonst noch an kulturellen Impulsen bringen kann. Was uns natürlich auch sehr freut ist die Aufstiegshilfe, das ist jetzt eh glaube ich von allen schon angesprochen worden. Ich denke, das ist wirklich eine attraktive und bequeme Verbindung zwischen Stadtplatz und Tabor, wieder ein Grund, dass man nicht mit dem Auto in die Stadt muss. Und ich hoffe, dass es auch den Geschäften in der Innenstadt durchaus von Nutzen sein wird. Jetzt muss ich natürlich auch noch ein bisschen was zur Kultur sagen. Ich denke, die Kosten- Nutzenrechnung vom MAW, das kostet uns 180.000,-- Euro im Jahr und damit kann man in Steyr eine derartige tolle Location, ich denke mir das ist gut, wenn das Spektrum, das Kulturspektrum in Steyr einfach ein Breites ist. Und ich war z.B. gestern dort und das war eine derartig tolle Veranstaltung über die Uprimnys, wo ich denke, in einem klassischen Rahmen, was wirklich schade wäre, wenn wir uns das nicht leisten würden. Und ich denke, die meisten Gelder für das MAW zahlt eh nicht die Stadt. Also € 180.000,-- denke ich, ist das auf alle Fälle wert. Ja, also zusammenfassend möchte ich sagen, dass wir überwiegend mit dem Vorschlag 2019 einverstanden sind. Es beinhaltet wirklich viele Projekte die uns sehr

am Herzen liegen, in manchen Bereichen hätten wir natürlich uns mehr oder andere Schwerpunktsetzungen gewünscht, aber dafür werden wir uns weiter einsetzen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herren, ich darf den Vorsitz übernehmen. Der Herr Vizebürgermeister hat Bauchweh, hat er gesagt, der Herr Freisais ist als nächstes am Wort, bitte. Er ist eh schon wieder da, war nicht so schlimm.....*Gelächter...*

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen. Die NEOS haben sich natürlich den Voranschlag 2019 angesehen, haben die einzelnen Teilbereiche analysiert und durchgesehen. Uns geht es weniger darum, dass wir einzelne Zahlen herausgreifen und da gustieren ob die jetzt gut oder schlecht sind. Uns geht es um die Gesamtsache, uns geht es um das Gesamtkonzept des Budgets und wie sich die einzelnen Bereiche zusammenfügen. Uns geht es um ein nachhaltiges Budget und um das zu gewährleisten, der Herr Bürgermeister hat ja schon mehrfach gesagt, er kann es nicht mehr hören, aber da ziehen wir die Kennzahlen des Zentrums für Verwaltungsforschung heran, dem anerkanntesten Institut in Österreich für Öffentliche Haushalte und bewerten dieses Budget an Hand dieser Kriterien. Also evidenzbasierendes Arbeiten ist uns da wichtig. Und das ist auch ein Vorwurf der immer wieder kommt, ihr redet jedes Jahr dasselbe, der Hintergrund ist einfach, die Probleme sind auch jedes Jahr dieselben. Das Budget und generell die Finanzsituation in Steyr ist marode aufgestellt, das zeigen die Kennzahlen ganz deutlich und das in einer Zeit wo niedrige Zinsen sind und eine extrem starke Wirtschaft. Es gelingt uns nicht, aus den positiven Rahmenbedingungen Wert zu schöpfen, die Kennzahlen entsprechend anzuheben. Wir sehen uns nicht nur die aktuellen Kennzahlen an, wir sehen uns immer so die Entwicklung der letzten Jahre an und da ist ganz deutlich ersichtlich, dass die Kennzahlen immer ungefähr auf demselben Level im Keller dahin siechen. Oder anders ausgedrückt, die Erfolgsmeldungen die uns der Herr Bürgermeister jedes Jahr präsentiert sind im Endeffekt nichts anderes als konjunkturabhängige Jo-Jo Effekte. Wenn es insgesamt besser geht, dann geht es auch Steyr besser, wenn es insgesamt nicht so gut geht, dann dümpelt Steyr dementsprechend ein. Aus meiner Sicht ist es auch ein Fehler, dass man jedes Jahr der schwarzen Null nachgiert und andere Zahlen gänzlich außer Acht lässt, vor allem wenn man die Schwarz Null mit Schulden machen und mit Rücklagen fressen einkauft. Das ist wie wenn ein Unternehmer hergeht und sich über seinen großen Umsatz definiert und dabei außer Acht lässt, dass er keinen Gewinn macht, das ist sinnlos. Und aus meiner Sicht, daher wieder einmal die Empfehlung, externe Experten einen Maßnahmenplan erstellen lassen, von außen einen Input holen, wie kann man die Struktur des Budgets verbessern, wie kann man das Pferd neu aufsatteln und dann neue Impulse hineinbringen. Dass das durchaus Sinn macht, dass man auf die Experten hört die ja angeblich im Elfenbeinturm in Wien sitzen, das zeigt eigentlich die Historie von Steyr ganz deutlich. Man hätte sich das eine oder andere Fettnäpfchen ersparen können, z.B. die Frankenkredite, da waren die Warnungen lange draußen, dass man da heraus soll aus den Krediten, hat Steyr noch nichts gemacht. Und da sind Millionen versenkt worden, eben wegen der Ignoranz gegenüber solchen Warnungen. Insgesamt ist es sehr bezeichnend, dass sich doch einige ältere Herren, wenn ich das so sagen darf, sehr über den Zustand des Hofes freuen und ich als 30 Jähriger, der mitunter auch den Hof übernehmen soll, aus meiner Sicht, ärgert sich über die Kennzahlen. ...*Allgemeine Unruhe...* Wenn es dementsprechend, ja das Sinnbild kommt nicht von mir, aber ich greife es gerne auf, weil es ja dementsprechend gut passt. Aus meiner Sicht wird zu wenig Neues gewagt, man dümpelt halt mit den anderen so vor sich hin, man sumpft dahin, man jammert über die äußeren Gegebenheiten und die alle leiden. Und man verabsäumt, dass man als Vorreiter einmal hergeht und sagt, entwickeln wir neue Wege, sind wir nicht die, die nachgehen was uns andere vorgemacht haben, sehen wir dass wir uns etwas Neues einfallen lassen. Also da fehlt mir wie gesagt einfach der entsprechende Antrieb, der Zug zum Tor. Aus meiner Sicht ist das Budget wieder einmal ein Budget der verpassten Chancen. Und dementsprechend bekommt es meine Zustimmung nicht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER: *(vom Platz aus)*  
Welch Wunder.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:  
Danke Herr Kollege Freisais. Als nächster der Herr Kollege Ritter, bitte um sein Wort. In Vorbereitung die Frau Kollegin Frech.

STADTRAT MR DR. MARIO RITTER:  
Verehrte Damen und Herren, ich als Referent für Tourismus möchte zuerst über den Punkt Wirtschaft referieren und dann gehe ich auf den Punkt Soziales und schließe dann meine Wortmeldung. Wirtschaft und Tourismus sind in Anbetracht dessen, dass wir wirklich einen guten Aufschwung in Steyr erleben, das ist in den letzten Jahren um 10 % mehr Nächtigungen und wir schon langsam an der 100.000 Marke Nächtigungen scharren, finde ich, dass sich Steyr sehr gut entwickelt hat. Und in Anbetracht auch dessen, dass wir ja demnächst auch mit der Landesausstellung zu tun haben und wir die wirklich mit offenen Armen empfangen können. Wir müssen noch sehr viel tun, wir müssen noch sehr viel investieren, glaube ich auch, dass wir mit einem Andrang von geschätzten über 300.000 Menschen rechnen können und dies auch bewältigen werden müssen. Der Tourismusverband ist sehr gut aufgestellt, er wird jetzt neu organisiert. In Zusammenarbeit natürlich auch mit dem ausgegliederten Stadtmarketing wird es eine gute Kombination geben können. Stadtmarketing, was mir ein bisschen aufstößt ist das, dass wir jetzt in dieser Gemeinderatssitzung die Kosten für das Leitsystem präsentiert bekommen haben. Obwohl wir vor ein paar Tagen in der Beiratsitzung über das Budget Stadtmarketing gesprochen haben, da hätte es vielleicht auch schon reingepasst, aber da ist es nicht gebracht worden. Eine andere Entwicklung habe ich noch, seit über 40 Jahren gibt es in Steyr oder hat es in Steyr den Praktiker-Samstag gegeben. Das ist ein internationaler Kongress gewesen, der immer im Stadtsaal stattgefunden hat und der sehr, sehr beliebt war, weil es Fortbildungspunkte gegeben hat, weil er international durch die Vortragenden gut besucht war und wirklich auch ein immer wiederkehrender Event in Steyr war. Leider muss ich sagen, hat die österreichische Gesellschaft als Veranstalter die ÖGZMK, die österreichische Gesellschaft für Zahn- und Kieferheilkunde, hat voriges Jahr oder heuer, hat heuer das letzte Mal das in Steyr veranstaltet und wir haben diese Veranstaltung leider verloren. Sie wird ab nächstem Jahr in Linz durchgeführt und wenn man sich die Gründe, und ich habe ein bisschen nachgefragt, weil ich in der ÖGZMK ein- und ausgehe. Die Gründe dafür sind nachvollziehbar, erstens einmal sind es technische Mängel in den Vortragssälen und es ist auch das Angebot das es Samstag und Sonntag, eben zu dieser Zeit dieser Veranstaltung des Kongresses, in Steyr gibt ist nicht unbedingt berauschend. Dazu gehört auch das kulinarische Angebot usw. Sind verschiedene Aspekte warum dieser Kongress abgezogen wurde. Es gibt natürlich auch jetzt diese Investition und die ist nicht einmal so teuer, die Technik wird neu gekauft usw., die ist nicht teuer. Aber leider zu spät. Man kann natürlich sagen, gut hätten wir es ausgelagert, womöglich in die Räumlichkeiten des Museum Arbeitswelt, aber das ist zu klein und außerdem glaube ich nicht, dass sich jemand dann mit der Führung oder mit dem Engagement des Museum Arbeitswelt dann auseinander setzen möchte. Und da bin ich eben jetzt bei dem zweiten Teil. Wir werden, wie schon mein Vorredner angesprochen hat, die Subvention für das Museum Arbeitswelt, Röda usw., dem negativ gegenüber stehen. Genauso wie wir auch das neue Jugendzentrum in Frage stellen, denn ich kann mir nicht vorstellen, warum gerade diese Jugendlichen, denen Arbeit und Schule ein Fremdwort ist, so unterstützt werden. Ich glaube viel mehr und da gehe ich auf Gesundheit und das Soziale über, viel mehr Unterstützung brauchen unsere Pensionisten. Die sind wirklich, wenn man sich den Pflegeschlüssel ansieht, wenn ein Pflegeschlüssel von einer Pflegerin und 8 zu Pflegenden, das ist wirklich viel bei einem Zeitaufwand von 25 Minuten pro Patient. Ist das leicht rechenbar, wie sich der Stress in den Alten- und Pflegeheimen abspielt. Und ich glaube wirklich, dass man sich eher dorthin wenden sollte, auch in Anbetracht dessen, dass wir alle irgendwann einmal dort hinkommen. Aber die Pflegerin und die Diplomierten, die dort tätig sind, das ist nicht ein einfacher Beruf. Das ist wirklich ein Beruf, bei dem stehen sie unter Dauerfeuer. Und das sind sehr viele die das angestrebte Pensionsalter nicht erreichen, es gibt wirklich sehr viele die in den Burnout ge-

hen, diese Leute sind mit dem heutigen Schlüssel wirklich überfordert. Und es kann nicht sein, dass im Sozialplan immer nur darauf hingewiesen wird, delegieren, delegieren. Nein ich glaube da muss man auch wirklich Geld in die Hand, um den Fortbestand, einen sicheren Fortbestand unserer Altenpflege sichern zu können. Das wären meine abschließenden Worte dafür, vielen Dank.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Frau Kollegin Frech bitte als Nächste, im Anschluss, in Vorbereitung die Frau Kollegin Greinöcker.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Zum Thema Kultur muss ich mich natürlich zu Wort melden, vor allem im Zusammenhang mit dem was der Kollege Pichler gesagt hat. Bekanntermaßen schlägt mein Herz sehr stark für die Kultur, das weißt du. Es ist halt nur so, als Kulturausschussvorsitzende habe ich zwar einen Titel, aber keine Mittel. Die Mittel, die hat der Herr Referent aber auch der hat beschränkte Mittel, also Kulturreferent, gibt es auch noch einen Finanzreferenten. Und dann gibt es natürlich noch den gesamten Gemeinderat, der dann Budgets bestimmt, wie heute. Und ich würde mir ja herzlichst wünschen seit Jahrzehnten, dass das Kulturbudget im Ordentlichen Haushalt aufgestockt wird. Das ist halt, wie wir wissen, realpolitisch leider schwer möglich. Wir haben sehr viele Positionen, die kennt jeder hier im Hause, die uns einfach binden, im Sozialbereich, Jugendwohlfahrt ist angesprochen worden, wir können da nicht umschichten. Das was mir sicherlich sehr weh tut in der Seele ist, dass nicht nur das Kulturbudget in Summe relativ gering ist im Vergleich zu anderen Positionen, gerade wenn wir den Ordentlichen Haushalt hernehmen, sondern auch, es mag ja ganz gut klingen, wenn man in Summe, es sind eh nicht einmal € 3 Millionen für die Kultur im Ordentlichen Haushalt, Netto sind es dann € 2,5 Millionen wenn man die Einnahmen abgezogen hat. Wir reden hier noch von € 2,5 Millionen. Das mag für den einen oder anderen schon noch viel klingen, im Vergleich zu anderen Positionen ist es das nicht. Es gibt nur mehr 2 Gruppen wo es weniger ist, das ist die Wirtschaftsförderung, Gott sei Dank, weil wir haben sehr viele Unternehmen die florieren, die wir nicht unterstützen müssen. Und das andere ist öffentliche Ordnung und Sicherheit, ja das ist ja nicht unser Hauptthema als Stadt, das sind andere.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Und der Sport.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Und der Sport, ja.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Auch sehr bescheiden.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Da können wir jetzt darüber diskutieren. Weil der Punkt ist der, dass natürlich ein Großteil der Ausgaben die im Bereich Kultur angesiedelt sind hier nicht für die Vereine, die Ausgaben nicht für die Vereine letztlich fließen, sondern das einfach Ausgaben sind im Bereich Personalkosten, Erhaltung von Infrastruktur, Materialien etc.. Und jeder von ihnen hat diesen Vorschlag ja vor sich liegen und wenn sie dann irgendwann einmal einen Blick werfen auf der Seite 108 – 119, dann sehen sie, wenn sie alle laufenden Transferzahlungen an private Organisationen ohne Erwerbscharakter betrachten. Das sind dann diese Subventionen, dass das wirklich ganz, ganz wenig ist im Vergleich. Allerdings liebe Kolleginnen und Kollegen der Freiheitlichen Fraktion, wir lösen das Problem nicht indem man anderen weniger gibt, sondern wenn wir alle gemeinsam und da würde ich mich sehr freuen, wenn es da auch eine Unterstützung gäbe der Freiheitlichen Fraktion oder aller Fraktionen, das Kulturbudget generell aufzustocken, nämlich genau für die Vereine. Aber es kann nicht so sein, dass ich von anderen etwas wegnehme und vor allem muss ich differenzieren. Es ist gesagt worden, da

gibt es einfach so ein Ungleichgewicht, ja das stimmt, aber es hat natürlich einen Hintergrund. Es macht einen Unterschied ob ein Verein auch Personal anstellen muss, weil er einfach schon so viel an Arbeitsleistung erbringt, dass das ehrenamtlich nicht mehr möglich ist und damit Personalkosten hat. Was andere kleinere Vereine nicht haben, weil dort alles ehrenamtlich passiert, heißt nicht dass das eine besser ist und das andere schlechter ist. Es ist einfach eine Notwendigkeit, das Röda kann man nicht mehr betreiben mit Ehrenamt. Das MAW kann man nicht mehr betreiben rein mit Ehrenamt, das AKKU kann man nicht mehr betreiben, rein mit Ehrenamt, das geht schlichtweg nicht. Und in dem Moment wo ich Personalkosten habe, weiß das jeder von uns, schnellen die Kosten in die Höhe. Und das nächste ist natürlich, wenn ich ein Haus zu betreiben habe oder Infrastruktur zu erhalten habe, wo es in kleineren Vereinen im Regelfall nicht der Fall ist. Also ich würde mir wünschen, dass es generell zu einem Mehr an finanziellen Mitteln für alle Vereine kommt. Vor allem, wenn diese Vereinstätigkeit eine ist, die wir kulturell wahrscheinlich mehr oder weniger zusperren könnten. Wenn man sich ansieht was ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Vereinen, egal ob im Kulturbereich oder Sozialbereich, jetzt bin ich beim Kulturbereich, leisten, was die alles machen. Wenn ich mir ansehe, die Tätigkeit auch im Stadtkulturbeirat die ehrenamtlich erfolgt. Wie viele Initiativen gesetzt werden. Und jeder von uns, wenn er ein bisschen schaut auf die Homepage oder was er an Einladungen herein bekommt, es gibt ein extrem vielfältiges Leben in dieser Stadt im kulturellen Bereich. Viel mehr als andere Städte in dieser Größenordnung. Was ich leider sehr bedaure ist, dass es nicht mehr angenommen wird. Ich würde mir wünschen, dass auch viel mehr Steyrerinnen und Steyrer dieses rege Kulturleben oder an diesem regen Kulturleben teilnehmen würden. Wir haben ganz tolle Veranstaltungen die einzigartig sind, sogar einzigartig in Österreich sind. Aber wie gesagt, die Hoffnung stirbt zuletzt, dass sich das auch einmal ändert. Aber wir haben dieses kulturelle Leben nur, weil wir die Vereine haben. Und gerade auch im Sinne von Anerkennung und Wertschätzung der Tätigkeit, sollte man natürlich in der Lage sein mehr, auch wie du richtig gesagt hast Uwe Pichler, ein paar Hundert Euro einem Verein abzugeben. Nur die Lösung wie gesagt kann nicht sein, dass man jetzt dagegen stimmt, weil würden jetzt z.B. alle heute in diesem Punkt Kultur, Gruppe 3, Ordentlicher Haushalt dagegen stimmen, dann könnten wir gar nichts mehr machen. Weil dann wäre der Budgetposten für die Kultur im Ordentlichen Haushalt nicht beschlossen. Dann hätten wir gar nichts und das kann niemandes Sinne sein. Ich denke und das wäre ein bisschen ein Appell an jeden herinnen, ich glaube nicht dass es so einfach sein wird mehr finanzielle Mittel für die Kultur noch zu bekommen. Vor allem für den Hintergrund, dass jetzt auch viel in den außerordentlich Haushalt gehen wird bzw. im Zusammenhang auch mit der Landesausstellung ohnedies genug anfallen wird. Aber ich denke wir sind alle gemeinsam aufgerufen vielleicht neue Wege zu finden wie man Kultur finanzieren kann. Wie man z.B. auch Unternehmen, Privatpersonen einbinden kann seitens der Stadt, dass es so etwas gibt wie man früher das Mäzenatentum gezeichnet hat, das es Mentoren gibt, es gibt ohnedies größere Firmen die etwas dazu beitragen. Aber dass man sich wirklich überlegt, was für neue Wege könnte man gehen. Das halte ich für einen Ansatzpunkt und da würde ich mich auch freuen im Kulturausschuss über eine rege Beteiligung hier Ideen einzubringen. Was man wirklich machen kann, was umsetzbar ist und zum Anregen denke ich, sehe ich jetzt auch die Chance, so sehr ich die Tätigkeit des Dr. Zineder geschätzt habe. Aber ich sehe die Chance, wenn jetzt wieder neuer Wind hereinkommt mit einer neuen Leitung, dass man auch einmal wieder die Aufgaben des Kulturamtes vielleicht neu definiert oder überlegt. Noch mehr eine Servicestelle zu sein, in Richtung Kulturmanagement, Unterstützung der Vereine bei ihren Aktivitäten. Da passiert schon sehr viel, ist keine Kritik, überhaupt nicht, aber mehr darf man sich ja immer noch wünschen, das ist ja nicht verboten. Und die Kultur mehr zu fördern ist aus meiner Sicht auch etwas was zu tun hat mit Tourismus. Je mehr Kulturprogramm wir haben, je mehr Vereinsleben wir haben, desto interessanter auch für den Tourismus und letztlich auch für die Wirtschaft. Also insofern würde ich mich freuen über die Unterstützung jedes einzelnen von ihnen in Zusammenhang mit Kultur. Neue Wege in der Finanzierung der Kultur abseits der Stadtfinanzen vielleicht zu finden und auch die Wertschätzung gegenüber den Vereinen mehr zu leben. Vielleicht auch dadurch, dass man ihre Veranstaltungen mehr besucht, mehr bewirkt im Freundes- und Bekanntenkreis etc.. Und ich möchte mich an dieser Stelle auch recht herzlich

bedanken für die immer sehr konstruktive Zusammenarbeit mit allen Mitgliedern im Kultur-  
ausschuss, das funktioniert wunderbar. Das freut mich sehr und ich bedanke mich auch an  
dieser Stelle bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kulturamtes und auch bei dessen  
Leiter Dr. Zineder.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön und als nächster die Frau Kollegin Greinöcker, in Vorbereitung der Kollege  
Gemeinderat Wolfgang Zöttl.

GEMEINDERÄTIN MICHAELA GREINÖCKER:

Wertes Präsidium, werte Gäste, liebe Kollegen. Das Kernstück einer guten Politik ist das  
Budget. Und ein gutes Budget sollte diese 3 Eigenschaften vorweisen: sparsam, zukunftsori-  
entiert und es sollte natürlich halten. Ich denke wir sind auf dem richtigen Weg, denn ein  
Budget zu erstellen heißt Zukunft gestalten. Als sichere Zukunft für die man halt ein bisschen  
mehr Geld in die Hand nehmen muss, als was man Einnahmen macht, aber alles für die  
Sicherheit unserer Bürger. Mit der Sicherheitskonferenz die 2 Mal im Jahr stattfindet, geht  
der Weg in eine sichere Zukunft voran. Unsere Videoüberwachungen in der Pfarrgasse ge-  
ben unseren Bürgern ein besseres Sicherheitsgefühl und man merkt auch schon, dass da  
die ganzen Komplikationen, glaube ich, ein bisschen zurückgegangen sind. Hat vielleicht  
auch damit zu tun, dass das Lokal auch zugesperrt worden ist und an einigen Plätzen wären  
natürlich weitere Kameras von großem Vorteil. An dieser Stelle möchten wir den Steyrer  
Polizistinnen und Polizisten unseren besonderen Dank aussprechen, die durch ihr umsichti-  
ges Vorgehen einen wesentlichen Beitrag zu unser aller Sicherheit geleistet haben. Mit  
Wohlwollen denke ich dabei an den Aufgabenbereich der jetzigen Regierung, denn diese  
nimmt den derzeitigen Personalmangel bei der Exekutive auf und wird sicher in der nächsten  
Zeit zusätzliche Ausbildungsstellen für junge Polizisten einrichten. Der derzeitige Personal-  
mangel wird durch das Regierungsprogramm und unseren Herrn Innenminister Kickl hoffent-  
lich in kürzester Zeit behoben werden. Damit sich alle Bürger von Steyr auf unseren Straßen  
und in ihrem Zuhause wieder sicher fühlen können. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön, Kollege Zöttl bitte sehr, in Vorbereitung Kollegin Kattnigg.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG ZÖTTL, BED:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ich möchte ihnen  
noch einmal zu den Einnahmen und Ausgaben im Kostenvoranschlag für 2019 im Bereich  
der Gruppe 2 für Unterricht, Erziehung und Wissenschaft ein paar Aussagen tätigen. Vorab  
einmal wie der Herr Bürgermeister schon gesagt hat und die Vorredner, der Herr Mayrhofer  
schon gesagt hat. es sind sehr viele Ausgaben getätigt worden, man sieht jetzt im Voran-  
schlag 2019, dass wir um € 130.000,-- weniger bekommen als im Vorjahr und damit nur mit  
Einnahmen von € 4,6 Millionen rechnen können. Dem gegenüber haben wir € 17,4 Millionen  
Ausgaben und wiederum weniger zum Vergleich im Vorjahr von € 722.000,--. Das bedeutet  
im Prinzip für Steyr, dass wir mehr Ausgaben rein vom Vergleich zum Vorjahr von €  
850.000,-- haben. Eine Gesamtbelastung für die Stadt Steyr nur aufgrund dieser Ein- und  
Ausgabenrechnung von gerundet € 12,8 Millionen. Ich möchte dann noch einmal betonen,  
trotz der hohen Kosten die Steyr zu tragen hat, dass die FPÖ-Fraktion jede Investition und  
Modernisierung in unseren Schulen, egal ob das Brandschutz war, behindertengerechte  
Aufgänge, Schallschutz, Sporthallenerneuerungen, WLAN wie es schon erwähnt worden ist,  
wir haben überall zugestimmt. Und somit wird das auch deutlich, dass die Aus- und Weiter-  
bildung der FPÖ sehr am Herzen liegt. Aus diesem Grund möchte ich auch hier ein anderes  
Thema ansprechen, was dazu passt, welches, vermute ich, gewisse anwesende Personen  
hier herinnen nicht erfreuen wird. Man sieht in Steyr wird sehr viel Geld ausgegeben, inves-  
tiert. Demnach wäre es doch ein leichteres bzw. auch ein kostengünstigeres, die Verwen-  
dung der deutschen Sprache in österreichischen Schulen verpflichtend vorauszusetzen. Alle  
diese Maßnahmen würden ein wichtiger Beitrag für eine bessere Integration und Leistungs-  
bereitschaft beitragen. Darum gibt es auch von der FPÖ die Petition, vielleicht ist die Wort-

wahl nicht richtig getroffen, aus meiner Sicht auch nicht, Deutsch am Pausenhof. Wie der Herr Gemeinderat Herr Prack schon gesagt hat, es ist schwierig zu überprüfen, dass Deutsch am Pausenhof gesprochen wird. Ich bin selber Lehrer, ich stehe dazu, es ist schwierig. Aber es geht generell um eine gesetzliche Grundlage, dass man das einfordert, verpflichtend Deutsch in den Unterricht zu bringen und überall in den Schulen und öffentlichen Gebäuden Deutsch zu sprechen. Wenn man sich das so ansieht vom Landesschulrat Oö., die Daten, hatten im Schuljahr 2009/2010 nur 19 % der Pflichtschüler in Oberösterreich nicht Deutsch als Muttersprache und das sind in den letzten 10 Jahren bereits 28 %, man sieht die Tendenz ist steigend. Weiteres möchte ich noch sagen, wie auch in den Ausschüssen und auch letztes Jahr an dieser Stelle, sehe ich immer noch den Bedarf, dass wir die Whiteboards, sind elektronische Tafeln, sozusagen in unsere Klassen implementieren, um da den Zug nicht zu verpassen. Das habe ich schon öfters betont. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön für die Wortmeldung. Als nächster die Frau Kollegin Kattnigg, in Vorbereitung Kollege Schodermayr.

GEMEINDERÄTIN EVELYN KATTNIGG, BA (FH):

Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren. Ich spreche jetzt zur Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft. Und zwar zu den besonderen Themen Kinderbetreuung. Dieses Thema ist ja mehrfach schon in den Gemeinderatssitzungen diskutiert worden und darum möchte ich das hiermit noch einmal ansprechen. Kindergärten sind heute mehr als nur Betreuungseinrichtungen, das wissen wir alle. Der Kindergarten ist die erste Bildungseinrichtung die Kinder besuchen. Denn hervorragende Bildung sollte bereits im Kindergarten beginnen. Deshalb ist es auch unsere Aufgabe sicher zu stellen, dass dieses Bildungssystem auch in Zukunft fit bleibt. Und das ist auch mir ein besonderes Anliegen, weil es auch immer wieder im Landtag viel diskutiert wird. Für die Stadt Steyr ergibt sich, was das Budget betrifft im Voranschlag 2019, in Summe ein Saldo von € - 5.538.700,-- beim Voranschlag 2019 für die Kinderbetreuung, also in Summe die Kindergärten und die Horte. Ich muss leider jetzt ein bisschen auf das Land Oö. replizieren um meine Inhalte besser zu veranschaulichen. Das Land Oö. hat sich auch bewusst dazu entschlossen keine neuen Schulden mehr zu machen. Wir alle tragen Verantwortung für die nächste Generation und diese Verantwortung muss auch natürlich von uns hier im Gemeinderat in Steyr getragen werden. Gerade jetzt wo die wirtschaftliche Lage gut ist und die Konjunktur anzieht, ist es richtig und wichtig diese notwendigen Schritte zu gehen. Die Einführung der Kindergartengebühr für die Nachmittagsbetreuung im Februar 2018 hat in der SPÖ und auch bei den Grünen für große Aufregung gesorgt und auch jetzt wieder in der Landtagssitzung. Manchmal hatte ich das Gefühl, dass es ihr Lieblingsthema war, muss ich ehrlich sagen. Es wurde so richtig polarisiert. Ich glaube die SPÖ und die Grünen können bis heute nicht zwischen Steuern und Gebühren unterscheiden. Das haben wir auch heute bei einem anderen Thema schon andiskutiert. Sie reden immer noch, besonders im Landtag, von Kindergartenstrafsteuer. Das ist keine Strafsteuer! Das Evaluierungsergebnis in OÖ ergab, dass die Kinderbetreuung am Nachmittag in 96,2 % der Gemeinden gleich geblieben ist. Nur 11,4 % der Kinder wurden aus unterschiedlichsten Gründen von dieser abgemeldet. Aus mir unerklärlichen Gründen und ich habe das wirklich im Detail bei der LH-Stv. Haberlander hinterfragt, gab es in Steyr größere Abmeldungszahlen, einen Rückgang von rund 40 %. Es ist für mich sehr eigenartig, was ist wohl der Hintergrund dafür? Ich kann mir nicht vorstellen, dass in einer Stadt...*hören sie mir zu...*dass in einer Stadt, wo das Lohn/Gehaltsniveau sehr hoch ist, dieser geringe Betrag für die Nachmittagsbetreuung nicht leistbar ist. Gestaffelt nach Einkommen werden € 42,-- bis maximal € 110,-- pro Monat eingehoben. Sehr geehrte Damen und Herren der SPÖ und der Grünen, wie schon öfter erwähnt, es wurden bis 2009 immer Gebühren für die Kinderbetreuung eingehoben. Alle anderen Bundesländer, mit Ausnahme von Wien, heben Gebühren ein. Sogar Kärnten und das Burgenland die von sozialdemokratischen Landeshauptläuten geführt sind, heben Gebühren ein, die wesentlich höher sind. Also da verstehe ich einfach nicht, warum da so heiß diskutiert wird um das Thema. Dem Land Oö. ist eine bedarfsge-

rechte flächendeckende Kinderbetreuung sehr, sehr wichtig. Es werden für das kommende Jahr in Oberösterreich € 247,5 Millionen in die Hand genommen. Das sind um € 8,9 Millionen mehr als im Vorjahr und eine Verdreifachung der letzten 10 Jahre. Und ich denke, diese Zahl muss auch einmal in Steyr gehört werden, weil es wird immer nur von der Situation in Steyr diskutiert. Aber es ist auch wichtig, dass das der Bürger einmal hört....

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL: (vom Platz aus)

Nein.

GEMEINDERÄTIN EVELYN KATTNIGG, BA (FH):

...wie die Summe aussieht. Es gibt im Vergleich zum Vorjahr 56 Krabbelstuben mehr in Oberösterreich, damit werden 320 Krabbelstuben mit über 5.500 Kindern betreut. Im Kindergarten....ist egal, aber das muss man genauso einmal hören... es wird auch mit dem Geld auch wieder etwas gemacht, was wir einnehmen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL: (vom Platz aus)

Ja, ja .

GEMEINDERÄTIN EVELYN KATTNIGG, BA (FH):

Es werden neue Kindergärten geschaffen und das darf man nicht vergessen in der ganzen Situation. ...*unverständliche Zwischenrufe*...Im Kindergarten sind es um 39 ...lassen sie mich bitte ausreden, 39 Gruppen mehr als im Vorjahr, das zeigt, dass wir beim Ausbau der Kinderbetreuung auf dem richtigen Weg sind und auch die Verantwortung übernehmen. Weiteres wird verstärkt auch der Ausbau von Betriebskindergärten forciert und da schauen wir auch in Steyr auch darauf. Sie wissen ganz genau, dass auch in Steyr, ich nehme nur meine Firma her, ein Betriebskindergarten wenigstens in der Sommerpause für die Familien besteht. Und der wird sehr intensiv angenommen. Grundsätzlich soll auch die Kinderbetreuung durch die Tagesmütter forciert werden und weiter ausgebaut werden. Denn vor allem für die unter 3-jährigen ist eine familienähnliche Betreuung von enormer Wichtigkeit. Trotzdem bin ich zutiefst überzeugt, dass eine noch so gute Kinderbetreuung und das wird immer wieder vergessen, und auch immer wieder diskutiert bei uns in den Sitzungen, nie die elterliche Fürsorge, die häusliche Geborgenheit ersetzen kann. Darum glaube ich eigentlich, zusammenfassend gesagt, eines möchte ich noch erwähnen. Die Sprachförderung in den Kindergärten spielt immer noch eine wichtige Rolle. Oberösterreichweit haben laut Statistik 23,5 %, das muss sich einmal vorstellen, 23,5 % der Kindergartenkinder Deutsch nicht als Muttersprache. Tendenz steigend. Dann braucht man sich nicht überlegen, warum wir in Summe auch eine Resolution gemacht haben zur Deutschsprache in den Schulen. Es geht ja schon im Kindergarten los. Meine Damen und Herren, als Politiker ist es unsere Pflicht, in unserem Tun an die nächste Generation zu denken und unsere Verantwortung wahr zu nehmen. Im Sinne unserer Kinder und unserer Kindeskinde.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Danke für die Wortmeldung. Ich möchte noch einen kleinen Zwischenruf dazu machen, weil das darf ich jetzt als Vorsitzender. € 42,- pro Monat für die Kinderbetreuung am Nachmittag ist nicht viel Geld, haben sie gerade gesagt liebe Frau Kollegin Kattnigg, liebe Evelyn.

GEMEINDERÄTIN EVELYN KATTNIGG, BA (FH):

Ja.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Aber € 15,- für das Wasser im ganzen Jahr ist haarsträubend. ...*allgemeines Gelächter*... Geschätzter Dr. Schodermayr, bitte sehr. In Vorbereitung der Kollege Holzer.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Ja liebe Gäste..

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Vorläufig die letzte Wortmeldung, möchte ich nur sagen. Geht schon, bitte.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Geht es schon? Geschätzte Vertreter der Medien, liebe Gäste, geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus Gemeinderat und Stadtssenat, hohe Beamtenschaft, geschätztes Präsidium. Ich möchte nur ganz kurz ein paar Sätze zu dem sagen, es wurde 2 Mal das Sozialbudget angesprochen und ich tue jetzt etwas, womit ich mich selber überrasche. Liebe Evelyn, ich stimme dir wirklich in weiten Teilen zu, was du gesagt hast. Das Sozialbudget steigt, das Sozialbudget ist teuer, das Sozialbudget macht Sorge und hat genau beobachtet zu werden. Und ich bin sogar einig, dass es Controlling-Systeme braucht. Ich möchte nur darauf hinweisen, wir haben nicht wenig Controll-Systeme und Controlling-Systeme, die laufen ja, wenn nur die hauseigene Kontrolle des Kontrollamtes die Oberbehörde in Linz, den Rechnungshof und, und, und. Und worauf ich noch hinweisen möchte ist, dass die Leistungen die hier erbracht werden zu weit jenseits von 98-99 % gesetzlich vorgegebene Leistungen sind. Das heißt wir haben sie entlang des Sozialhilfegesetzes und entlang im Chancengleichheitsgesetz zu erfüllen. Also wir haben bei ganz vielen Sachen überhaupt keinen Spielraum und wirklich nur einen minimalsten hier etwas zu gestalten. Den wir allerdings nutzen, ich möchte nur in der Sozialabteilung das Engagement hervorheben z.B. Bereich Tageswohnen, Bereich Hilfe zur Arbeit, wo wir viele Menschen inzwischen aus der Mindestsicherung heraus gebracht haben. Im Bereich der Alten- und Pflegeheime durch die Einführung des Qualitätsmanagements das System E-Qalin. Im Bereich der Küche, wo wir wirklich mit dem Mark Pfaffenberger einen exzellenten nicht nur Koch- und Küchenchef haben, sondern auch einen, der ökonomisch wirklich richtig etwas drauf hat und hier schon Einsparungen getätigt hat, die sich richtig sehen lassen. Also wir tun in diesem Bereich etwas, aber ich bin völlig einer Meinung und da bin ich auch sehr dankbar über die Zusammenarbeit im Sozialausschuss und im Verwaltungsausschuss der Alten- und Pflegeheime. Dass wir hier wirklich miteinander unterwegs sind und ich möchte das nur noch unterstreichen was du gesagt hast. Jetzt überrasche ich mich richtig, jetzt gebe ich dir wirklich völlig Recht Mario. Im Bereich der Pflege haben wir, wir haben ein Problem, ein grundsätzliches Problem, das aber derzeit gesetzlich so ist, wie es ist. Wir haben einen Pflegeschlüssel, der, ich hoffe ich täusche mich jetzt nicht, der auf jeden Fall aus den 90iger Jahren, ich glaube 1996 oder 1998 ist der Pflegeschlüssel entwickelt worden. Und das was daran wirklich fatal ist, ich mag es einfach zum Verständnis dazu sagen, ist, dass dieser Pflegeschlüssel gebunden ist oder abhängig ist von der Pflegegeld-einstufung. Und jeder der ein bisschen eine Ahnung davon hat, wie Pflegeeinstufung funktioniert, weiß, dass das nicht, also das Pflegegeld nicht 1 zu 1 umlegbar ist in Pflegepersonalbedarf. Nämlich gar nicht. Als Beispiel möchte ich nehmen die bedauernswerten Menschen die eine hohe Pflegestufe haben, 6 oder 7, sind meistens total bettlägerig und wenn wer total im Bett liegt, ist er und jetzt bitte mich nicht falsch zu verstehen, von der Pflege her meistens deutlich einfacher zu pflegen, wie ein schwerstdementer in der Pflegestufe 3. Der den ganzen Tag läuft von einem Ende an das andere, wo ich eine 1 zu 1 Betreuung machen muss, damit er uns nicht davon läuft. Und daran krankt es derzeit und wir sind, das außerhalb meiner Tätigkeit hier, sind wir da eine Gruppe von Leuten, die schwer dahinter sind auch das zu ändern. Bin aber auch hier dankbar, dass das erwähnt wurde und dass darauf hingewiesen wurde, dass unser Pflegepersonal wirklich teilweise übermenschliches leistet und das tagaus, tagein, 24 Stunden am Tag. In diesem Sinne möchte ich auch die Gelegenheit zum Jahresende nutzen, meinen Dank auszusprechen. Einerseits an die Sozialabteilung für die tolle Arbeit die hier geleistet wird. Und auch für die Innovationsbereitschaft, für die Kreativität, die ich zuerst schon erwähnt habe. Danke, darf stellvertretend dir Martina den Dank mitgeben für die Abteilung. Und möchte in Abwesenheit dem Heimleiter Albert Hinterreithner danken für seine Arbeit im Bereich der Altenversorgung, danke.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön, als nächster der Kollege Holzer, in Vorbereitung der Kollege König. Wer hat sich dann noch gemeldet? Du, wer fehlt mir noch? Hat sich noch irgendwer gemeldet? Eh nicht.... Wer sich meldet, meldet sich.

GEMEINDERAT JOSEF HOLZER:

Sehr geehrtes Präsidium, werte Kollegen, werte Gäste. Ich möchte zu Gruppe 1 etwas sagen und zwar Öffentliche Ordnung und Sicherheit, und dazu möchte ich unsere Feuerwehren erwähnen. Unsere Feuerwehren leisten hervorragende Arbeit und kosten zwar viel Geld, aber dafür bekommen wir auch Sicherheit und einen wertvollen Dienst für unsere Gesellschaft. Auch leisten sie viele freiwillige Stunden und opfern ihre Freizeit. Also einen großen Dank dafür von unserer Fraktion.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön. Als nächster der Kollege König, in Vorbereitung der Kollege Prack, dann der Kollege Kronberger. Dann ist meine Liste zur Zeit zu Ende.

GEMEINDERAT DAVID KÖNIG:

Sehr geehrte Damen und Herren. Zur Gruppe 9 Dienstleistungen, Einnahmen von € 91.705.500,-- stehen Ausgaben von € 6.876.900,-- gegenüber, darin enthalten die Einnahmen aus öffentlichen Abgaben, die in Summe € 81.433.100,-- ausmachen. Sie bestehen aus Kommunalsteuer, Ertragsanteile, gemeinschaftliche Bundesabgaben, Gemeindeabgaben, Grundsteuer und Gewinnentnahmen von Unternehmen der Stadt, um nur die größeren Positionen zu nennen. Die größeren Ausgaben sind laufende Landestransfer-Landesumlagen in der Höhe von € 4.913.000,-- oder die Kosten für Steuer- und Finanzverwaltung. Es ist ja jetzt wirtschaftlich eine sehr gute Zeit, man könnte fast von Hochkonjunktur sprechen, die Rahmenbedingungen sind sehr gut von den Einnahmen und Zinsen. Aber die Wirtschaftsprognose der Wirtschaftskammer sieht da für nächstes Jahr eine Trendwende und daher kann man sich schon durchaus einige Sachen fragen. Ich führe sie jetzt nicht im Detail aus, beispielsweise, dass die Wachstumsaussichten von 3 % des BIP's auf 2 % des BIP zurückgehen und andere Rahmenfaktoren. Man muss sich dann halt fragen, wie diese Zeit der Hochkonjunktur genutzt wurden, Rücklagen gebildet, wurden, Schulden getilgt, wurden die richtigen Investitionen gesetzt, wir werden sehen. Was ich grundsätzlich noch sagen wollte, es ist halt nicht immer möglich, haben wir vorhin schon gehört, dass man die finanziellen Flüsse Stadt-Land-Bund, dass man das getrennt betrachtet, weil irgendwo dann wieder alles zusammenhängt auch. Und das hat mich besonders verwundert, es ist auch kurz angesprochen worden vom Helmut, dass die SPÖ im Bund gegen die Finanzierung des Pflegeregresses gestimmt hat, obwohl sie den Pflegeregress als solchen mit der FPÖ durchgesetzt hat. Also das ist für mich unverständlich, weil da geht es ja auch aus der Sicht der Stadt um ein Geld, das wir bekommen. Und da geht es um einige Hunderttausend, das wird nach einem speziellen Schlüssel errechnet, also das scheint mir nicht ganz gescheit.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Es war zu wenig. Es war zu wenig, ganz einfach damit wir es auflösen...

GEMEINDERAT DAVID KÖNIG:

Ja aber bevor ich es gar nicht bekomme...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Es könnte mehr sein...

GEMEINDERAT DAVID KÖNIG:

Kann ich nicht dagegen stimmen...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Es war die Forderung, aber wir reden eh nicht über den Bund. Es war zu wenig, der SPÖ war es zu wenig.

GEMEINDERAT DAVID KÖNIG:

Die SPÖ-Bund ist vielleicht mehr wie die...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir haben noch gar nichts bekommen von der dritten Tranche. Vor Weihnachten hat es geheißen kommt das Geld, wir sind gespannt.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Die Berechnung war bei € 600 Millionen...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Genau...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Aber ihr habt vorher nur € 100 Millionen beschlossen, muss man auch ehrlich...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nein, nein eh aber richtig...klare Unterdeckung.

GEMEINDERAT DAVID KÖNIG:

Wenn das Beispiel gefallen ist....

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich habe mir gedacht, das war eine Frage, warum die SPÖ nicht zugestimmt hat. Weil es zu wenig war, zu wenig ist.

GEMEINDERAT DAVID KÖNIG:

Aber weil vorher noch das Beispiel war mit der FPÖ Wels, ich glaube ihr seid ja als SPÖ der SPÖ-Bund näher als der FPÖ Wels. Von dem ist das für ...*unverständlich*...weil sie vorher gesagt haben, sie machen...*Unverständliche Zwischenrufe von Bgm Hackl*...

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Okay, danke für die Wortmeldung. Der Kollege Prack ist der Nächste, in Vorbereitung der Kollege Kronberger.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Ja liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir hatten in den Verhandlungen das Thema Verkehr natürlich auch drinnen und die Ergebnisse wurden zum Großteil schon präsentiert. Sind auch durchaus erfreuliche Sachen dabei, Unterer Schiffweg, dann die Sache beim Tunnel. Alles natürlich in meinem Sinne. Und dann war, natürlich könnte es mehr sein und vielleicht auch etwas anderes, der Untere Schiffweg, den gibt es schon, vielleicht hätte man das Geld wo anders besser investieren können. Aber es ist schon eine gute Sache was da passiert. Und dann bei genauerer Durchsicht des Budgets kam ich, nicht ich, um bei der Wahrheit zu bleiben, kamen wir auf die € 50.000,-- für die Westspange. Jetzt ist es halt so, dass ich einem Budget wo die Westspange mit € 50.000,-- Planungskosten bedeckt ist, nicht zustimmen kann, das geht nicht. Ich mache es kurz, weil wir das eh schon so oft gesagt haben und ich gehe es einmal von einer anderen Seite an. Österreich ist in der EU führend was Bodenversiegelung anbelangt, Oberösterreich ist in Österreich führend und Steyr will offenbar den Beitrag leisten. Es geht um eine Fläche von 40 Fußballfeldern in etwa, 40 Hektar wertvollstes Ackerland sollen zugebaut werden. Links und rechts die Felder die zerschnittenen werden, dann auch nicht mehr ganz die Qualität liefern an dem was da oben wächst, weil ja schließlich da unten ordentlich Dreck produziert wird, was da in der Schneise durchfährt, zum Teil auf Stelzen. Und das Ganze nicht für die Bürger von Steyr, das glaube ich ganz einfach nicht. Das Projekt ist uralte aus den 50iger Jahren des 20. Jahrhunderts und jetzt brauche ich noch gar nicht über den Klimawandel reden, auch so kann ich nicht verstehen, wie man so etwas angehen kann. Und ich kann aus diesem Grund, weil die Westspange drinnen steht, diesem Teil des Budgets nicht zustimmen. Zu den anderen Wortmeldungen vorher, das spare ich mir jetzt was da so an, was der Kickl alles richten wird und was mit der deutschen

Sprache in den Pausen passiert, das ist, ich weiß nicht warum das jetzt wieder aufgewärmt wurde, aber ich möchte es jetzt nicht ausführen, meine Meinung dazu. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön, Kollege Kronberger bitte sehr. In Vorbereitung der Kollege Kaufmann.

GEMEINDERAT LUKAS KRONBERGER:

Geschätzte Damen und Herren, ich möchte mich nur kurz zur Gruppe 4 äußern. Der Haushalt der Stadt profitiert von der Oö. Landesregierung beschlossenen Kürzung bzw. Deckelung der Mindestsicherung. Sowie von den Einnahmen durch den von der Bundesregierung beschlossenen Ausgleich des Pflegeregresses. In absoluten Zahlen steigen die Ausgaben in der Gruppe 4 dennoch über € 1,1 Millionen. Das ist nicht besonders erfreulich, ich werde dem Sozialbudget aber trotzdem zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön, Kollege Kaufmann bitte sehr.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Meine Damen und Herren, ein paar Punkte möchte ich auch noch ansprechen. Eines, weil die jeweiligen Ressorts sozusagen auch eigene Projekte und Maßnahmen berichten und mit Danksagungen versehen an die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Da möchte ich mich besonders für die Reststoffdeponie auch einbringen. Wir werden nächstes Jahr in dem Bereich einiges auch auszugeben haben. Da können wir uns es auch nicht aussuchen, ob wir das tun oder nicht, aber wir müssen das Geld natürlich auch vorsehen. Weil wir haben hier eh schon öfter darüber berichtet im Rahmen der Sanierung und der langfristigen Absicherung der Deponie, wir im nächsten Jahr einige wesentliche Schritte setzen werden. Und das ist eben auch im Budget entsprechend vorgesehen, ich möchte sie jetzt nicht mit Zahlen belästigen. Ja und bei der Gelegenheit eben die Unterstützung die mir als politischem Referenten hier seitens der Geschäftsführung des RHV und seitens der Leiterin des Betriebes der Deponie zukommt, möchte ich hier auch lobend erwähnen, weil andere hier auch genannt wurden. Das ist in dem Bereich genauso gerechtfertigt. Zu einigen Punkten die in der Diskussion vorgekommen sind und teilweise vielleicht nicht auch zu einer Budgetdebatte passe, aber ich denke schon, dass noch das eine oder andere dazu richtig gestellt werden sollte. Vizebürgermeister Zöttl hat darauf hingewiesen, welche Infrastrukturmaßnahmen in einer Stadt zwar teuer sind, aber einfach dazu gehören und zu Verfügung gestellt werden müssen. Er hat hier besonders Straßen und Kanalbau erwähnt und Radwege, dankenswerter Weise, da bin ich ja 100 % oder noch mehr auf ihrer Seite. Ja das stimmt, es gehört aber für mich auch ein ordentliches Schul-, da passt es im weitesten Sinne, und Kindergartenangebot dazu. Da passt es leider soweit das Land uns hier Vorgaben macht nicht so besonders gut und das ist eben im letzten Jahr wesentlich schlechter geworden. So wie die Schule natürlich ein Gratisangebot ohne Schulgeld an die Eltern und Kinder sein muss, muss auch der Kindergarten ein Gratisangebot sein. Dazu sind die Entscheidungen auch entsprechend gefallen. Das Land hat das leider teilweise auf die Gemeinden abgewälzt, die entsprechenden Kosten, und jetzt neuerdings eben auch wieder auf die Eltern. Meiner Meinung nach ist das der falsche Weg und da würde es auch nicht helfen, wenn wir auch im Kindergarten eine Verpflichtung zum Deutsch sprechen einführen würden. Vielleicht ein pädagogischer Hinweis, natürlich ist Deutsch lernen für Zugewanderte ganz wichtig, das ist gar keine Frage. Wenn die Chancen haben sollen bei uns, müssen sie Deutsch lernen und zwar so gut wie möglich. Dazu brauchen sie auch viel Unterstützung und besonders die Kinder. Und jede Pädagogin weiß, eine Fremdsprache lernt man nur dann gut, wenn man die eigene Sprache auch gut kann. Das ist ganz essentiell, das weiß jeder der sich mit Sprachen lernen beschäftigt und nicht nur darüber redet. Und daher müssen wir einen guten Ausgleich und ein gutes Gleichgewicht anbieten, auch in den öffentlichen Bildungseinrichtungen, was die eigene Sprache betrifft. Die Herkunftssprache und das Deutsch lernen, das muss sich gegenseitig unterstützen. Und wenn jetzt von der Bundesregierung hier, das tut jetzt für heute nichts zur Sache, aber ich sage das jetzt als Nebensatz trotzdem, weil schon so vieles danebengeredet

wurde was von der Bundesregierung kommt. Die Mindestsicherung ist niedriger für alle die nicht gut Deutsch können oder nicht gut Englisch. Ich weiß nicht wie viele Englisch-Muttersprachige Personen wir in Österreich haben. Türken müssten da jedenfalls wesentlich stärker berücksichtigt werden, weil da gibt es viel mehr. Also von irgendeinem Gleichbehandlungs- oder Gleichgewichtsgrundsatz, wie sie es in der Kulturpolitik haben wollen, ist hier keinerlei, ist hier gar nichts zu sehen. Ja dazu ließe sich noch einiges sagen, aber nachdem wir uns heute mit unserem Budget beschäftigen, möchte ich die Anmerkungen zu diesen Nebenbemerkungen einstellen. Was mich persönlich zur Westspangendiskussion betrifft, ich unterstütze und teile die Argumente vom Kurt Prack zur Beurteilung des Westspangenprojektes. Für mich ist es aber aufgrund der Verhandlungen zum Budget und all der Projekte im Budget die ich für wichtig halte im Gesamtergebnis ein Grund beim Budget zuzustimmen. Und nicht wegen dieser € 50.000,--, die ich auch nicht für sehr gut angelegt finde, das abzulehnen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön, das war die letzte Wortmeldung. Frau Kollegin Kattnigg.

GEMEINDERÄTIN EVELYN KATTNIGG, BA (FH):

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich habe eigentlich noch vorgehabt eine Wirtschaftsrede zu halten, aber das erspare ich ihnen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gerne, gerne!

GEMEINDERÄTIN EVELYN KATTNIGG, BA (FH):

Das erspare ich ihnen, ich kann nur sagen, alleine schon aufgrund meiner Stimme heute, die schon angeschlagen ist, aber egal. Was mir wirklich wichtig ist, ich möchte noch replizieren zum Thema Verkehr, was der Herr Prack gesagt hat. Ich kann da nur noch eines sagen, ich bin Wirtschaftssprecherin im Oö. Landtag meiner Fraktion. Ja ich weiß, sie verziehen das Gesicht, aber ich kann ihnen nur eines sagen. Ich bekomme die Verkehrssituation in Steyr sehr häufig mit, weil ich viel nach Linz fahre. Und gestern war auch wieder so eine Situation, wo ich am Abend über die B 309 zu einer Veranstaltung fahren musste bei starkem Schneefall und ich habe mich wieder geärgert, wie schlecht die Sicht war, wie viele LKW's, logischerweise, vor mir gefahren sind. Und da habe ich mir wieder gedacht, wie lange ich, ich kann mich noch daran erinnern wie ich damals für den Dr. Adelberger gearbeitet habe, wie lange wir geredet haben, zur Zeit von Hiesl, dass wir eine Autobahnanbindung bekommen von Steyr. Also einen Zubringer an die Autobahn für unsere Unternehmen, auch für BMW unter anderem. Es haben eh viele geredet und jetzt haben wir eine abgespeckte Version. Und genauso wichtig ist, dass wir jetzt die Westspange bekommen. Und so lange ich eine politische Funktion haben und ich kenne die Landesbudgets sehr gut von unserem Verkehrslandesrat, werde ich hier stehen und dafür kämpfen, dass wir auch nur einen Cent dafür bekommen. Dass wir die Westspange für unsere Unternehmen bekommen. Ich repliziere das insofern, wir haben viele wichtige Unternehmen in Steyr und ich freue mich in meiner Funktion im TIC jedes Mal, wenn ein Unternehmen dazu kommt. Wenn wir dazu auch zusätzliche Einnahmen in Form der Kommunalsteuer haben, was für unser Budget wieder wichtig ist. Und diese Unternehmen brauchen auch eine ordentliche Infrastruktur und sie haben keine Ahnung, wie da um jeden Groschen im Land diskutiert wird, weil eben das Verkehrsbudget nicht so groß ist. Und darum bin ich dankbar, wenn unser Landesrat überhaupt 1 Cent noch zu Verfügung stellt. Dass wir überhaupt einmal die Westspange bekommen und dass nicht immer ständig alles durch Umweltverträglichkeitsprüfungen verzögert wird. Weil wir müssen wirklich froh sein, das ist nämlich genau das was bei den Grünen passiert, und wir müssen froh sein, wenn wir überhaupt einmal bis 2021 starten können. Und wenn das zu Stande kommt und wenn die ganzen finanziellen Mittel überhaupt auch vom Land zu Verfügung gestellt werden. Weil jetzt alles in den öffentlichen Verkehr fließt und warum, weil die Verkehrssituation natürlich zu nimmt und das ist auch natürlich ein Lieblingsthema von mir, auch zu dem Abgasthema etwas tun. Wegen der Luftgüte in Linz und da zieht sich der ganze

Kreis zusammen vom Gesamtverkehrskonzept, und da wird auch Steyr den Betrag leisten. Aber da brauchen wir trotzdem aus meiner Sicht die Westspange dazu und ich bin froh, dass da ein Geld dafür budgetiert wird. Und ich bin froh über jedes Unternehmen das sich in Steyr ansiedelt. Und als letzten Satz möchte ich noch sagen, auch in meiner Funktion als Aufsichtsrätin im TIC bedanke ich mich, wir haben schon mehrfach, Herr Bürgermeister, darüber diskutiert, Burg Design-Ausbau, Happy Fit-Ausbau, wie schnell die Stadt reagiert, dass sich ein Unternehmen erweitern kann. Und da kann ich nur sagen auch Danke an die Mannschaft im Magistrat, dass diese gesamten Abwicklungen, alles was mit einer Unternehmensgründung zu tun hat, so sang und klanglos und schnell abgewickelt werden. Summa summarum, meine letzte Rede, ich wünsche allen ein frohes Fest, alles Gute im neuen Jahr und vor allem Gesundheit. Danke.

#### VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön. Damit sich aber jetzt im Magistrat niemand benachteiligt fühlt, ich möchte einfach allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Danke sagen. Weil nicht dass jetzt ein jeder Ressortchef aufsteht und sagt, er möchte auch noch Danke sagen. Möchte das einfach einmal generell sagen, weil damit das auch ankommt. Natürlich sind alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Magistrat gleich bemüht für die Bevölkerung von Steyr zu arbeiten. Und egal ob es jetzt freiwillig oder beruflich ist, herzlichen Dank dafür. Herr Bürgermeister und Finanzreferent das Schlusswort bitte.

#### BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich möchte mich trotzdem bedanken. Aber bei ihnen, bei euch, für die wirklich sehr, sehr gute Zusammenarbeit, auch was das Budget anbelangt. Das ganze Jahr ist keine Selbstverständlichkeit das Klima, was wir in dieser Gemeindestube haben, da muss jeder Einzelne und jede Einzelne ihren und seinen Beitrag dazu leisten. Das Budget zeigt und auch die Wortmeldungen, dass wir zu 99,9 % dasselbe wollen, dieselben Projekte forcieren, auch wissen wie es geht und wissen, dass es überall Limits gibt. Dass es Bereiche gibt wo noch mehr notwendig wäre, ist überhaupt keine Frage, aber wie gesagt es ist keine Selbstverständlichkeit. Danke an euch, an sie für ein arbeitsreiches intensives Jahr und vor allem ein sehr kooperatives Jahr. Die Diskussion über das Budget hat ja gezeigt wo die Unterschiede liegen. Große gibt es nicht, wir haben ein paar Werbeeinschaltungen für die neue Bundesregierung gehört, soll sein, jeder hat so seinen Fanclub. Liebe Evelyn, ich glaube auch nicht, dass du auch wenn du, es gut meinst, immer die Frau Haberlander verteidigen musst und erzählen musst, was sie alles im Kindergarten für Oberösterreich tut. Das ist sowieso ihre Aufgabe, weil Faktum ist auch das, die Kinderbetreuungssituation in Oberösterreich, österreichweit viel schlechter ist als wo anders. Und dass der Ausbau mehr als notwendig ist, wir begrüßen ja das alles. ...*unverständliche Zwischenrufe von Evelyn Katnigg*...das was wir nicht begrüßen ist, das der Ausbau auch mit unserem Geld wieder stattfindet, weil die Forderungen für die Gemeinden gekürzt wurden. Einseitig gekürzt und das Geld was sie genommen haben und gesagt, da können wir dafür etwas ausbauen. Ausbauen könnten sie es mit dem eigenen Geld, aber nicht mit unserem, das ist eigentlich das was uns ärgert. Von den Abmeldungen will ich gar nicht reden, in Steyr hat niemand jemanden gezwungen dass er sich abmeldet. Faktum ist, dass es viele getan haben. Wie gesagt es ehrt dich, aber die Presseaussendung von der Haberlander brauchen wir nicht, weil das wissen wir sowieso was zu tun gewesen wäre. Auch das Budget des Landes Oberösterreich, ich hätte auch gerne eine Energie AG, wie gesagt. Erstens nehme ich mehr von den Kommunen und von den Städten. Da erhöhe ich im Prozentbereich 5-6 %, wir haben gesagt Ertragsanteile, ich weiß nicht wer es sich ausgerechnet hat, sind um 3 irgendetwas gestiegen. Die Steigerungen im Land Oberösterreich bei den Dingen die sie uns vorschreiben sind 5,6,7 %, aber egal, soll so sein. Gleichzeitig, damit dass der Nuller irgendwo herauskommt und damit man es auch gut verkaufen kann, gibt es nicht nur die normale Dividende der Energie AG, ich weiß nicht, ich glaube € 4 oder 5 Millionen, nein es gibt auch eine Sonderdividende, die auch ausgeschüttet wird, damit man sagen kann alles paletti, soll sein. Alles recht, Problem ist nur, dass uns die Kohle fehlt in den Kommunen und das gehört gesagt. Wie gesagt in Steyr glaube ich sind wir am guten Weg. Ein Wort noch zum Kollegen Freisais. Das Übliche,

Schlagwort Stakkato, ich habe noch keinen einzigen Vorschlag von ihnen gehört, wie es gehen könnte. Wo sie denn gerne einsparen würden, wem sie etwas wegnehmen würden oder nicht ausgeben würden. Vor allem wenn man weiß wie viel determiniert, wie viel vorgegeben ist, was wir sowieso zahlen müssen, wäre wirklich einmal spannend. Vielleicht schreiben sie mir einmal ein paar Zeilen anstatt dass sie eine Anfrage stellen, schreiben sie mir ein paar Vorschläge auf einem Zettel, dann werden wir das gerne weiterverfolgen, wenn sie die Steine der Weisen erfunden haben. Ansonsten glaube ich sind wir wirklich am richtigen Weg, wir investieren intelligent und vor allem in Dinge die nachhaltig sind, nichts was mit einem Einmaleffekt verpufft. Die Steyrer Bürger sehen das, können das erleben und haben im Endeffekt die Vorteile schlussendlich auch auf ihrer Seite. In diesem Sinne frohe Weihnachten und auch noch in der Sitzung, jetzt gibt es dann die Einladung in die Schwechater zum traditionellen Reiterweckerl-Essen. Und ich ersuche zuerst, vorher das Budget zu beschließen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ich danke herzlich für das Schlusswort und ich ersuche euch jetzt sozusagen gruppenweise abzustimmen. Ich werde immer die Gruppe vorlesen über die wir derzeit abstimmen und dann ersuche ich eben um die Abstimmung. Und damit also, wenn es unterschiedliche Abstimmungsverhältnisse gibt, sprich also wenn es Gegenstimmen oder Enthaltungen gibt, bitte die Hand auch so lange oben lassen, bis dass wir es ordentlich festgestellt haben. Also ich beginne. Die erste Gruppe die abgestimmt wird ist die Gruppe 0 – Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung im ordentlichen Haushalt. Wer stimmt dafür? Gibt es dazu eine Gegenstimme? Eine Gegenstimme, der Kollege Freisais. Und Stimmenthaltungen? Keine. Somit mit Mehrheit angenommen mit einer Gegenstimme.

## 1. Der ordentliche Haushalt:

**im Bereich der Gruppe 0 – Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung:**

<b>mit Einnahmen anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>4.051.600</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>4.248.500</b>
<b>und</b>					
<b>Ausgaben anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>21.467.600</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>21.687.000</b>

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **33**

**SPÖ 15** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR<sup>in</sup> Heidemarie Kloiber, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**FPÖ 9** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**GRÜNE 4** – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Das nächste ist die Öffentliche Ordnung und Sicherheit, die Gruppe 1. Wer dafür stimmt bitte ein Zeichen mit der Hand. Stimmt jemand dagegen? Eine Gegenstimme der Kollege Freisais. Und Stimmenthaltung? Keine, somit mit Mehrheit abgestimmt.

**im Bereich der Gruppe 1 – Öffentliche Ordnung und Sicherheit:**

<b>mit Einnahmen von</b>			<b>EURO</b>	<b>110.000</b>	
<b>und</b>					
<b>Ausgaben anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>1.854.700</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>1.872.400</b>

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **33**

**SPÖ 15** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR<sup>in</sup> Heidemarie Kloiber, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**FPÖ 9** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**GRÜNE 4** – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gruppe 2 – Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft. Wer ist dagegen? Eine Gegenstimme der Kollege Freisais. Stimmenthaltung? Keine, somit mit Mehrheit angenommen.

**im Bereich der Gruppe 2 – Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft:**

<b>mit Einnahmen von</b>				<b>EURO</b>	<b>4.647.100</b>
<b>und</b>					
<b>Ausgaben anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>17.273.500</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>17.446.800</b>

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **33**

**SPÖ 15** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR<sup>in</sup> Heidemarie Kloiber, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**FPÖ 9** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**GRÜNE 4** – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gruppe 3 – Kunst, Kultur und Kultus. Wer stimmt hier dagegen? Der Kollege Freisais. Stimmenthaltung? 2,4,6,7,8 – 9; ach so der Kollege Holzer hat die Hand nicht oben gehabt. Also 9 Enthaltungen. So; mit Mehrheit angenommen.

**im Bereich der Gruppe 3 – Kunst, Kultur und Kultus:**

<b>mit Einnahmen von</b>				<b>EURO</b>	<b>398.400</b>
<b>und</b>					
<b>Ausgaben anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>2.913.300</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>2.935.900</b>

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **24**

**SPÖ 15** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR<sup>in</sup> Heidemarie Kloiber, GR<sup>in</sup> Bir-

git Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**GRÜNE 4** – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **9**

**FPÖ 9** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung. Wer ist dagegen? Einer, der Kollege Freisais. Wer übt Stimmenthaltung? 2-4, 4 Enthaltungen. Moment; oben lassen bitte, das ist der Kollege Wolfgang Zöttl, der Kollege König, die Frau Kollegin Kattnigg und der Kollege Dr. Ritter. Bitteschön.

**im Bereich der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung:**

<b>mit Einnahmen anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>14.612.300</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>14.612.600</b>
<b>und</b>					
<b>Ausgaben anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>41.225.100</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>41.546.000</b>

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **29**

**SPÖ 15** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR<sup>in</sup> Heidemarie Kloiber, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**FPÖ 5** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**GRÜNE 4** – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **4**

**FPÖ 4** – (StR MR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dann haben wir die Gruppe 5 – Gesundheit. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Der Kollege Freisais. Und wer übt Stimmenthaltung? Niemand, somit mit Mehrheit angenommen.

**im Bereich der Gruppe 5 – Gesundheit:**

<b>mit Einnahmen anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>62.900</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>335.300</b>
<b>und</b>					
<b>Ausgaben anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>12.293.300</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>12.639.00</b>

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **33**

**SPÖ 15** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR<sup>in</sup> Heidemarie Kloiber, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**FPÖ 9** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**GRÜNE 4** – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Die Gruppe 6 – Straßen- und Wasserbau, Verkehr. Wer ist dagegen? Eins, zwei, drei. Und wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Somit mit Mehrheit angenommen mit drei Gegenstimmen.

**im Bereich der Gruppe 6 – Straßen- und Wasserbau, Verkehr:**

<b>mit Einnahmen anstelle von und Ausgaben anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>1.122.500</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>1.342.500</b>
	<b>EURO</b>	<b>3.933.900</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>3.933.700</b>

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **31**

**SPÖ 15** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR<sup>in</sup> Heidemarie Kloiber, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**FPÖ 9** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**GRÜNE 2** – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger)

Gegenstimmen: **3**

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

**GRÜNE 2** – (GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gruppe 7 – Wirtschaftsförderung. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Der Kollege Freisais. Gibt es jemanden der eine Stimmenthaltung ausübt? Dem ist nicht der Fall. Somit mit Mehrheit angenommen.

**im Bereich der Gruppe 7 – Wirtschaftsförderung:**

<b>mit Einnahmen von und Ausgaben anstelle von</b>				<b>EURO</b>	<b>0</b>
	<b>EURO</b>	<b>536.400</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>457.400</b>

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **33**

**SPÖ 15** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR<sup>in</sup> Heidemarie Kloiber, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**FPÖ 9** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**GRÜNE 4** – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: 1

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gruppe 8. Wer ist dagegen bei Dienstleistungen? Eine Gegenstimme der Kollege Freisais. Wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Somit mit Mehrheit angenommen.

**im Bereich der Gruppe 8 – Dienstleistungen:**

<b>mit Einnahmen anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>23.264.900</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>23.501.800</b>
<b>und</b>					
<b>Ausgaben anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>31.476.000</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>31.506.600</b>

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **33**

**SPÖ 15** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR<sup>in</sup> Heidemarie Kloiber, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**FPÖ 9** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**GRÜNE 4** – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Die Gruppe 9 – Finanzwirtschaft. Wer ist dafür? ....*allgemeine Unruhe*...wer ist dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Dem ist nicht der Fall. Somit ist auch hier mit Mehrheit die Zustimmung erteilt. Und somit ist der gesamte Ordentliche Haushalt in der Gesamtheit beschlossen.

**im Bereich der Gruppe 9 – Finanzwirtschaft:**

<b>mit Einnahmen anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>91.561.000</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>91.705.500</b>
<b>und</b>					
<b>    Ausgaben anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>6.856.900</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>6.876.90</b>

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **33**

**SPÖ 15** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR<sup>in</sup> Heidemarie Kloiber, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**FPÖ 9** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**GRÜNE 4** – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Außerordentlicher Haushalt Gruppe 0 – Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung. Wer ist dagegen? Einer. Der Kollege Freisais. Wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Somit mit Mehrheit angenommen.

## 2. Der außerordentlichen Haushalt:

im Bereich der Gruppe 0 – Vertretungskörper und Allgemeine Verwaltung:

mit Einnahmen anstelle von	EURO	876.600	mit	EURO	910.000
und					
Ausgaben anstelle von	EURO	876.600	mit	EURO	910.000

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **33**

**SPÖ 15** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR<sup>in</sup> Heidemarie Kloiber, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**FPÖ 9** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**GRÜNE 4** – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Die Gruppe 1 – Öffentliche Ordnung und Sicherheit. Wer ist dagegen? Ebenso wieder der Kollege Freisais. Stimmenthaltung? Übt niemand. Mit Mehrheit beschlossen.

im Bereich der Gruppe 1 – Öffentliche Ordnung und Sicherheit:

mit Einnahmen von	EURO	508.600
und		
Ausgaben von	EURO	508.600

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **33**

**SPÖ 15** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR<sup>in</sup> Heidemarie Kloiber, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**FPÖ 9** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**GRÜNE 4** – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gruppe 2 – Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft. Wer ist dafür? Dankeschön. Wer ist dagegen? Eine, der Kollege Freisais. Und übt Stimmenthaltung niemand? Dankeschön.

**im Bereich der Gruppe 2 – Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft:**

<b>mit Einnahmen von</b>	<b>EURO</b>	<b>2.424.100</b>
<b>und</b>		
<b>Ausgaben von</b>	<b>EURO</b>	<b>2.424.100</b>

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **33**

**SPÖ 15** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR<sup>in</sup> Heidemarie Kloiber, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**FPÖ 9** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**GRÜNE 4** – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gruppe 3. Wer ist dafür? Kunst, Kultur und Kultus. Dankeschön. Wer ist dagegen? Eine Gegenstimme der Kollege Freisais. Und wer ist die Stimmenthaltung? Niemand. Dankeschön, somit auch die Gruppe 3 im Außerordentlichen Haushalt beschlossen.

**im Bereich der Gruppe 3 – Kunst, Kultur und Kultus:**

<b>mit Einnahmen anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>2.908.000</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>2.968.200</b>
<b>und</b>					
<b>Ausgaben anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>2.908.000</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>2.968.200</b>

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **33**

**SPÖ 15** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR<sup>in</sup> Heidemarie Kloiber, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**FPÖ 9** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**GRÜNE 4** – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung. Wer ist dagegen? Einer, der Kollege Freisais. Wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Somit mit Mehrheit beschlossen.

**im Bereich der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung:**

<b>mit Einnahmen von</b>	<b>EURO</b>	<b>100.000</b>
<b>und</b>		
<b>Ausgaben von</b>	<b>EURO</b>	<b>100.000</b>

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **33**

**SPÖ 15** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR<sup>in</sup> Heidemarie Kloiber, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**FPÖ 9** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**GRÜNE 4** – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gruppe 5 – Gesundheit. Wer ist dafür? Dankeschön. Wer ist dagegen? Eine Gegenstimme der Kollege Freisais. Und wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Somit mit Mehrheit angenommen.

**im Bereich der Gruppe 5 – Gesundheit:**

<b>mit Einnahmen anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>0</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>5.000</b>
<b>und</b>					
<b>Ausgaben anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>0</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>5.000</b>

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **33**

**SPÖ 15** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR<sup>in</sup> Heidemarie Kloiber, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**FPÖ 9** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**GRÜNE 4** – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Die Gruppe 6 – Straßen- und Wasserbau, Verkehr. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Eins, zwei, drei. Wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Somit auch mit Mehrheit hier beschlossen.

**im Bereich der Gruppe 6 – Straßen- und Wasserbau, Verkehr:**

<b>mit Einnahmen anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>3.224.000</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>3.266.000</b>
<b>und</b>					
<b>Ausgaben anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>3.224.000</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>3.266.000</b>

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **31**

**SPÖ 15** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR<sup>in</sup> Heidemarie Kloiber, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**FPÖ 9** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**GRÜNE 2** – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger)

Gegenstimmen: **3**

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

**GRÜNE 2** – (GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gruppe 7 – Wirtschaftsförderung. Wer ist dagegen? Eine. Stimmenthaltung? Keine. Somit mit Mehrheit beschlossen.

**im Bereich der Gruppe 7 – Wirtschaftsförderung:**

<b>mit Einnahmen von</b>	<b>EURO</b>	<b>225.000</b>
<b>und</b>		
<b>Ausgaben von</b>	<b>EURO</b>	<b>225.000</b>

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **33**

**SPÖ 15** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR<sup>in</sup> Heidemarie Kloiber, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**FPÖ 9** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**GRÜNE 4** – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gruppe 8 – Dienstleistungen. Wer ist dagegen? Eine. Stimmenthaltung? Keine. Somit mit Mehrheit beschlossen.

**im Bereich der Gruppe 8 – Dienstleistungen:**

<b>mit Einnahmen anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>3.748.300</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>3.923.200</b>
<b>und</b>					
<b>Ausgaben anstelle von</b>	<b>EURO</b>	<b>3.748.300</b>	<b>mit</b>	<b>EURO</b>	<b>3.923.200</b>

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **33**

**SPÖ 15** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR<sup>in</sup> Heidemarie Kloiber, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**FPÖ 9** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**GRÜNE 4** – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Und die Gruppe 9 – Finanzwirtschaft. Wer ist dafür? Wer ist dagegen? Eine, der Kollege Freisais. Und wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Somit ist im gesamten Außerordentlichen Haushalt auch in der beigestellten Aufstellung alles festgestellt.

**im Bereich der Gruppe 9 – Finanzwirtschaft:**

<b>mit Einnahmen von</b>	<b>EURO</b>	<b>0</b>
<b>und</b>		
<b>Ausgaben von</b>	<b>EURO</b>	<b>0</b>

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **33**

**SPÖ 15** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR<sup>in</sup> Heidemarie Kloiber, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**FPÖ 9** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**GRÜNE 4** – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Nun die letzte Geschichte noch. Bezüglich in der Beilage angeführten zusätzlichen Mittel wird festgelegt, dass sie nur die angeführten Zwecke zur Verfügung stehen und daher Kreditübertragungen für andere Vorhaben auf keinem Fall möglich sind. Weiters werden sämtliche anderen sich aus den oben angeführten Änderungen ergebenden Abänderungen des Voranschlages für das Rechnungsjahr 2019 genehmigt. Sämtliche anderen Teile des ursprünglich vorgelegten Rechnungsbetrages bleiben unverändert. Wer mit dieser Textpassage einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Eine Gegenstimme, der Kollege Freisais. Wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Somit auch das mit Mehrheit beschlossen. Und ich möchte damit feststellen, dass der gesamte Voranschlag für das Rechnungsjahr 2019 mit Mehrheit beschlossen ist. Ich danke herzlich.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde **im Sinne des Abänderungsantrages** wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **33**

**SPÖ 15** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR<sup>in</sup> Heidemarie Kloiber, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**FPÖ 9** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR MR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, MSc, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**GRÜNE 4** – (GR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

So, wie angekündigt das heilige Wasser und für die die es ein bisschen zarter haben wollen Limoncello. Und die Einladung gleich anschließend dann in der Schwechater steht auch. Ich hoffe sie haben alle Zeit um das noch zu tun.

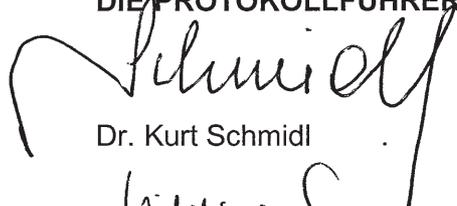
ENDE DER SITZUNG UM 18:15 UHR.

**DER VORSITZENDE:**



Bürgermeister Gerald Hackl

**DIE PROTOKOLLFÜHRER:**



Dr. Kurt Schmidl



Sibylle Vildjng

**DIE PROTOKOLLPRÜFER:**



GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd



GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, MAS, MSc